

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Politische Berichte

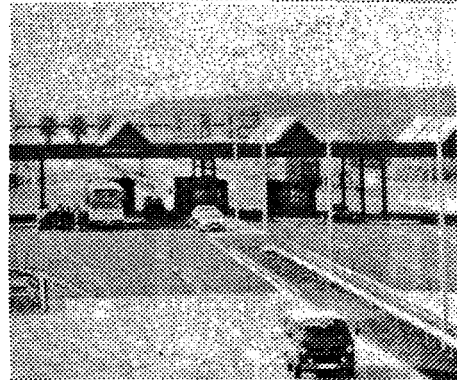


8. September 1984  
Jg. 5 Nr. 18

G 7756 D Preis:  
2,50



Volkszählungsgesetz: Bundesinnenminister legt Entwurf vor Seite 7



Revolutionäre Sozialisten: Über eine angebliche Attacke der Sowjetunion in der Deutschlandpolitik Seite 11



Südafrika: Die Kammerwahlen sind ein Schlag ins Wasser Seite 17

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

## Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

**Zivilschutz:** Ein "Volkssturm"-Gesetz von Zimmermann: Zwangsarbeit für alle ab 18 Jahren ..... 4

**Öffentlicher Dienst:** SPD-Pläne zur Einkommensenkung ..... 7

**Volkszählungsgesetz:** Bundesinnenminister legt Entwurf vor ... 7

**Thälmann-Mord:** Verfahren gegen einen der Mörder Ernst Thälmanns erneut abgelehnt ..... 8  
Staat schützt Nazi-Mörder ..... 9

**Ausländerpolitik:** Stärkerer Widerstand der Gewerkschaften gegen die reaktionäre Ausländerpolitik ..... 10  
DGB-Gewerkschaften zur Ausländerpolitik ..... 10

**Revolutionäre Sozialisten:** Über eine angebliche "Attacke" der Sowjetunion in der Deutschlandpolitik ..... 11  
Dokumentiert: Revolutionäre Sozialisten zur Ostpolitik der Bundesregierung ..... 12

### Auslandsberichterstattung

**USA:** Parteitag der Republikanischen Partei: Bildung eines reaktionären Potentials ..... 14  
Reaktionäre Wende im Arbeitsrecht ..... 15

**Ägäis:** Griechenland sagt US-Manöver ab ..... 15

**Rotes Meer:** Flottenaufmarsch der Imperialisten ..... 16

**Indien:** Zusammenschluß der Opposition ..... 16

**Brasilien:** "Öffnung" erfolgreich 17

**Südafrika:** Die Kammerwahlen sind ein Schlag ins Wasser ..... 17

Internationale Meldungen ..... 18

### Reportagen und Berichte regional

**Druckindustrie:** Kapitalisten setzen nach: Angriffe nach dem Streik ..... 20

**1. September 1984:** Aktionen am Antikriegstag ..... 21

**Staatshaushaltsplan 1985/86 Baden-Württemberg:** Wen trifft die "Wende in den Personalausgaben"? ..... 22

**Kraftwerk Buschhaus:** Gericht stoppt Inbetriebnahme ..... 22

## ASYL FÜR TÜRKISCHE KONSULATSBESETZER

Die zehn türkischen Revolutionäre, die im November 1982 das türkische Generalkonsulat in Köln besetzt hatten und daraufhin zu Haftstrafen zwischen 4 und 4 1/2 Jahren wegen "Geiselnahme" verurteilt worden waren, haben Asyl in der BRD erhalten. Die Entscheidungen sind bis auf ein noch laufendes Verfahren rechtskräftig. Ganz offensichtlich haben die politischen Auseinandersetzungen um die Konsulatsbesetzung einerseits und das Asylrecht andererseits die Gerichte unter Druck gesetzt. Allerdings: Trotz der Asylzuerkennung können die Türken nach wie vor ausgeliefert oder abgeschoben werden, wie dies Staatssekretär Spranger bereits im November 1982 angedroht hatte: "Es ist nicht zu verantworten, die Sicherheitsinteressen von Staat und Allgemeinheit schlechthin hinter dem Interesse eines Asylberechtigten zurücktreten zu lassen." Das BVerfG hat es für zulässig erklärt, Asylberechtigte auszuliefern, wenn der die Auslieferung begehrende Staat zusichert, nur wegen der im Auslieferungsantrag genannten Straftat ein Verfahren durchzuführen. Da Geiselnahme nach der Europäischen Terrorismuskonvention als "kriminelles Delikt" gilt, läge juristisch keine politische Verfolgung vor, sollte die Türkei die Auslieferung beantragen. Eine Abschiebung wegen "Gefährdung der inneren Sicherheit" wäre nach § 11 II i.V.m. § 14 II S.2 AuslG auch möglich. — (Mak)

## GEISSLER SOZIAL: KINDERGELD FÜR ERWACHSENE

Ab 1. Januar zahlt die Bundesanstalt für Arbeit an arbeitslose Lohnabhängige, die zwischen 18 und 21 Jahre alt sind, wieder Kindergeld. Wer Wehrdienst oder Zivildienst geleistet hat, bekommt diese Zeit noch hinzuge-rechnet. Betreiber dieser Entscheidung soll, so ist aus der bürgerlichen Presse zu entnehmen, Bundesfamilienminister Geissler gewesen sein. Am 28.8., gleich nach der Rückkehr Kohls aus dem Urlaub, billigte das Bundeskabinett seinen Gesetzantrag. In der bürgerlichen Presse rührt sich gegen die Dreistigkeit, mit der die Bundesregierung erwachsene Leute als Kinder qualifiziert, kaum eine Kritik. Knapp 80000 Arbeitslose sollen in den "Genuß" dieser Maßnahme kommen. Im Durchschnitt soll jedem 100 DM im Monat gezahlt werden. 1982 hatte die damalige SPD/FDP-Bundesregierung die Kindergeldzahlungen an Arbeitslose in diesem Alter eingestellt. Zusätzlich beschnitt sie den Anspruch auf Arbeitslosengeld. Diese Beseitigung von Ansprüchen auf Arbeitslosengeld hat die christlich-liberale Regierung schwungvoll fortgesetzt. Letzte Maßnahme war die Entscheidung im Haushaltsgesetz 1984,

den Arbeitslosengeldanspruch von jugendlichen Arbeitslosen nach ihrer Berufsausbildung auf 31,5% des tariflichen Arbeitsentgelts in ihrem gelernten Beruf zu verringern. Die meisten Arbeitslosen in den Altersstufen bis 21 Jahre beziehen heute aufgrund der Beseitigung ihrer Versicherungsansprüche überhaupt kein Arbeitslosengeld mehr oder aber zu Sätzen, die weit unter Sozialhilfe liegen. Zwangsläufig wohnen viele von ihnen wieder bei den Eltern. Auf Basis dieser leid-



Arbeitslose Jugendliche: Kaum einer hat Anspruch auf Arbeitslosengeld.

vollen Erfahrung, so die zynische Kalkulation Geisslers, soll der jetzige Beschluß der Bundesregierung noch als "soziale Tat" erscheinen. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anke Fuchs, unter Ehrenberg Staatssekretärin im Sozialministerium und persönlich an der Aufhebung der Kindergeldzahlung 1982 beteiligt, "begrüßte" die Kabinettsentscheidung sogleich und forderte die Zahlung von Kindergeld auch für 23jährige. Reaktionen von seiten der Gewerkschaften, die diese dreisten "Wohltaten" zurückweisen und die Wiederherstellung einer ausreichenden Arbeitslosengeldzahlung verlangen, sind uns nicht bekannt. — (rül)

## ENQUETE-KOMMISSION GENTECHNOLOGIE

Auf Antrag der GRÜNEN und der SPD ist Mitte August im Bundestag die Enquete-Kommission "Chancen und Risiken der Gen-Technologie" eingerichtet worden. Die GRÜNEN verlangten die Aufstellung eines Maßnahmenkatalogs zur Unterbindung gentechnischer Experimente, Untersuchungs- und Produktionsverfahren. Der Auftrag der Kommission besteht jetzt in der Erarbeitung von Empfehlungen für Entscheidungen, "die Chancen und Risiken der Gen-Technologie und neuer biotechnologischer Methoden unter ökologischen, ökonomischen, rechtlichen, gesellschaftlichen und Sicherheitsgesichtspunkten betreffen" (Handelsblatt, 15.08.84).

Die bürgerlichen Parteien, insbesondere die CDU/CSU, machen sich Sorgen um die "Akzeptanz" der Gen-

technologie und wollen vermeiden, in eine ähnliche Situation wie bei der Kernenergie zu kommen. Zusätzlich geht es um eine sachliche Beurteilung der Profitmöglichkeiten, die diese Technik ermöglichen könnte, oder in der Kommissionsterminologie: um die "Chancen". Unter "Risiken" laufen Dinge, die mit den tatsächlichen Risiken wenig bis gar nichts zu tun haben. So hat sich Forschungsminister Riesenhuber im Juni in einem Interview Sorgen gemacht, daß es möglich werden könnte, Menschen mit "optimaler Intelligenz" zu entwickeln. Solche Sorte von "Risiken" anzuerkennen, hieße anzuerkennen, daß die "Intelligenz" vererbt wird, daß es Gene gibt, die dafür zuständig sind. Dazu besteht keine Veranlassung. Riesenhuber gedenkt, solche fiktiven Versuche mittels eines Gentechnikgesetzes zu verbieten. Das kostet ihn nichts und bringt ideologischen Nutzen.

Risiken, die tatsächlich bestehen, wenn genetisch veränderte Bakterien, die keine Laborkrüppel mehr sind, nach außen gelangen, tut er als nicht existent ab (bild der wissenschaft 4/84). — (beh)

### ERNEUTER EINMARSCH TÜRKISCHER TRUPPEN

Am 18. August sind erneut Eliteeinheiten der türkischen Armee in Begleitung von Luftlande- und Gendarmereieinheiten in den iranischen und irakischen Teil Kurdistans einmarschiert. Die Truppen der türkischen Armee drangen 40-50 km in den Iran und den Irak ein. Seit Monaten findet eine Konzentration von türkischen Militäreinheiten in der Grenzregion zum Iran und Irak statt. Durch massiven Druck und Terror, großangelegte Verhaftungsoperationen und Razzien wird die Bevölkerung zum Verlassen der Grenzregion gezwungen. Die tür-

kische Regierung begründet ihren Einmarsch in den Iran und Irak mit bewaffneten Überfällen auf Polizeistationen in den kurdischen Provinzen Eruh-Siirt und Semdinli-Hakkari nahe der Grenzen. Bei diesen Angriffen wurden zwei Armeeeingehörige getötet. Die türkischen Truppen nahmen mehr als 200 Personen fest. Gleichzeitig bereitete die iranische Regierung eine Offensive gegen die kurdischen Gebiete vor. Mitte August begannen Zwangsumsiedlungen von mehreren tausend Personen aus der Grenzregion, um den Widerstand in den kurdischen Dörfern zu zerschlagen. Im August hatten die türkische und iranische Regierung eine Übereinkunft in "Grenzfragen" getroffen, um die iranisch-türkische Ölpipeline vor Guerillaangriffen zu schützen. Bei den militärischen Operationen gegen die Kurden wurde ein Fluchtweg in die Türkei entdeckt, mehrere Flüchtlinge erschossen. Seit Jahresanfang sind ca. 200 iranische Kurden wegen der Verfolgungen im Iran in die Türkei geflohen. Die Militäroperationen gegen die kurdische Bevölkerung stehen im Zusammenhang mit den NATO- und US-Plänen, in Kurdistan die militärischen Anlagen auszubauen, die Flughäfen zur Stationierung der "Schnellen Eingreiftruppe" vorzubereiten, in Kurdistan Atom-Waffen zu stationieren. NATO-Oberbefehlshaber Rogers hatte der türkischen Regierung kurz vor dem Einmarsch in den Iran und Irak einen Besuch abgestattet. In einem Flugblatt der KOMKAR — Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD — und anderen heißt es: "Der Einmarsch der türkischen Armee kommt einer erneuten Besetzung Kurdistans, ja sogar einem offenen Krieg gegen das kurdische Volk gleich. Ziel dieses Krieges ist ... die Zerschlagung des bewaffneten Widerstandes ..." (eve)



In der Tradition des deutschen Kolonialismus feierte Strauß Anfang Juli "100 Jahre Freundschaft zwischen Deutschland und Togo" mit Staatschef Eyadema. Jetzt meldete das Verteidigungsministerium, daß diese "Freundschaft" seit 15 Jahren durch "Ausrüstungshilfe"-Lieferungen der Bundeswehr befestigt wird. Z.Z. halte sich ein "dreiköpfiger Beraterstab" der BW in Togo auf. — (Mak)

**Teilstillegung:** Suzuki verletzt Informationspflicht ..... 23

**Ladenschlußzeiten:** HBV bekämpft Ausnahmeregelungen ..... 23

**Landesarbeitsamt Südbayern:** Ausländische und ältere Arbeiter lang arbeitslos — Arbeitslosenhilfe ..... 24

**Kriegsgerichte:** Protest gegen Kriegsjustiz ..... 25

**NRW-Schulpolitik:** Verschärfte Auslese und Konkurrenz ..... 25

**Faschistische Aktivitäten:** Faschisten durch Gegenwehr im Zaum gehalten, aber nicht zerschlagen ..... 26  
"In Deutschland nie Faschismus gegeben" ..... 27

**Nachrichten aus der Arbeiterbewegung** ..... 28

**IG Chemie Gewerkschaftstag:** Im Vergleich mit 1980 nur wenig Anträge gegen Schichtarbeit ..... 29

### Sozialstatistik

**Hinterbliebenenrente:** Eine Etappe zur Normalisierung der Rente mit Zuverdienst? ..... 30  
Dokumentation: Blüms Entwurf: "Hinterbliebenenrente mit Freibetrag" ..... 31

### Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

**Taschenbücher:** Literatur und Sachbücher über die Verhältnisse in der Türkei ..... 32

**Deutsch-französische Rüstungszusammenarbeit:** Militärische Informationen über Bosch 33

**Hochschulpolitik in Baden-Württemberg:** "Die Masse steht der Klasse im Weg" ..... 34

### Spezialberichte

**Westliche Imperialisten gegen die RGW-Staaten:** Mit Wirtschaftsbeziehungen und Boykott soll der RGW gespalten werden ..... 36  
**Rohstofflieferanten für die Imperialisten** ..... 36  
**RGW zum Wirtschaftskrieg und zur EG** ..... 37  
**RGW-Gipfelkonferenz 1969: Sozialistische ökonomische Integration** . 38

Titelbild: Karikatur tis, HH

## Zivilschutz

## EIN "VOLKSSTURM"-GESETZ VON ZIMMERMANN: ZWANGSARBEIT FÜR ALLE AB 18 JAHREN

Am 5. Juni hat das Bundesinnenministerium einen "vorläufigen Referentenentwurf eines Zivilschutzgesetzes" fertiggestellt. Der Gesetzentwurf liegt seitdem den Länderregierungen und Katastrophenschutzverbänden zur Stellungnahme vor. Bis Ende August sollen diese Stellungnahmen eingehen. Bis Ende des Jahres soll dann aus dem "vorläufigen Referentenentwurf" ein von Bundestag und Bundesrat verabschiedetes Gesetz werden. So Zimmermanns Zeitplan.

Wenn Zimmermann eine so schnelle Verabschiedung seines Entwurfs plant, muß er sich nicht nur der Unterstützung durch beide Regierungsparteien sicher sein. Zu befürchten ist, daß auch von seiten der sozialdemokratischen Länderregierungen wenig Widerstand gegen diesen Entwurf aufkommt.

Zimmermanns Entwurf ist ein Zwangsgesetz gegen die Arbeiterbewegung auf der Grundlage der Notstandsgesetze. Sollte der Gesetzentwurf verabschiedet werden, so wären die gesetzlichen Handhaben der Bundesregierung für die Anordnung von Zwangsarbeit beträchtlich erweitert.

In der Begründung des Entwurfs beschreibt das Ministerium seine Ziele:

"Das materielle Zivilschutzrecht soll in wesentlichen Bereichen weiterentwickelt werden. Es handelt sich vor allem um folgende Punkte:

- Aufnahme einer Ermächtigung zur Heranziehung von Helfern im Spannungs- und Verteidigungsfall,
- Sicherstellung der gesundheitli-

chen Versorgung der Bevölkerung,

- Umwandlung des Bundesverbandes für den Selbstschutz in eine nichtrechtsfähige Bundesanstalt,

- Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk,

- Anpassung des Beamtenrechts an die Erfordernisse des Spannungs- und des Verteidigungsfalles."

Gleich dreifach will Zimmermann die gesetzlichen Handhaben für die Bundesregierung ausweiten, Zwangsarbeit zu verhängen: erstens durch Rekrutierung von "Helfern im Zivilschutz", zweitens durch die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen, um die Beschäftigten im Gesundheitswesen zu jeder möglichen Überarbeit zu zwingen, drittens durch die "Anpassung" des Beamtenrechts an die Kriegsabsichten des westdeutschen Imperialismus.

Zur Zeit stehen 150000 "ehrenamtliche Helfer" unter dem Kommando von Bund, Ländern und Gemeinden. Hinzu kommen 1,39 Millionen "Helfer" in Verbänden wie dem Arbeitersamariterbund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter- und Malteser-Hilfsdienste, Technisches Hilfswerk und freiwillige sowie Berufsfeuerwehren. Diese "Helfer"zahl hält das Innenministerium für viel zu niedrig für eine erfolgreiche Kriegsführung. So sei damit zu rechnen, daß bei Mobilmachung ein großer Teil der "Helfer" für den Kriegsdienst rekrutiert werde und dann für Aufgaben des "Zivilschutzes" ausfalle. Zimmermann will deshalb die Bundesregierung ermäch-

tigen, jeden männlichen Lohnabhängigen für den "Zivilschutz" zu rekrutieren:

"§ 38 Heranziehung von Helfern im Spannungs- und Verteidigungsfall

(1) Männer, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben und nicht zum Wehrdienst im Verteidigungsfall herangezogen werden, können zum Dienst als Helfer im Zivilschutz herangezogen werden."

Gegen diese Zwangsrekrutierung soll keine Gegenwehr erlaubt sein. Bei Verletzung der Dienstpflicht sieht das Gesetz Geldbußen bis zu 20000 DM, bei Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen bis zu fünf Jahre Haft vor. Alles weitere will Zimmermann per Verordnung regeln. § 38, Abs. 4 seines



Bundesinnenminister Zimmermann

### CDU-WIRTSCHAFTSRAT GEGEN LADENSCHLUSS

Nachdem FDP-Minister Engelhard einen "Großversuch" vorgeschlagen hat, um die Öffnungszeiten im Einzelhandel und damit die Arbeitszeit der Lohnabhängigen bis 22 Uhr auszudehnen, liegt nun auch vom CDU-Wirtschaftsrat ein Vorschlag zwecks Aufhebung des Ladenschlußgesetzes vor. Wirtschaftsrat-Sprecher H. Piepenbrock wünschte: "Jeder Einzelhändler könnte, abgesehen von Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen sein Geschäft öffnen." Leider sei das "kaum zu verwirklichen". Als "Kompromiß" sollten die Kapitalisten ihre Öffnungszeiten frei festlegen können, die Öffnungszeit pro Woche aber so viele Stunden umfassen wie bisher. Also statt samstags von 8 bis 14 Uhr zweimal abends bis 21.30 Uhr. Oder täglich erst ab 9 Uhr und jeden Samstag bis 19 Uhr. Oder mittags drei Stunden Pause

und jeden Abend bis 22 Uhr. Bei einer solchen, "auf Flexibilität gerichteten Lösung" müßten auch die kleinen Einzelhandelsgeschäfte keine ruinöse Konkurrenz fürchten. Der "Kompromiß" des Wirtschaftsrats würde jede Schranke des Arbeitstags und der Arbeitswoche im Einzelhandel beseitigen. (Handelsblatt, 27.8.84 – rül)

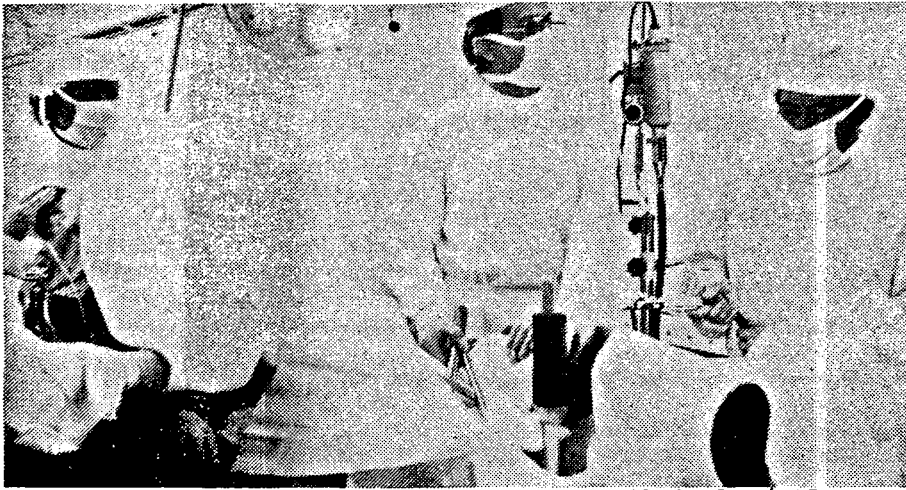
### SOZIALPLAN-"HALBIERUNG" ALS "ZWISCHENLÖSUNG"

Am 28.8. hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf von Justizminister Engelhard (FDP) zu Sozialplänen verabschiedet. Das Bundesverfassungsgericht hatte eine gesetzliche Neuregelung, sprich: Senkung der Sozialplankosten der Kapitalisten gefordert. Im Gesetzentwurf heißt es nun, Sozialplanansprüche von Lohnabhängigen seien zwar auch künftig "erst-rangige Forderungen". Die entlassenen Lohnabhängigen dürfen aber in Sozialplänen maximal zweieinhalb

Monatsverdienste verlangen, im Konkursfall höchstens ein Drittel der "Konkursmasse". Die MAN-Kapitalisten, die in den letzten zwei Jahren 10000 Lohnabhängige entließen und diesen 125 Mio. DM zahlen mußten, hätten nach diesem Gesetz weniger als halb so viel gezahlt. Das Gesetz soll nur solange in Kraft bleiben, bis mit Blüms "Beschäftigungsförderungsgesetz" die Kapitalisten fast vollständig von Sozialplankosten befreit werden. – (rül)

### BUNDESREGIERUNG: AUCH JUSTIZHOHEIT ÜBER DDR

Am 23.8. entließ der Hamburger Generalstaatsanwalt den DDR-Bürger Weißgerber aus der Untersuchungshaft und stellte das gegen Weißgerber eröffnete Verfahren ein. Er soll – so die Anklage – an einem Raubmord in der DDR beteiligt gewesen sein. In der DDR ist er deswegen angeklagt, er floh daraufhin in die BRD. Das Auslie-



Gegen die "Gesundheitssicherstellungsgesetz"-Entwürfe der SPD/FDP-Regierung hatten die Lohnabhängigen in den Krankenhäusern heftig protestiert. Jetzt will Zimmermann diese Pläne mit seinem Gesetz durchsetzen. Bild: Operationsübung in einem "Hilfskrankenhaus".

Entwurfs lautet:

"Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates nähere Regelungen über

1. den Inhalt, Beginn und die Dauer der Heranziehung,
2. die Heranziehungsausnahmen,
3. die Erfassung und Durchführung der Heranziehung,
4. die polizeiliche Vorführung und Zuführung von herangezogenen Helfern

in entsprechender Anwendung des Wehrpflichtgesetzes zu treffen."

Zimmermanns "Zivilschutz" wäre so für jedes Zwangsarbeitsprojekt abkommandierbar. Die Anwendung des Wehrpflichtgesetzes auf alle "Helfer" bedeutet zudem: Auch die Frauen und Zivildienstleistenden in den sogenannten "Katastrophenschutzverbänden" unterstehen schon im "Spannungsfall" dem militärischen System von Befehl

und Gehorsam, können kaserniert werden usw. usf. Für Art und Umfang der Zwangsarbeit, ihre Dauer pro Tag, ihre Bezahlung usw. sind keinerlei Schranken vorgesehen.

Als "Maßnahmen im Gesundheitswesen" will Zimmermann die schon in Entwürfen früherer Regierungen für ein "Gesundheitssicherstellungsgesetz" vorgesehene Erfassung aller medizinisch Ausgebildeten mit seinem Gesetzentwurf nun vorschreiben. § 26 lautet:

"(1) Maßnahmen des Zivilschutzes im Bereich des zivilen Gesundheitswesens sind

1. die Aufstellung und Fortschreibung eines Planes von Maßnahmen der gesundheitlichen Versorgung in einem Verteidigungsfall..."

Dazu soll eine Kapazitätserfassung sowohl der bestehenden Krankenhäuser wie auch der bereitzustellenden "Hilfskrankenhäuser" erfolgen. Alle

medizinisch Ausgebildeten sollen erfaßt werden. Die Kammern und Verbände der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker sind zur Mitarbeit bei dieser Erfassung verpflichtet (§ 26, Abs. 3), alle Träger von Krankenhäusern müssen "Pläne zur Bewältigung eines Massenankomms von Verletzten im Verteidigungsfall" aufstellen (§ 27, Abs. 2). Der Arbeitsminister soll ermächtigt werden, per Rechtsverordnung auch "die Meldepflicht der nicht berufstätigen Angehörigen der Gesundheitsberufe zu bestimmen und den meldepflichtigen Personenkreis ... im einzelnen zu regeln." (§ 29, Abs. 4). Schon im "Spannungsfall" sollen dann sämtliche Krankenhäuser dem Innenministerium bzw. einer dafür zuständigen zentralen Behörde unterstellt werden, die den Beschäftigten in diesen Krankenhäusern so ziemlich jede Arbeitsbelastung abverlangen kann. § 32 von Zimmermanns Entwurf schreibt dazu vor:

"(1) die zuständige Behörde kann anordnen, daß

1. Träger und Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung ihre Leistungsfähigkeit auf die Anforderungen des gesundheitlichen Zivilschutzes umzustellen, zu erweitern und die Einsatzbereitschaft herzustellen haben..."

Die "Anpassung des Beamtenrechts an die Erfordernisse des Spannungs- und des Verteidigungsfall" sieht so aus:

"(1) Der Beamte kann für Zwecke der Verteidigung auch ohne seine Zustimmung zu einem anderen Dienstherrn abgeordnet oder zur Dienstleistung bei einer zivilen Dienststelle der NATO verpflichtet werden.

(2) Dem Beamten können für Zwecke der Verteidigung auch Aufgaben übertragen werden, die nicht seinem Amt oder seiner Laufbahnbefähigung

ferungersuchen der DDR lehnte der Staatsanwalt mit Unterstützung der Bundesregierung ohne Begründung ab. Regierung und Justiz haben mit ihrem Vorgehen klargestellt, daß sie jegliche Hoheit der DDR über ihr Staatsgebiet mißachten. — (uld)

## BUNDESRAT WILL NEUE HOCHSCHULZULASSUNG

Am 14.8. hat der Bundesrat dem Bundestag einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vorgelegt. Geändert werden soll die Zulassung zum Studium in jenen Fächern, in denen es deutlich mehr Bewerber als Studienplätze gibt. Bisher werden diese Plätze in der Hauptsache nach dem Notendurchschnitt des Abiturs bzw. der Wartezeit auf den Studienplatz vergeben. Eine "Vorab-Quote" von bis zu 30 % der Plätze bleibt bestimmten Personengruppen vorbehalten (Ausländer, Bewerber mit abgeschlossenem Stu-

dium in einem anderen Fach etc.). Diese Vorab-Quote soll auf maximal 20 % gesenkt werden. Für die anderen Bewerber kommt ein obligatorischer "Test", eine zusätzliche schriftliche Prüfung dazu. Bewerber mit schlechterem Notendurchschnitt sollen nicht mehr nur nach Wartezeit zugelassen werden. Ein Teil soll in einem "Auswahlgespräch" vor einem "fachkundigen Gremium der Hochschule" "seine Motivation und Geeignetheit für den gewählten Beruf" dartun. Das Gremium entscheidet, wer genommen wird. Die Bundesregierung unterstützt den Antrag des Bundesrates, will aber tendenziell noch mehr Plätze durch Auswahlgespräche vergeben haben. — (tob)

## ZEITVERTRÄGE FÜR WISS. PERSONAL

Die Bundesregierung hat am 22.8. einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes vorge-

legt. Damit soll die Grundlage geschaffen werden, für wissenschaftliches Personal in den meisten Fällen nur noch befristete Arbeitsverträge abschließen zu können. Das Gesetz soll den Tarifvertrag über befristete Anstellungen (SR 2 y BAT) außer Kraft setzen. Befristete Verträge sollen u.a. in folgenden Fällen abgeschlossen werden: Für wissenschaftliche Mitarbeiter in "Aus-, Fort- oder Weiterbildung" (z.B. Promotion); für Mitarbeiter, die aus Drittmitteln bezahlt werden für Mitarbeiter, die erstmals eingestellt werden. Die Befristung kann bis zu 5 Jahren ausgedehnt werden. Befristete Arbeitsverträge, die aus Drittmitteln finanziert werden, können jederzeit gekündigt werden, "wenn feststeht, daß die Drittmittel wegfallen ... und die Kündigung unter Einhaltung der Kündigungsfrist frühestens zum Zeitpunkt des Wegfalls der Drittmittel erfolgt". — (tob)



gung entsprechen ..."

Gemeint sind solche Aufgaben wie Requirieren von "Feindvermögen", Beaufsichtigung ausländischer Zwangsarbeiter usw. Zimmermann spricht die Absicht der BRD-Imperialisten, fremdes Territorium zu überfallen, ausdrücklich aus. Er will in das Beamtenrechtsrahmengesetz dazu als neue Bestimmung aufnehmen:

"§ 133a ... (3) Der Beamte ist bei einer Verlegung der Behörde oder Dienststelle – auch außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland – zur Folgeleistung verpflichtet."

Eine entsprechende Bestimmung sieht Zimmermann auch für alle "Helfer im Zivilschutz" vor (§ 35, Abs. 8).

Schließlich sollen Beamte künftig im "Spannungs- und Verteidigungsfall" verpflichtet werden können, "vorübergehend in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen und an Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen" (der neue § 133 d Beamtenrechtsrahmengesetz), "über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus Dienst zu tun" (§ 133 d). Ihr Kündigungsrecht soll aufgehoben werden (der neue § 133 b) und der Anspruch auf Ruhestand erst ab 68 Jahren gelten (§ 133 c). Zimmermanns Entwurf kündigt so auch Angriffe an, die die Bundesregierung auch ohne "Spannungsfall" gegen alle Lohnabhängigen beabsichtigt.

Schließlich will Zimmermann der Bundesregierung die gesetzliche Handhabe für große Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung schaffen und ein Netz von Blockwarten, genannt "Selbstschutzberater", errichten. In § 8 werden die Gemeinden verpflichtet,

1. das Gemeindegebiet in Wohnbereiche einzuteilen,

2. die Einrichtung einer Beratungs- und Leitstelle in jedem Wohnbereich

vorzubereiten".

Im § 17 werden die Gemeinden ermächtigt, jedes Verlassen des Gemeindegebietes erlaubnispflichtig zu machen. Nach § 18 kann Zimmermann "für Zwecke der Verteidigung" die Evakuierung der Bevölkerung "besonders gefährdeter Gebiete" anordnen.

In der "Europäischen Wehrkunde" haben mehrere Autoren eine Artikelreihe über "Zivilverteidigung" begonnen. Über die kriegerischen Absichten der Bundesregierung mit dem neuen

higkeit der Bundeswehr wirklich gewährleistet, wenn den Soldaten die Gewißheit fehlt, daß für das Überleben ihrer Familien das Mögliche und Nötige geschieht, daß also hinlängliche Vorsorgen für ihren Schutz getroffen werden?" Von Kalkreuth weiter: Man müsse endlich "Nachdenken über das Undenkbare". Deshalb müsse man nun dem Zivilschutz "zum entscheidenden Durchbruch verhelfen".

Das Zivilschutzgesetz soll die Lohnabhängigen unter dem Vorwand, es



Vorbild für Zimmermanns "Zivilschutzgesetz": Der faschistische "Volkssturm". Der Unterschied: Diesmal wollen die BRD-Imperialisten schon im "Spannungsfall" die totale Mobilmachung und Arbeitsdienst für alle Lohnabhängigen erzwingen.

Gesetz lassen sie darin keine Zweifel. Die Zivilverteidigung sei "eine Zone des Zweifels für die deutsche Sicherheitspolitik", meint der frühere Befehlshaber des Territorialkommandos Süd in Heidelberg, Jürg von Kalkreuth, und fragt: "Die militärische Verteidigung unseres Landes hat sich im großen und ganzen ziemlich kräftig entwickelt ... Ist aber die Kampffä-

higkeit um ihren eigenen Schutz, den Kriegsplänen der Kapitalisten und der Regierung unterwerfen. Es ist ein Mobilmachungsgesetz nach Art der faschistischen "Volkssturm"-Erlasse.

Quellenhinweis: Bundesinnenministerium, Vorläufiger Referentenentwurf eines Zivilschutzgesetzes, 5. Juni 1984; Europäische Wehrkunde 8/1984 – (rül)

#### Forschungsmittel f. Konzerne 1972–1982, in Mio. DM

Siemens	4210
BBC	1380
MBB	1270
Ruhrkohle	758
AEG	479
RWE	384
Saarbergwerke	381
Krupp	211
GHH	205
Thyssen	201
Salzgitter	164
Mannesmann	161
Philips	160
IAB.	128
SEL	120
VW	119
Flick	113
Daimler	106
Carl Zeiss	105
Klöckner	102
Gesamt	12250

Diese Tabelle veröffentlichte das Bundesforschungsministerium. Es will eine "Wende" in der Forschungsförderung einleiten, weg von der Projektförderung, hin zur "indirekten Förderung" von Klein- und Mittelbetrieben. "Höhere Eigenbeteiligung" bei der Forschungsförderung soll "belohnt" werden. Verarmen werden die Großkonzerne dabei nicht. – (Mak)

#### SPENDENSAMMLUNG FÜR AZANIA/SÜDAFRIKA

Der "Arbeitskreis zur Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in Azania (Südafrika)" veröffentlichte am 1.8.84 folgende Presseerklärung (Auszüge):

"Der Arbeitskreis hatte sich im Anschluß an die Rundreise eines Vertreters der unabhängigen schwarzen Gewerkschaft der Gemeindearbeiter in Südafrika Anfang des Jahres gegründet. Eine wesentliche Aufgabe ist die Organisierung einer Spendensamm-

lung für ein Auto für die unabhängige schwarze Dachgewerkschaft CUSA. Der Erfolg beim Aufbau der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften hängt u.a. wesentlich davon ab, ob die Transport- und Verbindungsprobleme gelöst werden können. Deshalb sammeln wir für das Auto für die CUSA. Die eingegangenen Spenden haben bis zum 1.8.84 den Betrag von 1500 DM erreicht. Spendenkonto: Eckhard Held (Azania), BfG Hamburg, Kto.Nr. 2349 624 701 (BLZ 200 101 11)" – (Mak)

#### BRAND IN DUISBURG: POGROMSTIMMUNG

Sieben türkische Staatsangehörige starben in der Nacht vom 26. auf den 27.8. bei einem Häuserbrand in Duisburg-Wanheimerort, 23 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Das Achtfamilienhaus, in dem 57 Türken und Jugoslawen wohnten, brannte vollständig aus. Fest steht, daß der Brand von einem offenen Feuer im

**Öffentlicher Dienst****SPD-PLÄNE ZUR  
EINKOMMENSSENKUNG**

Seit dem Regierungswechsel in Bonn lieben es führende Sozialdemokraten, die Arbeits- und Sozialpolitik der SPD als "Schulterschuß mit den Gewerkschaften" zu titulieren. Die starke Position, die die SPD in den DGB-Gewerkschaften innehat, und der Einsatz des gesamten SPD-Parteiparates macht es für die Lohnabhängigen und die Gewerkschaftsbewegung schwer, sich diesem "Schulterschuß" zu entziehen. Bevor die Großen Tarifkommissionen der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst über die diesjährige Tarifforderung beschlossen haben, erklären SPD-Funktionäre den Kampf dieser Gewerkschaften für Arbeitszeitverkürzung für unterstützenswert. Noch mehr, die SPD ist in diesen Kampf bereits voll eingestiegen. Hans-Jochen Vogel propagiert, daß sich die Tarifparteien "darüber verständigen, den Verteilungsspielraum in erster Linie zur Verkürzung der Arbeitszeit zu verwenden", und sozialdemokratische Landesregierungen sind damit befaßt, Projekte zur Einkommenssenkung auf den Weg zu bringen. In Hamburger und Bremer Senatskreisen wird über die Beseitigung der Einkommensbezogenheit der Sonderzuwendung ("Weihnachtsgeld") diskutiert. Der NRW-Kultusminister Schwier strebt eine Änderung des Beamtenrechts an zwecks Senkung der Lehrerbesoldung um vier Prozent bei entsprechender Verringerung ihrer Arbeitszeit. Die Begründung dieser Raubprojekte: "Es ist nicht einzu sehen, warum ich ein 13. Monatsgehalt bekomme. Der Flurbote im Rathaus mit seinen drei Kindern könnte

dieses Geld viel besser gebrauchen" (Koschnick).

Zielten die Pläne der SPD auf solche Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die mit ihrer Vergütung oder Besoldung ein beträchtliches Vermögen anhäufen können, wären sie mit einer empfindlichen Besteuerung von Vermögen zu verwirklichen. In Wirklichkeit geht es Koschnick und Parteifreunden um die Senkung der Einkommen der breiten Masse der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst. Deshalb hat er als Einheitsbetrag für die Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) bereits die Summe von 2000 DM ins Gespräch gebracht. Damit stellt er klar, daß nicht nur er, sondern alle, deren monatliches Bruttoeinkommen 2000 DM übersteigt, zum Verzicht gezwungen werden sollen.

Schließlich wird der von Koschnick bemühte Flurbote mit seinen drei Kindern auch noch am schlimmsten unter den SPD-Plänen zu leiden haben. Wenn er eine besondere Anhebung seines Hungerlohns fordert, wird ihm entgegnet werden, daß der gehobene und höhere Dienst schon Vorleistungen gebracht habe und eine weitere "Nivellierung" gegen die Verfassung verstoßen würde.

Genausowenig beschränken sich die Absichten Schwier darauf, die hochschulmäßig vorgebildete Arbeitskraft der Lehrer billiger einkaufen zu können. Der Grundstein für das heutige Besoldungsniveau der Lehrer wurde bereits Ende der fünfziger Jahre gelegt, als Veränderungen der Ausbildung und der Anforderungen den Anlaß für Höhergruppierungen der Lehrer bildeten. Noch heute wird in der Fachliteratur beklagt, daß es nicht zumindest gelang, diese Höhergruppierung auf Lehrer zu beschränken, sondern z.B. die Grundgehälter der Oberinspektoren daran teilhatten. Lo-

gische Konsequenz daraus ist für Schwier, die Besoldungskürzung auf alle Beamten auszudehnen.

Besoldungskürzung für den höheren Dienst aber muß auf den einfachen Dienst durchschlagen. Es war noch die SPD/F.D.P.-Regierung, die 1975 eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die die Anpassung der Besoldung betrifft, in Gesetzesform goß. Seitdem lautet § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes: "Die Besoldung wird ... unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung durch Bundesgesetz regelmäßig angepaßt". Damit, daß eine Besoldungsanpassung die "mit den Dienstaufgaben verbundene Verantwortung" berücksichtigen muß, ist der höhere Dienst vor isolierten Besoldungskürzungen geschützt. Was von Schwier als Opfer von "besserverdienenden Arbeitsplatzbesitzern" dargestellt wird, muß beim Opfergang aller Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes enden, wenn keine Gegenwehr organisiert wird.

Quellenhinweis: Zeitschrift für Beamtenrecht - (kar)

**Volkszählungsgesetz****BUNDESINNENMINISTER  
LEGT ENTWURF VOR**

Das Bundesinnenministerium hat jetzt einen Referentenentwurf zu einem neuen Volkszählungsgesetz vorgelegt. Im September soll er im Kabinett beraten werden. Unter dem Druck der Boykottbewegung gegen die Volkszählung hatte das Bundesverfassungsgericht im Dezember 1983 die geplante Koordinierung von Volkszählung und Überprüfung der Melderegister verboten, aber das Erhebungsprogramm im

Hauseingang ausging. Nach zunächst gegenteiligen Angaben der Polizei mußte die Duisburger Staatsanwaltschaft am 30.8. von "vorsätzlicher Brandstiftung als eine der Möglichkeiten der Brandentstehung" sprechen und erklärte, sie gehe bei ihren Ermittlungen hiervon aus, weil "bestimmte Umstände" dafür sprächen. Erst kurz vorher waren in Duisburg Flugblätter mit Hakenkreuzen aufgetaucht, auf denen gedroht wurde: "Türken raus bis September, sonst klirren eure Fensterscheiben". Ob ein unmittelbarer Zusammenhang hierzu besteht, ist nicht bekannt. Zu der Pogromstimmung, die Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) im Zusammenhang mit der Verschärfung des Ausländergesetzes verbreitet, würde Brandstiftung jedoch passen. Bei der Arbeiterwohlfahrt gingen demgegenüber unerwartet viele Spenden für die vom Brand betroffenen Familien ein. - (wof)



Unter den Forderungen "Stoppt den Rüstungsexport" und "Keine Amnestie für Rheinmetall" fand am 30.8. eine Demonstration in Düsseldorf statt. Die Demonstranten forderten schnelle Durchführung des Prozesses gegen den Rheinmetall-Konzern, der Rüstungsgüter nach Südafrika geliefert hat, wandten sich gegen die von der Bundesregierung geplante Milderung der Strafvorschriften im Kriegswaffenkontrollgesetz. Aufgerufen hatten u.a. die Anti-Apartheid-Bewegung, die GRÜNEN (NRW), kirchliche Gruppen und die DKP. - (uld)

wesentlichen für rechtmäßig erklärt.

Mit dem Schwerpunkt der jetzigen weitgehend gleichen Erhebungsmerkmale verfolgt die Regierung dieselben Ziele wie zuvor: den Kapitalisten einen genauen Überblick zu geben, wo die Ware Arbeitskraft am billigsten eingekauft werden kann, welche Sorte Arbeitskraft in den verschiedenen Regionen vorhanden ist, wie die Bedingungen beschaffen sind, die ganze Arbeitskraft in einem Teil der bisherigen Zeit zu einem weit geringeren Lohn zu vernutzen.

Der Wohnungsbestand soll vollständig registriert werden.

Mit dem Erhebungsprogramm verschafft sich die Regierung die Daten für eine gezielte Ausweitung der besonderen Unterdrückungsmaßnahmen gegen ausländische Arbeiter. Die Frage nach der Staatsangehörigkeit ist aufgeschlüsselt nach den Ländern, aus denen die Mehrzahl dieser Lohnabhängigen stammt: "italienisch, griechisch, sonstige EG-Staaten, jugoslawisch, türkisch, sonstige". In der Arbeitsstättenzählung soll erfaßt werden: "jeweils nach Geschlecht ... Zahl der ausländischen Arbeitnehmer".

Nach wie vor sollen auch im neuen Entwurf die "Einzelangaben in statistischen Ergebnissen für Zwecke der Planung", für "statistische Aufbereitungen der Gemeinden", "an Amtsträger ... für wissenschaftliche Zwecke" weitergegeben werden. Jetzt ist hinzugefügt: "soweit damit nicht Sicherheitsaufgaben verfolgt werden". Wie ist diese Einschränkung zu sehen? Nach dem Urteil ist dem Staat zugestanden, diese Daten, auch wenn sie noch mit Namen versehen sind, zu "statistischen Zwecken" weiterzugeben. Laut Entwurf können "im Melderegister gespeicherte Daten ... auch zur Vervollständigung der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung verwendet werden: dies gilt nicht für den Vor- und Familiennamen". Festzuhalten ist: Auch ohne den Namen kann die Meldebehörde mit den anderen Daten und dieser Sorte Melderegistervergleich eine vollständige Personenerfassung und den angestrebten Meldeabgleich sichern.

Mit Recht wandte sich die Anwältin Stadler-Euler, die Klage gegen das vorige Volkszählungsgesetz vor dem BVerfG erhoben hatte, in einem Interview mit der "tageszeitung" dagegen, daß durch die "Vermischung von Statistik und Verwaltung" der Melderegisterabgleich "durch die Hintertür eingeführt" werde.

Günstig wäre, wenn die GRÜNEN, die gegen das Volkszählungsgesetz aufgetreten waren, nicht nur diese "Vermischung von Statistik und Verwaltung" ablehnen, sondern gegen die immer vollständigere Überwachung durch das Meldewesen ein anderes Meldegesetz fordern würden.

Quellenhinweis: Gesetzentwurf in "die tageszeitung", 20.8. - (gba)

## Thälmann-Mord

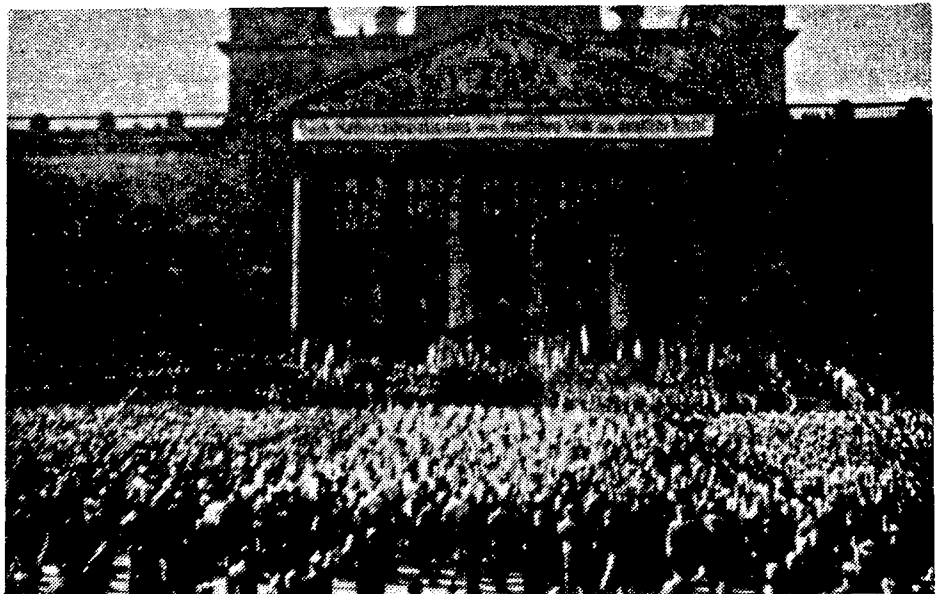
### VERFAHREN GEGEN EINEN DER MÖRDER ERNST THÄLMANNS ERNEUT ABGELEHNT

Am 18.8.1944 starb der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann, unter den Kugeln der SS im KZ Buchenwald. Vierzig Jahre später, im Juni 1984, lehnte das Landgericht Kleve die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen einen der Mörder Thälmanns, den ehemaligen SS-Unterscharführer und Exekutions-Protokollanten des KZ Buchenwald, Wolfgang Otto, ab. Dies ist das achte Mal seit 1962, daß Otto einer strafrechtlichen Verfolgung durch die westdeutsche Justiz entgehen soll. Bereits 1947 hatte das ZK der SED einen Auslieferungsantrag gestellt, der jedoch ohne Antwort blieb. Zu dieser Zeit verbüßte Otto eine fünfjährige Haftstrafe, zu der ihn die US-Besatzer wegen Teilnahme an Massengreueln und mindestens 50 Hinrichtungen verurteilt hatten. Nach seiner Haftentlassung war Otto als Lehrer in NRW tätig. 1962 erstattete die Witwe Thälmanns Strafanzeige gegen Otto wegen Mordes. Nach deren Tod stellte die Staatsanwaltschaft im Januar 1964 das Verfahren ein. Begründung: "Widersprüchliche Zeugen-

1976, 1979 und 1982, ehe durch ein Klageerzwingungsverfahren vor dem OLG Köln 1983 die Erhebung der öffentlichen Klage durchgesetzt werden konnte. Das LG Kleve hat diese Klage nun nicht zur Hauptverhandlung zugelassen.

Bereits in seiner ersten Vernehmung 1948 hatte der Hauptbelastungszeuge gegen Otto und andere, inzwischen verstorbene, SS-Angehörige, Zgoda, eine ausführliche Schilderung des Tathergangs gegeben, den er aus einem Versteck aus etwa vier Metern Entfernung beobachten konnte. Zgoda war als Leichenträger im KZ "beschäftigt". Er berichtete, am Nachmittag des 17.8.44 sei der Befehl zum Aufheizen der Krematoriumsöfen gekommen, bis spät abends sei jedoch nichts passiert. Und weiter:

"Um 0.10 Uhr kamen die beiden Kommandoführer Warnstädt und Stoppe aus dem Krematorium heraus und öffneten das Tor im Hof, um einen großen Personenwagen hereinzulassen. Dem Wagen entstiegen drei Zivilisten, von denen zwei den dritten, der



1933: Deutsche Juristen schwören Gefolgschaft. Nach 1945 hält die Justiz Nazi-Verbrechern den Rücken frei.

aussagen" und "Zweifel an der Glaubwürdigkeit" des Hauptbelastungszeugen, des ehemaligen polnischen KZ-Häftlings Marian Zgoda. Zwei Monate später mußte das Verfahren auf Widerspruch und neuerliche Strafanzeige durch Thälmanns Tochter, die, ebenso wie ihre Mutter, 1944 in KZ-Haft genommen wurde und diese überlebte, wieder aufgenommen werden mit dem Ergebnis der Bestätigung des ersten Einstellungsbeschlusses. Von da an folgten weitere Einstellungsbeschlüsse in den Jahren 1972, 1974,

in der Mitte ging, offenbar bewachten ... Inzwischen waren auch die SS-Leute Berger, Otto, Stoppe und Hofschulte aus dem Krematorium gekommen und flankierten sich an der Eingangstüre ... Die Zivilisten ließen ihren Gefangenen vorangehen. In dem Augenblick, wo der Gefangene ... das Krematorium betrat, fielen hinter ihm vom Hof her drei Schüsse."

Nachdem alles vorbei gewesen sei und die SS-Männer das Krematorium verließen, habe er, Zgoda, eine Unterhaltung zwischen Hofschulte und Otto



gehört: "Hofschulte: 'Weißt Du, wer das war?' Otto antwortete darauf: 'Das war der Kommunistenführer Thälmann.'" Zu Protokoll genommen wurde diese Aussage 1948 von Staatsanwalt Pückert, der seinerseits ab 1933 SA-Scharführer war und laut seiner Beurteilung die Gewähr bot, "jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat" einzutreten (UZ v. 13.7.84). Während des ersten gegen Otto anhängigen Ermittlungsverfahrens bei der Staatsanwaltschaft Kleve 1962 war deren 1. Staatsanwalt ein Johannes Tillmann, früherer Nazi-Staatsanwalt in Stettin und Vollstreckungsleiter beim dortigen Sondergericht.

In anderen Vernehmungen, die zum Teil 15 Jahre später geführt wurden, wich der Zeuge Zgoda in einigen Punkten, die das Randgeschehen betrafen, von seiner oben angeführten Schilderung ab, so, was die Zahl der beteiligten SS-Leute und seinen Weg von der Baracke zu seinem Versteck, einem Kokshaufen, anging. Diese Abweichungen, so die Klever Richter, sollen erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Zeugen wecken, der, weil 1967 verstorben, ja nun leider nicht mehr befragt werden könne. Die Staatsanwaltschaft hatte 1964 und auch später noch ihre Zweifel sogar damit begründet, Zgoda habe 1951 kommunistische Flugblätter verteilt. Dies brachte der Staatsanwaltschaft jetzt allerdings die Rüge ein, "gänzlich neben der Sache" zu liegen. Widersprüchlich seien nach Ansicht des LG auch die Aussagen anderer Zeu-



KPD-Vorsitzender Thälmann

gen, mit denen Zgoda über seine Beobachtungen gesprochen hatte. So bezeichnete der ehemalige Kapo des KZ Buchenwald, Müller, Zgodas Darstellung als "glattes Märchen", obwohl aktenskundig ist, daß Müller Zgoda einen "polnischen Insurgenten" und ein "verlogenes Subjekt" genannt hatte, weil Zgoda in einem Verfahren gegen Müller ausgesagt hatte, daß dieser erhängte Häftlinge, die nach Abnahme vom Galgen noch nicht tot gewesen seien, mit einer Keule erschlagen habe. Die Aussage des ehemaligen SS-Manns Fricke, Otto habe ihm 1947 in der Haft seine Beteiligung an dem Mord geschildert, sei nicht glaubhaft, da Otto sich mit einem solchen Bericht in die Hand Frickes, der Otto

nicht wohlgesonnen gewesen sein soll, begeben hätte; eine Argumentation, deren sich Otto selbst nie bediente, er hatte lediglich die Existenz dieser Unterhaltung bestritten. Auf solcherlei Weise wurden auch andere Aussagen abgebugelt und schließlich kam man zu dem Schluß, daß die SS wahrscheinlich gar nicht beteiligt gewesen sei, da der Befehl zur Ermordung Thälmanns von Hitler persönlich als "Geheime Reichssache" gegeben und daher wohl vom Reichssicherheitshauptamt direkt ausgeführt worden sei. Mit Einschaltung der Lager-SS hätte man sich nur unnötige Zeugen geschaffen. An dieser Stelle verlor sich leider die Spuren, man könne nicht einmal mehr feststellen, wer die Akten des RSHA verwaltet habe.

Gegen den Beschluß des LG Kleve hat der Anwalt von Irma Gabel-Thälmann, Heinrich Hannover, Beschwerde beim OLG Düsseldorf eingelegt. Die Verschleppungstaktik der Justiz hat offensichtlich die Erwartung zum Ziel, Otto möge doch das Zeitliche segnen, bevor das Gericht sich gezwungen sehen könnte, doch noch ein Hauptverfahren durchzuführen. Bei den seinerzeit mitangezeigten SS-Leuten hat dies geklappt. Allerdings ist eins festzuhalten: Schon die bisherigen Äußerungen der Justiz lassen eine Absicht erkennen: Revolutionäre werden für vogelfrei erklärt.

Quellenhinweise: Gerichts- und StA-Beschlüsse im Fall Thälmann, u.a. Landgericht Kleve, Beschluß vom 9.7.84; UZ, Zeitung der DKP, vom 13.7.1984. - (Mak, anl)

## STAAT SCHÜTZT NAZI-MÖRDER

1951 machte die Bundesregierung die Wiedereinstellung der Nazi-Beamten auf allen Ebenen zur Pflicht. Damit sorgte sie für die Bestückung der Verwaltung und der Justiz mit den Kräften, die ein eigenes Interesse an der Deckung und sogar Rechtfertigung von nationalsozialistischen und Kriegsverbrechen hatten und beides in organisierter Form betreiben konnten.

1960 erklärte der Bundestag die Masse der Nazi-Morde für verjährt, da ihre Definition als Totschlag durchgesetzt werden konnte. Erst kurz zuvor war die "Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltung zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen" mit einem Personal von nur 20 Mann gebildet worden. Mit ihrer Gründung wurden zum erstenmal Ermittlungen auch dann aufgenommen, wenn Anzeigen gegen namentlich nicht bekannte Täter erstattet worden waren. Diese waren zuvor in Sicherheit, wenn sie unter falschen Namen ihre früheren Berufe als Ärzte und Juristen ausübten. Das Durch-

schnittsalter der Angeklagten betrug bereits 65 Jahre, die überlebenden Zeugen wurden vielfach durch Zurückweisung ihrer Aussagen wegen mangelnder Präzision erneut gedemütigt. Dennoch war die Justiz genötigt, einige langwierige Prozesse zu führen. Da sich abzeichnete, daß es dem Bundestag auch wegen der internationalen Protestbewegung nicht gelingen würde, Nazi-Morde für verjährt zu erklären - Vorstöße dazu machte der Bundestag bis 1965 - wurde die Justiz selber durch Auslegung des Rechts tätig. Durch Richtersprüche schuf sie das Instrumentarium, mit dem in Zukunft zahlreiche Verbrecher der Verurteilung entgehen konnten. Anläßlich eines fünfmal wieder aufgenommenen Prozesses gegen drei Standrichter, die am 10. April 1945 drei Einwohner des Dorfes Brettheim wegen Wehrkraftzersetzung erhängt hatten, stellten die Gerichte fest, der § 336 des Strafgesetzbuches bedeute, daß das Recht nur beugen könne, wer dazu den direkten Vorsatz habe. In Zukunft brauchten sich Angeklagte nur darauf zu berufen, daß sie dem geltenden Recht Genüge getan hätten und dieses nicht hätten beugen wollen. Selbst der SS-

General Simon entging der Bestrafung mit dem Argument, er sei einem Laienrichter gleichzustellen, da das Militärstrafgesetzbuch nicht mehr gelte. Der Bundesgerichtshof lieferte 1965 die besondere ideologische Absicherung mit der Erklärung, der § 336 StGB bilde gerade durch seine Interpretation "ein Teilstück in der Sicherheit und der Unabhängigkeit des Richters". Damit konnte die Richterschaft sicher sein, niemals wegen Mordes verurteilt zu werden, da weder Vorsatz noch "niedrige Beweggründe" nachzuweisen sind, solange sich ein Angeklagter darauf beruft, dem jeweils geltenden Recht entsprochen und dies für seine Pflicht gehalten zu haben.

Im Juli 1979 endlich begrub der Bundestag die immer wieder aufgeworfene Forderung nach Behandlung von Nazi- und Kriegsverbrechen als besonders verabscheuungswürdige Verbrechen durch den Beschluß, die Verjährung für Mord generell aufzuheben.

Quellenhinweis: Braunbuch, Staatsverlag der DDR, Berlin 1965; Spiegel 28/79; Hannover/Wallraff, Die unheimliche Republik, Rowohlt TB.

## Ausländerpolitik

### STÄRKERER WIDERSTAND DER GEWERKSCHAFTEN GEGEN DIE REAKTIONÄRE AUSLÄNDERPOLITIK

In den DGB-Gewerkschaften hat in den letzten Monaten eine Debatte darüber begonnen, welche Grundsätze die Gewerkschaften gegenüber der Ausländerpolitik der Reaktion und den Plänen der Bundesregierung zur Novellierung des Ausländergesetzes einnehmen sollen. Diese Debatte war auch dringend nötig. Denn bislang wurden diese gewerkschaftlichen Grundsätze und Ziele auf vielen gewerkschaftlichen Ebenen bis hin zum DGB-Bundesvorstand von einem Bündnis staatstragender Christdemokraten mit ebenso staatstragenden Sozialdemokraten bestimmt. Der DGB-Bundesvorstand nahm fast jeden Angriff der Reaktion auf die ausländischen Arbeitnehmer ohne Widerstand hin, wenn er ihn nicht sogar öffentlich billigte. So lehnte der DGB-Bundeskongress im März 1981 die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht

für Ausländer ausdrücklich ab und beschloß lediglich:

"Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich gemeinsam mit den ausländischen Arbeitnehmern für die Beseitigung ihrer besonderen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Benachteiligung ein mit dem Ziel, ihre Gleichberechtigung zu verwirklichen."

Die von der Reaktion zum damaligen Zeitpunkt schon begonnene Debatte über das sogenannte "Ausländerproblem", die eine Verschärfung der Ausländergesetze vorbereiten sollte, konnte sich so ohne ausdrückliche Kritik des DGB entfalten. Der DGB vermied jede Kritik an den Ausländergesetzen.

Noch im vergangenen Herbst bekräftigte der DGB-Bundesvorstand diese staatstragende Koalition in der Ausländerpolitik erneut. Er übernahm

reaktionäre und chauvinistische Positionen, indem er feststellte, die Bundesrepublik sei "kein Einwanderungsland", und erklärte:

"Der DGB vertritt eine Ausländerpolitik, die folgendes umfaßt:

- Integration der bei uns lebenden und arbeitenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien
- sozial-verantwortliche Steuerung des weiteren Zuzugs
- Reintegration und Hilfen bei der Rückkehr".

Damit war der DGB-Bundesvorstand schon vor einer Kritik an Zimmermanns Plänen zurückgewichen, bevor diese Pläne überhaupt in Form eines Gesetzentwurfs vorlagen.

Die Kräfte in den Gewerkschaften, die sich gegen diesen staatstragenden und chauvinistischen Kurs des DGB zur Wehr setzen und der Ausländerpolitik der Reaktion entgegenzutreten wollen, werden nun stärker. Die unten abgedruckten Beschlüsse der letzten Gewerkschaftskongresse von IG Metall, ÖTV, IG Druck und Papier und der Landesdelegiertenkonferenz NRW der HBV dokumentieren dies. Nicht abgedruckt haben wir zwei Beschlüsse des

#### DGB-GEWERKSCHAFTEN ZUR AUSLÄNDERPOLITIK IG Metall

... Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall ... lehnt die Empfehlungen des Bundesinnenministers zur Novellierung des Ausländerrechts, die das Ziel verfolgen, Verschlechterungen am Rechtsstatus der ausländischen Arbeitnehmer vorzunehmen, entschieden ab.

Darüberhinaus lehnt die IG Metall das Hinausdrängen der ausländischen Arbeitnehmer durch sogenannte Rückkehrprämien entschieden ab. Deshalb spricht sich der Gewerkschaftstag gegen eine Kapitalisierung von Beiträgen aus der Sozialversicherung aus und lehnt eine Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes sowie eine Pauschalierung des Kindergeldes entschieden ab. Diese Vorschläge dienen weder den Interessen der deutschen noch denen der ausländischen Arbeitnehmer ...

Deshalb fordert die IG Metall,

– daß nach zehnjährigem rechtmäßigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland eine Ausweisung nicht mehr möglich ist,

– daß den ausländischen Arbeitnehmern nach fünfjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland die Aufenthaltsberechtigung ohne weitere Kriterien erteilt wird,

...

– daß allen volljährigen ausländischen Arbeitnehmern nach fünfjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland das aktive und passive Kommunalwahlrecht gewährt

wird,

– daß für die zukünftigen Sozialwahlen den ausländischen Arbeitnehmern auch das passive Wahlrecht gewährt wird,

– daß für ausländische Arbeitnehmer, die in ihren Heimatländern ihren Wehrdienst ableisten müssen, das Arbeitsplatzsicherungsgesetz Anwendung findet,

– daß der Rechtsanspruch auf eine Arbeitserlaubnis nach erfolgter Familienzusammenführung verwirklicht wird,

– daß die Vorrangstellung von Deutschen und EG-Angehörigen bei der Vermittlung von Arbeitslosen beseitigt und auch hier die Gleichbehandlung verwirklicht wird,

– daß der Bezug von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe auf keinen Fall als Grund zur Ausweisung genommen wird ...

– daß Ausweisungen wegen des sogenannten "unzureichenden" Wohnraums ausgeschlossen werden ...

(Entschliebung 25 des 14. o. Gewerkschaftstags, 1983)

#### ÖTV

Für ausländische Arbeitnehmer fordern wir:

1. Das zur Zeit existierende Ausländergesetz ist in seinen undemokratischen und diskriminierenden Inhalten zu ändern.

2. Die Gewährung eines Aufenthaltsrechts unabhängig vom Fortbestehen der Ehe und von der Dauer des Aufenthalts in der Bundesrepublik und West-Berlin.

3. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für deutsche und ausländische Arbeit-

nehmer.

4. Aufhebung der bezirklichen Zugangssperre.

...

6. Ablehnung jeglicher Versuche, ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien mit Rückkehrprämien zum Verlassen des Landes zu bewegen. Auch sind die Rückerstattung der eingezahlten Sozialversicherungsbeiträge strikt abzulehnen.

7. Keine weiteren Einschränkungen der Familienzusammenführung.

8. Volle Gleichberechtigung der ausländischen Arbeitnehmer bezüglich der demokratischen Rechte wie z.B. Meinungs-, Organisationsfreiheit, Demonstrations-, Versammlungsrecht.

9. Die ÖTV fordert das aktive und passive Kommunalwahlrecht für alle volljährigen ausländischen Mitbürger nach ununterbrochenem 5-jährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland ...

(Antrag 290, vom Gewerkschaftstag am 22.6.84 angenommen)

#### IG Druck und Papier

Die IG Druck und Papier tritt der wachsenden Ausländerfeindlichkeit entschieden entgegen und schlägt folgende Maßnahmen vor:

1. Im Zentralorgan der Industriegewerkschaft über die Situation der ausländischen Kollegen und ihrer Familien, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen, wozu vor allem die besonderen gesetzlichen Bedingungen gehören, unter denen Ausländer in der Bundesrepublik leben, zu berichten.

...

5. Auf regionaler Ebene zusammen

letzten GEW-Kongresses, in denen dieser die Vorschläge der von Zimmermann eingesetzten Kommission zur Novellierung des Ausländergesetzes ablehnt und ein kommunales Wahlrecht für Ausländer verlangt.

Der Beschluß des ÖTV-Kongresses kam erst nach heftigen Auseinandersetzungen zustande. Die Antragskommission hatte nur einen Antrag zur Billigung vorgeschlagen, der forderte: "Das kommunale Wahlrecht ist anzustreben". Gegen die schließlich verabschiedete, sehr viel präzisere Fassung hatten mehrere Delegierte polemisiert, u.a. mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Ablehnung dieser Forderung durch den letzten DGB-Bundeskongreß. In einem weiteren Beschluß forderte der ÖTV-Kongreß ein Verbot der faschistischen "Initiative Ausländerstopp" und "aller nazistischen Organisationen".

Quellenhinweis: Beschlüsse und Protokolle der letzten Bundeskongresse von IG Metall, ÖTV, IG Druck und Papier, GEW, 1983 und 1984; Erklärung des DGB-Bundesvorstandes zur Ausländerpolitik, 6.9.1983; 4. a.o. Bundeskongreß des DGB, 1981 - (rül)

mit den anderen DGB-Gewerkschaften Aktionswochen gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit durchzuführen, die landesweit in eine Großveranstaltung münden, mit der ein deutliches Zeichen der Solidarität mit unseren ausländischen Kolleginnen und Kollegen gesetzt wird.

Die schon bestehenden und geplanten Gesetze, die den Zuzug der Familienmitglieder verhindern oder beschränken sollen, müssen beseitigt bzw. verhindert werden.

(Antrag 121, im Oktober 1983 vom Gewerkschaftstag einstimmig beschlossen)

#### HBV

... Was die ausländischen Kollegen brauchen, ist die nachhaltige Verbesserung ihrer rechtlichen Lage. Daher lauten unsere Forderungen:

- Sofortige Rücknahme der Verschärfung des Ausländerrechts;
- Abschaffung der Vorschriften, die vorsehen, daß bei der Arbeitsvermittlung Deutschen und EG-Ausländern Vorrang vor Nicht-EG-Ausländern gegeben wird;
- eine schrittweise rechtliche Gleichstellung der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer. Als ersten Schritt fordern wir die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer;
- keine Herabsetzung des Zuzugsalters für Kinder hier lebender Ausländer...

(Beschluß der Landesdelegiertenkonferenz Nordrhein-Westfalen der HBV vom 24./25.5.1984)

## Revolutionäre Sozialisten

### ÜBER EINE ANGEBLICHE "ATTACKE" DER SOWJETUNION IN DER DEUTSCHLANDPOLITIK

Die revolutionären Sozialisten konnten kein einheitliches Vorgehen im vergangenen Jahr gegen die Offensive der Bundesregierung in der Deutschland- und Europapolitik erzielen. Der BWK hatte die Position vertreten, daß im Zusammenhang mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen vor allem die Stellung der BRD in Westeuropa und in der NATO gestärkt wird und daß deshalb ein Angriff auf die Deutschland- und Europapolitik der BRD-Imperialisten dringlich sei. Diese Position wurde kritisiert und betont, daß es sich doch um US-Mittelstreckenraketen handeln würde. Eine extreme Gegenposition nahm die MLPD ein: "Die Antwort der Sowjetunion ist eine massive 'Nach'rüstung, verbunden mit der ständigen Drohung, Europa vorsorglich in Schutt und Asche zu legen.'" (1)

Nach der Stationierung der Mittelstreckenraketen errang die Bundesregierung bei den Europa-Wahlen einen

nären Sozialisten zur Deutschlandpolitik zusammengestellt. Vom "Arbeiterkampf" liegt uns keine neuere Stellungnahme vor. Ihre Berichterstattung über das Militärbündnis Westeuropäische Union (WEU) steht aber in direktem Zusammenhang dazu.

Auffällig ist, daß KPD und MLPD die Gründe für die Auseinandersetzung in der Deutschlandpolitik zwischen den Staaten des Warschauer Pakts und der BRD nicht bei der westdeutschen Bourgeoisie suchen, sondern die Sowjetunion verantwortlich machen. Auffällig, weil dafür keine Anhaltspunkte in der Wirklichkeit zu finden sind, sondern lediglich Behauptungen der bürgerlichen Presse. Der "Rote Morgen" befaßt sich ausdrücklich mit der Frage, ob eine Änderung in der Deutschlandpolitik bei der Bundesregierung eingesetzt hat, und stellt fest: "Denn in der Zwischenzeit ist deutlich geworden, daß es in der Politik gegenüber der DDR nicht je-



Einsatz von deutschen Raketen (V 1) im Jahre 1944

weiteren Erfolg über die politische Opposition. Die GRÜNEN beteiligten sich auch an "Europa", und die CDU/CSU schnitt besonders gut ab und hätte im Falle einer Bundestagswahl die absolute Mehrheit erzielt. Nach diesen Erfolgen suchte die Bundesregierung eine deutschlandpolitische Debatte, die das Ziel verfolgte, die Sowjetunion als Aggressor aufzubauen. Zusammen mit der SPD gelang es ihr, in der Öffentlichkeit die Ansprüche auf Gebiete der DDR als friedliches Wirken darzustellen. Denn ob die Deutsche Frage "offen" sei oder nicht, die "Menschenrechte" drüben müßten gewahrt werden.

Wir haben auf der folgenden Seite die aktuellen Aussagen der revolutionären

nen Bruch gegeben hat, der erwartet worden war, als Strauß seine infame 'Mordkampagne' an der DDR-Grenze startete."

Was ist in der Zwischenzeit deutlich geworden? Daß die neue Bundesregierung doch nicht so eine aggressive Deutschlandpolitik betreibt? Und welcher Teil der politischen Opposition hatte diese Erwartung und ist jetzt anderer Meinung? Nur die Sozialdemokraten können gemeint sein, die mit dem Regierungswechsel den Begriff "Bruch" und "Wende" schufen, um die eigenen Taten zu vertuschen und eine Sammlung der Opposition unter ihren Fahnen zu ermöglichen. In der Deutschlandpolitik ist die SPD von diesem Vorwurf abgewichen und lobt

## REVOLUTIONÄRE SOZIALISTEN ZUR OSTPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG

### KPD:

#### "Besondere Beziehungen bestehen":

"Denn in der Zwischenzeit ist deutlich geworden, daß es in der Politik gegenüber der DDR nicht jenen Bruch gegeben hat, der erwartet worden war, als Strauß seine infame 'Mordkampagne' an der DDR-Grenze startete ...

Wobei es ja, und dies sollte hier noch einmal unterstrichen werden, ohnehin nur um eine taktische Wende gegangen wäre, denn die grundsätzliche Ausrichtung der DDR-Politik aller Bundesregierungen ist ja einheitlich, basiert auf dem revanchistischen Wiedervereinigungsstraum...

Die Kampagnen in der sowjetischen Presse, in der Sache durchaus nicht unberechtigt, sofern man sich nicht fragt, warum gerade jetzt und nicht früher oder später, zielen auch und gerade auf die Verbindung DDR-BRD ... (Roter Morgen, 03.08.84)

#### "Tiefe Risse?":

"Natürlich ist es müßig, dabei, wie es die bürgerliche Presse in der BRD tut, über Fraktionskämpfe und sonstiges in der DDR zu spekulieren ...

Das ist so gar nicht das Problem, sondern es handelt sich um eine allmähliche Entwicklung, die im RGW, unter den pseudosozialistischen Staaten, Risse hat entstehen lassen, die sich bei weiterer Fortsetzung dieser Politik rasch in tiefe Risse verwandeln werden und teilweise bereits dabei sind, es zu tun.

Dabei spielt die Bundesregierung auf Abwarten und weiter Wirken." (Roter Morgen, 10.08.84)

#### "Bekenntnisse":

"Niemand aus den etablierten Parteien, der da die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR vertreten würde, und sei es auch nur ansatzweise. Im Gegenteil, eine Regierung, die die Frage ausdrücklich so stellt, daß eben auch die Frage der Grenzen offen bleiben muß. Ein Bundespräsident, der in die alte Kerbe haut 'wir' (Die westdeutsche herrschende Klasse) müßten 'der DDR' die Freiheit bringen." (Roter Morgen, 17.08.84)

### MLPD:

#### "Wölfe im Schafspelz":

"Einigen Wirbel haben die jüngsten Kritiken aus Moskau am verstärkten Revanchismus gegenüber der DDR und dem anwachsenden Militarismus in der BRD bei den Regierungsparteien ausgelöst. Anlaß war der zweite Milliardenkredit, mit dem sich Bonn unter anderem Erleichterungen im Reiseverkehr erhandelte ...

Das Streben nach Unterhöhnung

und Rückeroberung der DDR ist Realität, und zwar seit 1949 der BRD-Imperialismus wieder in den Sattel gehievt wurde. Nur ist es im Augenblick für die BRD-Monopole und ihre Regierung dienlicher, das nicht so lautstark zu betonen, zumal der zweite Schub der Raketenstationierung bevorsteht ...

Die sowjetischen Sozialimperialisten müssen sich allerdings auch die Frage gefallen lassen, weshalb sie denn gerade jetzt die Attacke vom Stapel lassen ...

Antwort: Die sozialimperialistischen Führer sind genauso Heuchler, denn mit solchen Attacken sollen die sowjetischen Werktätigen auf den Krieg vorbereitet werden." (Rote Fahne, 11.08.84)

### KB:

#### "40 Jahre nach V1 und V2: Bonn will Fernraketen":

"Am 27. Juni 1984 haben die wichtigsten westeuropäischen NATO-Verbündeten, zusammengefaßt im WEU-Rat, der Bundesregierung grünes Licht für den Bau von strategischen Raketenwaffen gegeben. Während Bonn dies als rein 'juristische Selbstbefriedigung' ohne rüstungspolitischen Hintergrund darstellt, liegen uns gegenteilige Informationen vor." (Arbeiterkampf, 27.08.84. Auf derselben Seite ist ein Artikel der "Süddeutschen Zeitung" im Faksimile abgedruckt, der die Überschrift trägt: "Sowjetunion warnt Bonn vor dem Bau strategischer Waffen, Bundesregierung weist Kreml-Memorandum als nicht akzeptable Einmischung zurück.")

### MG:

#### "40 Jahre östliches Unrecht gegen Deutsche":

"Erstmals nahm mit Carstens der Bundespräsident am 'Deutschland-Treffen' teil und verkündete als Programm der ganzen Nation, worauf die Vertriebenenpolitiker ihren 'Rechtsanspruch' gründen:

'Die deutschsprachigen Gebiete Böhmens und Mährens waren historisch gesehen Kernlandschaften deutscher Kultur. Dieses sudetendeutsche Kulturerbe ist ein wesentlicher und unverlierbarer Teil der deutschen Kultur ...

Gegen die 'kommunistische Unkultur', gegen die die gesamte NATO mobilmacht, eignen sich deren bei uns ansässig gewordene 'Opfer' bestens, um die alten Rechnungen mit aktuellem Zahlenmaterial offenzuhalten bzw. ganz neu aufzumachen...

Als NATO-Internationalismus setzt der deutsche Nationalismus aufs

Bündnis, und das will nicht bloß deutsche 'Revanche', sondern den westlichen Endsieg." (MSZ, 7/8 84)

### GIM:

#### DDR — UdSSR / DDR — BRD. "Im Osten viel Neues":

"Innerhalb weniger Wochen kam es innerhalb des sowjetischen Machtbereichs zu einem kaum verhüllt ausgetragenen Streit über die Ost-West-Politik. Charakter und Ausmaß dieser Auseinandersetzung sind ... einmalig im Herrschaftsbereich der Bürokratie ...

Am Anfang des offenen Konflikts stand der zweite westdeutsche Großkredit (von 950 Mio. DM) für die DDR. Die DDR-Bürokratie hatte hierauf erstmals eine größere Gegenleistung erbracht ...

So bescheiden dieser Handel 'ein Stück Menschenrechte gegen etwas niedrigeren Zins' war, die Moskauer Bürokratie sah plötzlich eine deutsche Wiedervereinigung am Horizont und ließ Breitseiten gegen Honecker und die SED schießen. (Was tun, 30.08.84)

### BWK:

#### "BRD: WEU ist 'Innere Angelegenheit':

"Die Regierungen der UdSSR, der CSSR und der VR Polen haben gegenüber der Bundesregierung gegen die Beseitigung der letzten konventionellen Rüstungsbeschränkungen für die BRD durch die Westeuropäische Union (WEU) protestiert ...

Die drei Staaten verwiesen zu Recht auf den Zusammenhang zwischen den Rüstungsanstrengungen der BRD und der Forderung nach den "Grenzen von 1937", mit der die BRD Gebietsansprüche gegenüber den drei Staaten und der DDR erhebt. (Politische Berichte, 28.07.84)

#### "Die Sammlung expansionistischer Kräfte in der BRD wird gefördert":

"Auf Vorwürfe in der sowjetischen Presse, solche Politik sei revanchistisch und auf Beseitigung der politischen Ordnung der DDR gerichtet, antwortete die Bundesregierung gereizt ...

Und der Staatsminister im Auswärtigen Amt Mertes drohte gar mit der Kündigung der Ostverträge. Er warf der UdSSR vor, ihr Vorwurf sei 'mit Geist und Buchstaben des deutsch-sowjetischen Vertragswerks ... unvereinbar.' Die sowjetische Regierung gefährde 'die Geschäftsgrundlage des 'deutsch-sowjetischen Vertrages'. Die Bundesregierung versucht, die UdSSR zum Aggressor zu erklären ... Das friedliche Wirken der Bundesregierung läßt sich als schlichte Erpressungspolitik gegenüber der DDR kennzeichnen." (Politische Berichte, 11.08.84)

die "Kontinuität" der Politik der Bundesregierung. Sie hat zwar Bedenken gegen die stationierten Mittelstreckenraketen, aber die Erpressungspolitik, die die Regierung damit betreibt, unterstützt sie. Die KPD hatte den Begriff "Wende" übernommen und beschreibt die Politik der Regierung z.B. in der Sozial- und Innenpolitik damit. In der Deutschlandpolitik verneint der "Rote Morgen" eine Änderung und begründet dies mit dem "einheitlichen revanchistischen Wiedervereinigungstraum" aller bürgerlichen Parteien, obwohl die Regierung verstärkte Aggressionen gegen die DDR verübt und dafür die Unterstützung einer großen Koalition aller bürgerlichen Parteien in dieser Hinsicht hat.

Die Schärfe und die Mittel, mit de-

waffen auszurüsten". (3)

Erstmals seit dem zweiten Weltkrieg wird die BRD über Möglichkeiten verfügen, die Sowjetunion direkt mit eigenen Waffen zu erreichen und zu bedrohen. Wir erwähnen gerade die Ergebnisse der WEU-Konferenz so ausführlich, weil der "Rote Morgen" darüber nicht berichtete. Hält die KPD die Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen für so unwesentlich, daß sie nicht darüber berichtet? Wir meinen auch, daß sich der "Rote Morgen" keine Wachsamkeit gegen die Politik des BRD-Imperialismus auferlegt hat. Das wird auch daran deutlich, daß er die derzeitige Politik mit "Abwarten" kennzeichnet. Die Behauptung, daß die Bundesregierung in der Deutschlandpolitik eine abwartende Politik

Sowjetunion angreifen und die Handlungen der Bundesregierung ignorieren? Letzteres hat die KPD diesmal getan, indem sie sich für die tatsächliche Politik der BRD gegen den Warschauer Pakt nicht interessierte und ihre Leser nicht informierte:

Bereits am 6. Juli greift die sowjetische Nachrichtenagentur Nowosti die WEU-Ergebnisse vom Juni an. Am 12. Juli greift die sowjetische Regierung in einem Memorandum die WEU-Beschlüsse und die revanchistische Politik der Bundesregierung an. Am 13. Juli berichtet die westdeutsche Presse über die Vorwürfe und beschwert sich im folgenden wegen "Einmischung in die inneren Angelegenheiten." Am 27. Juli antwortet die "Prawda" auf die bürgerliche Presse und stellt den Gesamtzusammenhang zwischen WEU-Beschluß und der westdeutschen Ostpolitik dar. Erst in diesem Zusammenhang kritisiert sie die Absichten der Bundesregierung mit dem Kredit an die DDR. — Dann tritt eine Änderung ein. Am 28. Juli berichtet die bürgerliche Presse in der BRD nur noch über die Kritik der Sowjetunion am Kredit.

Der Ausgangspunkt der Auseinandersetzung um die "deutsche Frage" waren die militärischen Entscheidungen der WEU und die damit deutlich erstarkte BRD. Die "Rote Fahne" der MLPD verfälscht die Tatsachen direkt: "Einigen Wirbel haben die jüngsten Kritiken aus Moskau am verstärkten Revanchismus gegenüber der DDR und dem anwachsenden Militarismus in der BRD bei den Regierungsparteien ausgelöst. Anlaß war der zweite Milliardenkredit, mit dem sich Bonn unter anderem Erleichterungen im Reiseverkehr erhandelte." An dieser Darstellung ist nichts Wahres dran. Weder der Grund der Proteste der Sowjetunion noch die Darstellung über die "Erleichterungen im Reiseverkehr". Zwar wurde der Mindestumtauschsatz für Rentner gesenkt, dafür wurden aber die Visa-Gebühren, die die Bundesregierung den Rentnern zurückerstattet, erhöht. Das heißt, die Bundesregierung fördert mit mehr Finanzmitteln die Reisen in die DDR.

Die MLPD baut ihre sowjetische Überfall-Theorie vom vergangenen Jahr aus und behauptet, daß ein Angriff der Sowjetunion bevorstehe: "Mit solchen Attacken sollen die sowjetischen Werktätigen auf den Krieg vorbereitet werden". Solche Positionen sind schädlich und von der Reaktion entliehen. — Um so erfreulicher ist, daß der diesjährige Aufruf gegen die Herbstmanöver die Übungen der Bundeswehr und der NATO entlang der DDR-Grenze als "Ausdruck der Planungen der NATO für einen Offensivkrieg gegen den Warschauer Pakt" bewertet.

(1) Rote Fahne, 26.11.83; (2) Arbeiterkampf, 27.08.84; (3) Politische Berichte, 30.06.84. — (jöd, clm)



Kohl will Honecker nur außerhalb der Bundeshauptstadt empfangen. Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN dagegen hat Honecker nach Bonn eingeladen.

nen die Bundesregierung auf eine Wiedervereinigung drängt, haben sich entscheidend geändert. Die stationierten Mittelstreckenraketen geben den Drohungen der Kohl-Regierung ein viel größeres Gewicht als der NATO-Doppelbeschluß der Regierung Schmidt/Genscher vor zwei Jahren. In den letzten Monaten hat die BRD ihre militärische Vormachtstellung in Westeuropa noch ausbauen können:

— Auf der WEU-Tagung am 27. Juni wurde die Aufhebung der letzten konventionellen Rüstungsbeschränkungen für die BRD beschlossen. Die BRD darf nun strategische Raketen bauen und tut dies. (2) Sie wird nicht zögern, strategische Bomber zu bauen.

— Die Befürchtung, die BRD werde als nächstes Zugriff auf Atomwaffen haben, wird vom Berichterstatter der WEU-Ratstagung untermauert. Er berichtet: "In der Hinsicht sind viele Vorschläge gemacht worden, insbesondere der, die Bundesrepublik Deutschland mit einem zweiten Schlüssel für französische Nuklear-

betriebe, öffnet der bürgerlichen Propaganda, die eine gesteigerte Aggression im Osten sieht, Tür und Tor.

Da der "Rote Morgen" die Politik der Bundesregierung falsch beurteilt und nicht genau beobachtet, kommt er zu der Fragestellung, "warum gerade jetzt und nicht früher oder später" eine "Kampagne in der sowjetischen Presse" gegen die Politik der DDR und BRD begonnen hat. Immerhin bemerkt der Artikel, daß die Polemik der Sowjetunion "in der Sache durchaus nicht unberechtigt" sei. Aus dem Zeitpunkt der sowjetischen Proteste gegen die Deutschlandpolitik zieht der "Rote Morgen" die Schlußfolgerungen, daß damit die "besonderen Beziehungen" zwischen der DDR und der BRD gestört werden sollen. Wir halten diese Theorie für unwahrscheinlich. Außerdem stellt sich sofort die Frage an die KPD: Sollen die revolutionären Sozialisten zu einem Zeitpunkt, an dem die Bundesregierung Fortschritte im Herausbrechen der DDR aus dem Warschauer Pakt erzielen würde, die



## USA

# **PARTEITAG DER REPUBLIKANISCHEN PARTEI BILDUNG EINES REAKTIONÄREN POTENTIALS**

Der nationale Parteitag der Republikanischen Partei vom 20. bis 23.8. in Dallas, Texas, war eine genau geplante Show, einzig und allein ausgerichtet auf die kostenlose Übertragung ihrer reaktionären Propaganda inklusive eines eigens für diesen Zweck gedrehten Propagandafilms durch die großen Fernsehgesellschaften. Die Delegierten waren Statisten. Die Wahlplattform wurde ohne Debatte einstimmig verabschiedet. Sie wird von der bürgerlichen Presse als die konservativste (gleich reaktionärste) der letzten Jahrzehnte bezeichnet.

Für die Diskussion der Ziele der hinter der republikanischen Partei stehenden Teile der US-Bourgeoisie für die nächsten vier Jahre nehmen wir hauptsächlich Reagans Rede zur Annahme der Nominierung für die Präsidentschaft. Der Grund ist einmal, daß uns die 1984er Plattform nur in Auszügen vorliegt, was einen genauen Vergleich mit der 80er Plattform nicht zuläßt, und zweitens, daß die 84er Plattform eher das Programm für die Zeit nach Reagan ist. Sie wurde von Politikern entworfen, die zu den Kandidaten für 1988 zählen. Eine Reihe dieser "Kandidaten für 1988" haben auf dem Parteitag scharfe Reden gehalten, in denen sie detailliert und konkret weitere Rüstungsprojekte, Unterstützung der Konterrevolutionäre in Nicaragua usw. gefordert haben. Innenpolitisch haben sie zum Beispiel die Ernennung von Richtern, die Abtreibungsgegner sind, gefordert. Das sind alles Forderungen aus der Plattform. Reagans Rede war dagegen ziemlich allgemein und wich konkreten Positionen zu kontroversen Themen wie Abrüstungsverhandlungen, Militärausgaben, zukünftige Interventionen sowie Abtreibung und "Equal Rights Amendment" (Verfassungsergänzung zur Gleichberechtigung der Frauen) aus. Sie stand nicht im Gegensatz zur Plattform, sondern behandelte die Präambel der Plattform. Die ihm zugewiesene Rolle ist, die reaktionäre Ideologie im Volk zu verbreiten und zu festigen, ohne die sie ihr Programm nicht durchsetzen können. Reagan ist ziemlich populär und dafür gut geeignet.

Reagan hat seine Rede mit "Hoffnung, Zuversicht und Wachstum" begonnen und dem "Frühling und mit der Hoffnung" beendet. Das und die "neue Ära von Möglichkeiten für jeden" sind das zentrale Thema. Es geht um das Zusammenschweißen einer Volksgemeinschaft, das "neue Erwachen des amerikanischen Geistes" (Plattform). "Wir bündeln das Volk nicht nach Gruppen oder speziellen Interessen."

Die gängigen politischen Kategorien "links" und "rechts" seien überholt und würden letztendlich nur in den "kommunistischen Totalitarismus" oder in den "Totalitarismus Hitlers" führen. Es geht um eine Volksgemeinschaft für die Eroberung der Welt. "Amerika ist wieder in Bewegung", "Großartiges liegt vor uns".

Offensichtlich ist im amerikanischen Volk diese Sorte von Hoffnung nicht weit genug verbreitet, sonst bräuchte es dieses Fanfarengetöse nicht. Das Vietnam-Trauma ist noch nicht ausreichend überwunden.

Reagan ist 1980 angetreten zu einem "nationalen Kreuzzug, um Amerika wieder groß zu machen". Leider

ist er ziemlich erfolgreich gewesen. Das amerikanische Volk hat sein gewaltiges Aufrüstungsprogramm, dessen größter Teil erst noch kommt, bisher nicht verhindern können. Weltpolitisch haben die US-Imperialisten den Verfall ihres Einflusses aufhalten können. "Seit dem 21. Januar 1981 ist nicht ein Zoll Bodens an die Kommunisten gefallen", und zwar weltweit. Trotz breiter Proteste hat das amerikanische Volk die militärische Expansion nach Mittelamerika nicht verhindern können. Innenpolitisch hat die Bourgeoisie der Arbeiterklasse einige Niederlagen beigebracht, wie die Entlassung der streikenden Fluglotsen, Legalisierung des Bruchs von Tarifverträgen, Zustimmung zu Lohnkürzungen (siehe Kasten). Ökonomisch gehen die US-Imperialisten mit Riesenprofiten gestärkt aus der Krise hervor, während die Arbeiter noch nicht einmal das Lohnniveau von 1975

## **Profil der Delegierten zu den Parteitagen und der Anhänger der Demokratischen und Republikanischen Partei**

Prozentsatz aller Parteitagsdelegierten der Demokratischen Partei, Anhänger der demokratischen Partei, Parteitagsdelegierten der Republikanischen Partei, Anhänger der Republikanischen Partei in jeder Kategorie, so, wie sie sich selbst in Umfragen beschrieben haben.

	Demokratische Partei		Republikanische Partei	
	Delegierte	Anhänger	Delegierte	Anhänger
liberal	50	25	1	12
gemäßigt	42	45	35	44
konservativ	5	24	60	40
männlich	50	43	56	50
weiblich	50	57	44	50
Familieneinkommen				
weniger als \$ 12 500	3	22	2	11
\$ 12 500 - \$ 24 999	12	35	8	34
\$ 25 000 - \$ 34 999	18	24	12	25
\$ 35 000 - \$ 50 000	25	14	21	18
mehr als \$ 50 000	42	5	57	11
"high school"-Bildung oder weniger	11	72	12	60
etwas College	18	16	25	19
College-Abschluß *	20	12	28	21
mehr als College	51		35	
protestantisch	53	60	71	70
katholisch	32	35	22	24
jüdisch	9	3	2	1
Schwarz	18	21	4	2
"Hispanic"	7	7	4	5
18 bis 29 Jahre alt	8	26	4	32
30 bis 44	45	26	27	26
45 bis 64	38	31	60	24
65 und älter	6	17	9	18
Durchschnittsalter	44	45	51	43

\* Demokratische Partei: College-Abschluß und mehr  
(US-amerikanisches Schulsystem: 6 Jahre Grundschule, 6 Jahre High School, 4 Jahre College, weiterführendes Universitätsstudium  
Quellen: Meinungsumfragen von New York Times, CBS-Nachrichten, in New York Times 24.8.1984

wieder erreicht haben.

Dennoch, das Vietnam-Trauma ist noch nicht überwunden. Man kann die von Reagan ausdrücklich gepriesene "Mission zur Rettung amerikanischer Studenten auf der Gefängnisinsel Grenada" auch so betrachten, daß die US-Imperialisten nach den Niederlagen in Südostasien erst mal wieder kleine Brötchen backen müssen, und eine kleinere Insel als Grenada bot sich nicht. Reagan braucht Siege und Helden, der Anfang ist gemacht, und das amerikanische Volk hat es hinge-  
nommen.

Trotzdem, das amerikanische Volk ist zur Zeit nicht bereit für eine größere US-Intervention in Mittelamerika. Insofern macht es Sinn, wenn Reagan seine zweite Kandidatur damit begründet, daß die Tagesordnung (von 1980) vollendet werden müsse. Die Sowjetunion ist in der Sicht der US-Imperialisten erst aufgehalten, aber noch nicht zurückgeworfen. Die geplanten im Weltraum stationierten Waffensysteme werden in der Plattform begrüßt. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß auch der Wille da

sein müsse, sie einzusetzen.

Reagan hat im letzten Teil seiner Rede die Olympischen Spiele zur nationalen Mobilisierung benutzt: "Das Abhalten der Olympischen Spiele hier in den Vereinigten Staaten begann die Verheißung eines neuen Frühlings mit Inhalt zu füllen." Die Reise des Olympischen Feuers durch die USA: "Überall auf dem Weg wurde die Fackel zu einer Feier Amerikas." (Jeder, der sie tragen wollte, mußte ein paar Tausend Dollar bezahlen). Was dann auf "die andere Fackel", die Fackel der Freiheitsstatue, überleitet, "die Lampe neben dem goldenen Tor" im Eingang zu Amerika, und "jede Verheißung, jede Möglichkeit ist immer noch golden in diesem Land."

Die Verheißungen der Plattform sind attraktiv nur für die Weißen. Minoritäten wissen, daß, wie sehr die Kapitalisten auch Profit machen, ihre Lage sich dadurch nicht wesentlich verbessert. Im Kern ist die Plattform rassistisch, unterstrichen durch die Ablehnung von "Gruppeninteressen", das sind Minoritäten und die organisierte Arbeiterbewegung.

An welche Wählerschichten wendet sich dieses Programm? Ideologisch an die armen Weißen, die sich nicht zu den Minoritäten zählen, an die unteren Mittelschichten, die vom Aufstieg träumen, an die oberen Mittelschichten, die ihre Position halten wollen; ökonomisch an die Mittelschichten wegen versprochener Senkung der Steuern (zumindest Nicht-Erhöhung), Indexierung der Progression und Plänen für konstanten Steuersatz; an die Bourgeoisie wegen der liebevollen Berücksichtigung ihrer Geschäftsinteressen.

Die Republikanische Partei ist nicht die Partei der Mehrheit. Um das Land zu beherrschen, brauchen sie auch nicht unbedingt die Mehrheit. Es reicht die Mobilisierung eines ansehnlichen reaktionären Potentials. Bemerkenswert ist die Alterszusammensetzung der Anhänger der Republikaner in einer der neueren Umfragen (siehe Tabelle). Sie haben einen weit-  
aus größeren Anteil an 18- bis 29-jährigen als die Demokraten. Das sind ehrgeizige, aufstrebende junge Leute, die man eventuell mit dem Köder "Chancen" locken kann; von daher vielleicht die überschweblichen Fanfaren "Die Zukunft ist unser".

Quellenhinweis: New York Times, 22. und 24.8.84 – (ger, her)

### REAKTIONÄRE WENDE IM ARBEITSRECHT

Das NLRB (National Labor Relations Board) ist eine Einrichtung zur freiwilligen Schlichtung von Auseinandersetzungen zwischen Kapitalisten und Arbeitern, gemäß dem "National Labor Relations Act" von 1935. Das oberste Entscheidungsgremium besteht aus fünf Leuten, die von der Bundesregierung ernannt und vom US-Senat bestätigt werden. Seit Anfang Dezember 1983 ist dieses Gremium von drei Reagan-Leuten besetzt, zwei davon frühere Betriebsanwälte großer Firmen, eine Stelle ist nicht besetzt, ein Mann ist noch von der Carter-Regierung ernannt. Die neue Mehrheit hat sich unverzüglich an die Revision früherer "arbeiterfreundlicher" Entscheidungen gemacht.

Fall 1, Januar 1984: Tarifvertragsbruch unterstützt. – In der Laufzeit eines Tarifvertrags verlangten Kapitalisten von der Gewerkschaft, über Lohnkürzungen zu verhandeln, da die Profite nicht den Erwartungen entsprächen. Die Belegschaft bestand auf Einhaltung ihrer Verträge. Der Kapitalist schloß den Betrieb und nahm seine Geschäfte an anderem Ort mit einer nicht gewerkschaftlich organisierten Belegschaft wieder auf. Die Beschwerde der Gewerkschaft wurde von dem Schlichtungsgremium drei zu eins abgelehnt. Wirtschaftliche Gründe seien ausreichend für Neuverhandlungen laufender Tarifverträge, und wenn nicht ausdrücklich im Tarifvertrag festge-

legt, habe die Gewerkschaft auch nicht über Betriebsschließungen und Verlagerungen zu verhandeln. In damit revidierten Entscheidungen waren die Kapitalisten zumindest gezwungen, nachzuweisen, daß sie nicht in der Lage sind, die tariflich ausgehandelten Löhne zu zahlen.

Fall 2, April 1984: Betriebsverlagerungen aus technischen Gründen kein Anlaß für Verhandlungen. – Die Firma Otis verlegte ihre Forschungsabteilung in eine angeblich moderne Anlage in einem anderen Bundesstaat. Verhandlungsversuche der Gewerkschaften über die Bedingungen der Verlagerung wurden kategorisch abgelehnt, die Kapitalisten von dem Schlichtungsgremium bestätigt und damit eine Entscheidung von 1979 revidiert.

Fall 3, Mai 1984: Erschwerte Verhandlungsrechte. – Tarifverträge müssen die Kapitalisten lediglich dann aushandeln, wenn die Mehrheit der Belegschaft in einer betrieblichen Abstimmung eine Gewerkschaft entsprechend beauftragt. Falls die Kapitalisten jedoch mit allen Mitteln eine solche Abstimmung verhindern, hat in einem Präzedenzfall von 1969 das Schlichtungsgremium Tarifverhandlungen angeordnet. Die jetzige Entscheidung stellt die Mehrheitsregelung über alles.

Fall 4, April 1984: Bei Neueinstellungen ist die Frage nach der Haltung des Bewerbers gegenüber Gewerkschaften wieder erlaubt. – Seit 30 Jahren war diese Praxis verpönt. Quellenhinweis: AFL-CIO News, div. Ausgaben; Business Week, 11.6.84

### Ägäis

#### GRIECHENLAND SAGT US-MANÖVER AB

Am 20.8. 1984 sagte der griechische Ministerpräsident Papandreu das Manöver "Zeus" ab, das von NATO-Truppen Griechenlands und der USA sowie von griechischen Truppen vom 1. bis 16.9. in Nordgriechenland durchgeführt werden sollte. Regierungssprecher Maroudas erklärte, da die NATO sich weigere, die "aggressive Haltung der Türkei gegenüber Griechenland" anzuerkennen, seien solche Übungen auf griechischem Territorium sinnlos. Sie sorgten nicht für Erfahrungen "hinsichtlich der sichtbaren Gefahr, mit der unser Land konfrontiert ist". Diese komme aus dem Osten. Dies seien auch die Gründe, die verhinderten, daß das Abkommen durchgeführt werden könne, nach dem die Kontrolle des Luftraums in der Ägäis zwischen einem NATO-Hauptquartier in Larissa und einem in Izmir aufgeteilt werden soll. Die griechische Regierung vertritt den Rechtsstandpunkt, daß sie aufgrund internationaler Verträge keinen Grund hat, mit der Türkei über deren Forderung nach Aufteilung der Ägäis entlang einer Mittellinie zwischen dem Festland von Griechenland und der Türkei zu verhandeln. Sie beruft sich auf den Vertrag von Lausanne, in dem 1922 die

Grenze des Hoheitsraumes entlang der Mittellinie zwischen der türkischen kleinasiatischen Küste und den griechischen Inseln festgelegt wurde.

Die US-Regierung reagierte gereizt. Sie erklärte, sie stimme nicht überein mit der griechischen Feststellung, "daß die Türkei, nicht ihre Nachbarn aus dem Warschauer Pakt die einzig sichtbare Bedrohung" für Griechenland sei. Das politisch Fatale liegt darin, daß die griechische Regierung versucht, die NATO als Garanten für ihren Standpunkt einzusetzen. Damit ist weder Griechenland noch der Türkei gedient. Vielmehr wird bloß der Zwang für beide, Mitglied der NATO zu bleiben, verstärkt.

Die Oppositionspartei "Neue Demokratie" streute sogleich Salz auf diesen wunden Punkt in der Absicht, die NATO-Bindung zu festigen. Sie erklärte, die Stellungnahme der Regierung könne nur bedeuten, daß Griechenland in Zukunft gar nicht mehr an NATO-Manövern teilnehmen solle. Dies verschlechtere die Beziehungen zu den USA und sei besonders schädlich zum Zeitpunkt, da Griechenland die Unterstützung der USA für die Lösung des Zypernkonflikts suche. Die Regierung beeilte sich festzustellen, die USA unterstützten den Vorschlag des UNO-Präsidenten für die Errichtung einer unabhängigen Republik Zypern. Diese Forderung wird von der Neuen Demokratie sowohl in Griechenland wie auf Zypern erhoben. Quellenhinweis: ANA, Daily Bulletin, 17. bis 23.8.84; Bedrohung in der Ägäis, Broschüre hrsg. vom Verband der Redakteure der Athener Tageszeitungen, 1984 - (anl)

## Rotes Meer

### FLOTTENAUFMARSCH DER IMPERIALISTEN

Gefunden hätten sie viel, von leeren Ölfässern bis zu einer Kloschüssel, nur leider keine Minen, vermeldete der Kommandant des US-Kriegsschiffes Shreveport am 26.8.84 vom Suez-Kanal. Die Suche nach den Sprengkörpern sei daher im Kanal eingestellt worden und konzentrierte sich nun auf das Rote Meer.

Seit Mitte Juli Meldungen aufgekommen waren, Handelsschiffe seien auf Minen gelaufen und beschädigt worden, haben die Imperialisten eine ganze Seestreitmacht im Roten Meer und im Suez-Kanal zusammengezogen. Beteiligt an der Aktion sind die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Ägypten. Die Bundesmarine setzte am 15.8. drei Schiffe in Marsch, die zur "Ausbildung" in den Indischen Ozean sollen. Dafür müssen sie durchs Rote Meer. Eine Beteiligung an der Minensuche sei nicht geplant, ließ die

Bundesregierung wissen. Man wolle keine Streitkräfte außerhalb des NATO-Vertragsgebiets einsetzen. Die NATO zeigte sich ob dieser Äußerung "überrascht"; schließlich sei die Bundesmarine die bestausgerüstete Flotte für derartige Unternehmungen, sei sie doch seit Jahren damit beschäftigt, Weltkrieg II-Minen aus der Nordsee zu fischen. Die FAZ kommentierte erbost: "Mit ihrer Übervorsicht macht sich die Bundesregierung bei den westlichen Partnern eher lächerlich. Inzwischen fragt uns schon keiner mehr um Hilfe." Maßgebliche Kreise der westdeutschen Reaktion hätten die Gelegenheit zum Kriegsmanöver ganz offensichtlich gerne genutzt. Tatsächlich sind es die NATO-Imperialisten, die ein nachweisliches Interesse an der Angelegenheit haben. Nahezu gleichzeitig beklagten die US-Militärzeitung "Seapower", die britische "Jane's fighting ship" und die "Europäische Wehrkunde" in ihren Augustnummern die "mangelnde maritime Einsatzbereitschaft der NATO". Insbesondere auf dem Gebiet der Ver- und Entminung sei man der UDSSR unterlegen. Die "Österreichische Militärzeitung" stellt fest, die NATO brauche zu lange, um Truppen und Flottenverbände in den Nahen und Mittleren Osten zu verlegen. Solcherlei Mängel seien bedrohlich, meint die "Europäische Wehrkunde", immerhin gingen 55% der westlichen Ölimporte durch den Suez-Kanal. Der "Daily Telegraph" wertete dann auch die Aktion als "nützliche Lektion", was Schnelligkeit und Zusammenarbeit angehe. Die Imperialisten selbst beschuldigen nach dem Iran nun Libyen der Urheberschaft der Verminung; Minen übrigens, die laut US-Oberkommando mit 50 kg Sprengstoff geladen sind, was weniger als 1/5 herkömmlicher Minen entspricht und kaum geeignet ist, ein Schiff zu versenken. Die Existenz des libyschen Staates, dem es seit Jahren gelingt, sich imperialistischem Einfluß zu entziehen, ist als solche für die NATO schon Grund genug, beständig massive Kriegsdrohungen an Oberst Ghaddafi zu richten. Einziges "Indiz" für eine libysche Urheberschaft: Das Mitte August in Marseille festgehaltene und durchsuchte Handelsschiff "Ghat" soll für seine Fahrt durchs Rote Meer erheblich länger gebraucht haben als üblich. Die Durchsuchung sei jedoch völlig ergebnislos verlaufen, zitiert "Newsweek" die französischen Behörden. Libyen erklärte zu dem Vorwurf, die Imperialisten versuchten "das Rote Meer unter amerikanischen und westlichen Einfluß zu bringen und eine Verbindung zwischen amerikanischen Flotten sowie Stützpunkten im Mittelmeer und Indischen Ozean herzustellen."

Quellen: FAZ v.13.8.; Newsweek v.3.9.; Europäische Wehrkunde 8/84; Öster.Militärztg. 4/84; Daily Telegraph 21.8. - (Mak)

## Indien

### ZUSAMMENSCHLUSS DER OPPOSITION

Nachdem am 16./17. August der Chefminister von Andhra Pradesh, Rama Rao, durch den Gouverneur Ram Lal abgesetzt worden war, kam es in ganz Indien zu Protestaktionen, Streiks und Demonstrationen. Ministerpräsidentin Indira Gandhi hatte bereits drei Monate zuvor die Regierungen von Jammu und Kashmir auf ähnliche Weise ausgeschaltet. Andhra Pradesh ist somit nach der Intervention im Punjab das vierte Bundesland, das die Regierungspartei Indiens versucht, unter Kontrolle zu bringen. Die Streiks wurden vor allem in diesen vier Bundesstaaten weitgehend befolgt.



Der von Gandhi abgesetzte Rama Rao

Andhra Pradesh ist ein Bundesstaat, in dem vornehmlich Telugu gesprochen wird. Die ca. 54 Millionen Einwohner sind eine ethnisch eigenständige Gruppierung und haben sich 1953 in heftigen Auseinandersetzungen das Recht erkämpft, ihre Sprache und Kultur offiziell weiter zu entwickeln. Seither hatte dort immer die Congress(I)Partei regiert. 1983 siegte die zehn Monate zuvor gegründete Partei Telugu Desam unter Rama Rao, einem ehemaligen Schauspieler, über die Congress(I)Partei. Rama Rao hatte ein stärker regional orientiertes Programm vertreten, das auf eine kulturelle, politische und finanzielle Autonomie von Delhi abzielte. Da auch hier, wie im Punjab, ca. 74% der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind, fand ein solches Programm auch die Unterstützung der kleinen und mittleren Bauern.

Der Gouverneur, der die Maßnahme gegen Rama Rao verfügt und einen neuen Chefminister eingesetzt hatte, ist inzwischen aufgrund massiver Proteste zurückgetreten. Die Zentralregierung behauptete schließlich, daß sie die Angelegenheit nicht verfügt

habe. Der offensichtlich unhaltbare Vorwurf, Rama Rao habe keine Mehrheit mehr hinter sich (die Mehrheit der Abgeordneten demonstrierte persönlich ihre Unterstützung in Delhi), wurde ergänzt durch den Vorwurf, er sei nicht in der Lage, die Verwaltung zu führen. Es habe Gewalttätigkeiten zwischen Hindus und Moslems gegeben, die nicht eingedämmt worden seien. Die Far Eastern Economic Review schreibt dazu: "Seine vierwöchige Abwesenheit in den USA wurde genutzt, um Hindu-Moslem-Reibereien hochzustacheln..." Außerdem wurde die ökonomische Rückständigkeit der Region Rayalaseema des Staates Andhra Pradesh Rama Rao zum Vorwurf gemacht.

Augenblicklich finden intensive Gespräche zwischen den verschiedenen oppositionellen Gruppierungen in Indien statt, um eine Grundlage für den Zusammenschluß vor den Wahlen, die noch in diesem Jahr stattfinden sollen, zu erzielen. Indira Gandhis Politik der Öffnung des Landes für die imperialistischen Interessenten am "Indien-Geschäft" geht einher mit einer strammen Unterdrückung regionaler Bestrebungen zu mehr Selbständigkeit, die vor allem Großprojekten hinderlich sind (seit Jahren kämpfen z.B. in Madhya Pradesh Bauern gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage durch ein Staudammprojekt, das bislang auch verhindert wurde). Andererseits kann sich die Opposition außer darüber, daß sie gegen die Politik der Congress(I)Partei ist, auch nicht auf ein Programm einigen, da hier im wesentlichen die Interessen regionaler Gruppierungen (großer Bauern, Mittelklassen) und der nationalen Bourgeoisien aufeinandertreffen. Es ist kaum abzusehen, daß der Politik Indira Gandhis Einhalt geboten wird, wenn nicht die Interessen der armen Landarbeiter, kleinen Pächter und Bauern sowie der Industriearbeiter Berücksichtigung finden.

Quellenhinweis: Far Eastern Economic Review, 30.8.84. — (cog)

## Brasilien

### "ÖFFNUNG" ERFOLGREICH

Bei den Präsidentschaftswahlen in Brasilien am 15. Januar 1985 werden kandidieren: Der reiche, liberal-konservative Großgrundbesitzer Neves und der noch reichere und reaktionärere Kapitalist Maluf. Eine Umfrage unter den 686 Wahlmännern ergab eine 80%ige Zustimmung zum Kandidaten der Oppositionspartei PMDB (Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens), Tancredo Neves. Eine weitere Meinungsumfrage einiger Zeitungen bestätigt dies: 63% der Be-

fragten würden bei einer Direktwahl Neves und 21% den Kandidaten der regierenden PDS, Maluf, wählen. Maluf vertritt die Interessen der Imperialisten, insbesondere der USA und der mit ihnen verbundenen brasilianischen Großbourgeoisie und der exportorientierten Großagrarien. Er verfügt über hervorragende Kontakte zum militärischen Sicherheitsapparat. Neves, von 1982 bis Sommer 1984 Gouverneur von Minas Gerais, war unter der Regierung Vargas in den 40er Jahren zweimal inhaftiert, Ende der 50er Justizminister im zweiten Kabinett Vargas, unter Präsident Goulart bis zum Militärputsch 1964 sieben Monate Ministerpräsident, danach einige Jahre im Exil. Neves' Kandidatur findet Unterstützung unter hohen Militärs, die seine Loyalität und konservative Gesinnung loben.

Nach der Niederlage der "Direktwahlkampagne" der Oppositionsparteien spaltete sich die "Liberale Front" unter Führung des Vizepräsidenten Brasiliens, Chaves, und des ehemaligen Parteivorsitzenden der PDS, Sarney, von der Regierungspartei ab, ohne Aufgabe ihrer Mitgliedschaft. Die PMDB schloß gegen den Widerstand der Parteilinken mit der Liberalen Front im Juli die "Demokratische Allianz" zur Aufstellung ei-

nes gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten. Die linken Oppositionsparteien beschlossen ihre Nichtteilnahme an der Wahlmännerwahl. Die Liberale Front mobilisierte bis zu 50 Abgeordnete für die Kandidatur Neves' und konnte den Einfluß der Linken ausschalten. Auf dem Parteitag der PMDB Mitte August stimmten die Delegierten mehrheitlich einer Vizepräsidentenandidatur des PDS-Mitglieds Sarney zu. Die von General Figueiredo 1979 eingeleitete "demokratische Öffnung" der Militärherrschaft steht kurz vor dem Abschluß, eine Änderung der Parteienlandschaft steht noch bevor: Der Zusammenschluß von Teilen linker Organisationen, der Mittelklasse und nationalistischer Klein- und Großbourgeois scheint gescheitert.

Die programmatischen Aussagen von Neves — soweit bisher umrissen: Direktwahl des Präsidenten, Neuverhandlung der Auslandsschulden, Überprüfung der Atomverträge mit der BRD, keine diplomatische Beziehung zu Kuba, Mittlerrolle zwischen Industriestaaten und Dritter Welt, wirtschaftliches Wachstum, Abbau der Arbeitslosigkeit, soziale Reformen. Quellenhinweis: Folha de Sao Paulo, verschiedene Ausgaben; Neue Zürcher Zeitung, verschiedene Ausgaben; FAZ, 29.8.84; Brasilien-Ausschnitt-Dienst; Monitordienst — (sie)

## Südafrika

### DIE KAMMERWAHLEN SIND EIN SCHLAG INS WASSER

In den letzten zwei Wochen wurden in Azania die Wahlen für zwei Kammern des neuen Dreikammernparlaments durchgeführt. Die Wahlen für die farbigen und indischen Kammern waren kein Erfolg für das Rassistenregime. Die Wahlbeteiligung ist dafür der Gradmesser. Sie lag bei den Farbigen bei nur 30%, bei den Indern lag sie bei



Inder, Farbige und Afrikaner stehen zusammen!

unter 20%. Diese Wahlen sind Teil der "Verfassungsreform", die am 3. September mit der Wahl Bothas zum Staatspräsidenten mit diktatorischen Vollmachten abgeschlossen werden soll. Die neue "Volksvertretung" in Südafrika wird dann aus drei Kammern bestehen, der Kammer der Weißen, der Kammer der Inder und der Kammer der Farbigen. Der Proporz von je einem indischen und zwei farbigen Abgeordneten gegenüber vier Weißen sichert den weißen Siedlern gegenüber den kompetenzlosen Kammern der Inder und Farbigen die Mehrheit. Schwarze bleiben vollständig ausgeschlossen. Mit dieser Reform wurde versucht, die sich konsolidierende Bewegung des Widerstands der nicht-weißen Bevölkerung Azanias gegen die herrschende weiße Siedlerklasse zu spalten und die ethnischen Gruppen der Inder und Farbigen mit einer Teilmitbestimmung zu ködern, um die schwarze Bevölkerung zu isolieren.

Wie gründlich dieser Versuch einer "Teile-und-Herrsche"-Politik für die Rassisten fehlgeschlagen ist, zeigt sich, wenn man die reale Wahlbeteiligung, d.h. die Stimmenzahl in Rela-



Die niederländische Regierung bewiese wieder einmal "Mut zum Sparkurs", lobte das westdeutsche "Handelsblatt". Der niederländische Finanzminister Ruting hat angekündigt, daß die Regierung im öffentlichen Dienst neuerliche Lohnsenkungen durchsetzen will. Das genaue Ausmaß der Lohnsenkungen, die Anfang 1985 in Kraft treten sollen, will die Regierung in ihrem Haushaltsentwurf für 1985 festlegen. Laut "Handelsblatt" will die Regierung Lohnsenkungen um 1 bis 2%. Seit 1981 hat die niederländische Regierung die Löhne im öffentlichen Dienst um über 10% gesenkt, allein dieses Jahr um durchschnittlich 3%. Bild: Demonstration von 20000 Lohnabhängigen am 29. Mai in Den Haag gegen die Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst und die Kürzungen von Arbeitslosengeld und Renten. — (rül)

### KANADISCHE BUSFAHRER STREIKEN

Die 7700 Beschäftigten der öffentlichen Verkehrsbetriebe in der kanadischen Stadt Toronto stimmten mit überwältigender Mehrheit in einer Urabstimmung für Streik ab dem 12. September. Sie verlangen Lohnerhöhungen von über 10%. Die Leitung der städtischen Verkehrsbetriebe hat 5% geboten. Das S-Bahn- und Bussystem Torontos wird jeden Tag von etwa 1,5 Millionen Fahrgästen benutzt. Die Fahrer haben sich den Streikbeginn gut ausgesucht: Zwei Tage später wird der Papst auf seinem Kanada-Besuch in Toronto erwartet, wo er eine öffentliche Messe für 500000 Leute halten soll. Kirche und Stadtverwaltung

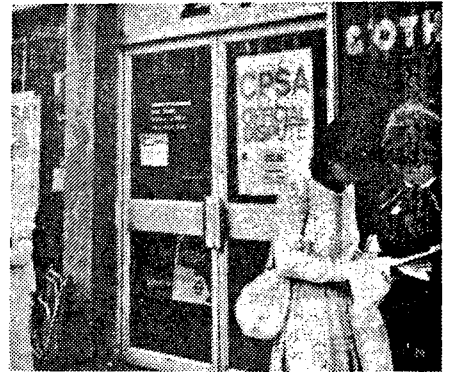
drängen auf Fortschritte in den Verhandlungen, die Verkehrsbetriebe sollen ein neues Angebot vorlegen. — (hef)

### BELGIEN: STREIK BEI MONSANTO

Seit dem 12.7. streiken die Lohnabhängigen bei Monsanto in Antwerpen. Sie wollen die Zurücknahme von zwei Entlassungen erzwingen. Die Kapitalisten hatten zwei Arbeiter, darunter den Vertreter des Gewerkschaftsbundes ABVV im Betrieb, wegen "Diebstahl von Geschäftsdokumenten" entlassen, um so die Gewerkschaft im Betrieb zu zerschlagen. Arbeiter aller Chemiebetriebe in Antwerpen (darunter Bayer und BASF) unterstützen die Streikenden. — (rül)

### GROSSBRITANNIEN: STREIKS IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Langandauernde, erbitterte Streiks gegen Lohnsenkungsversuche, Entlassungen und Rationalisierungen werden aus dem Öffentlichen Dienst in Großbritannien gemeldet. Seit Wochen bestreiken Beschäftigte im Computerzentrum der Sozialversicherung alle Operationen. Sie fordern höhere Schichtzulagen. Renten- und andere Zahlungen werden in Notverfahren per Hand überwiesen. Im Londoner Stadtteil Camden streiken die Sozial-



Arbeitsamt Tooting, London

arbeiter, die für Obdachlose zuständig sind, weil sich ihre Arbeitsbelastung innerhalb von drei Jahren verachtacht hat und trotzdem drei Beschäftigte entlassen werden sollen. 250 Beschäftigte der Sozialwohnungs-Abteilung des Stadtrats in Liverpool streikten zwei Wochen erfolgreich gegen die Entlassung zweier Angestellter, die sich geweigert hatten, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. In drei Londoner Arbeitsämtern gab es in den letzten fünf Wochen Streiks gegen die Überarbeit der Angestellten. Im Arbeitsamt Tooting streiken Beschäftigte jetzt seit fünf Wochen. — (hef)

tion zu den Wahlpflichtigen betrachtet. Wahlpflichtig ist jeder, wahlberechtigt nur der, der sich registrieren läßt. Dazu ist jeder verpflichtet, bei Unterlassung droht Bußgeld. Die Wahlbeteiligung der Farbigen lag bei 30% der registrierten Wähler und damit bei nur 18% der Wahlpflichtigen. Bei den Indern war die Beteiligung noch deutlich niedriger. Von den 850000 Indern hatten sich nur 411000 registrieren lassen, also eine Wahlbeteiligung von unter 10%. Daß sich gerade die Inder haben so wenig mobilisieren lassen, ihre Stimmen für diese Scheinreform abzugeben, ist ein bedeutendes Zeichen für die Niederlage der Rassisten beim Versuch der Spaltung der nicht-weißen Bevölkerung. Erwartet war von der Regierung in Pretoria, daß sich wenigstens diese besser gestellten, städtischen Teile beteiligen würden. Die Ursache für die mangelnde Beteiligung gerade der Inder ist sicher auch in der kastrierten

Kompetenz der nicht-weißen Kammern zu suchen, vor allem aber ist es eine politische Entscheidung gegen das Siedlerregime für den gemeinsamen Kampf der nicht-weißen Bevölkerung Azanias gegen die weißen Ausbeuter.

Dies machen auch die Aufrufe und Programme der Organisationen deutlich, die den Wahlboykott im wesentlichen unterstützt haben. Es ist dies die "United Democratic Front" (UDF) und das "National Front Committee" (NFC). Die UDF hatte sich im August letzten Jahres anlässlich der geplanten Verfassungsreform Bothas gegründet mit dem ausdrücklichen Ziel, sie zum Scheitern zu bringen, weil damit "die ökonomische und rassische Ausbeutung verewigt und konsolidiert und der Apartheidsstaat gefestigt" werden soll. Ihre Forderungen gehen weit über eine bloße Mitbestimmung auch der Schwarzen im Rahmen des Apartheid-Regimes hinaus. Die NFC ist her-

vorgegangen aus der "black consciousness"-Bewegung und ist im Gegensatz zur UDF eine rein schwarze Organisation, die allerdings mit der UDF zusammenarbeitet. Sie tritt ein für ein "demokratisches, nicht-rassistisches und sozialistisches Azania". Mit Unterstützung dieser Organisationen wurden in Azania Massenaktionen durchgeführt, so streikten 30000 Schüler und Studenten in der Kap-Provinz u.a. aus Protest gegen die Wahlen.

Auch diejenigen, die an den Wahlen teilnahmen oder sich wählen ließen, sind zumindest skeptisch gegenüber den neuen Institutionen. So äußerte sich ein farbiger Abgeordneter der "siegreichen" Arbeiterpartei Pfarrer Allan Hendricks zurückhaltend gegenüber seinem "Wahlsieg" und betonte, er werde seine Mitarbeit beenden, wenn nicht innerhalb der nächsten fünf Jahre nennenswerte Veränderungen im System der Apartheid vorge-



## ÖZAL ZU GESPRÄCHEN IN BONN

Am 5.9.1984 kommt der türkische Ministerpräsident Özal nach Bonn. Die Bundesregierung drängt auf ein Abkommen über einen Zuwanderungsstopp türkischer Staatsangehöriger in die BRD, um die 1986 in Kraft tretende EG-Freizügigkeitsregelung zu umgehen. Mehrere türkische und kurdische Organisationen wollen am 5.9. in Bonn eine Kundgebung gegen die türkische Militärjunta und die westdeutsche "Türkeihilfe" durchführen. — (Mak)

## USA: POSTMEISTER ZURÜCKGEPIFFEN

Die Absicht des obersten US-Postmeisters, ab 4.8. für Neueinstellende durchschnittlich 23% niedrigere Gehälter einzuführen, ist zunächst vereitelt. Der mehrheitlich republikanische Senat hat auf Antrag eines republikanischen Senators Aufschub bis mindestens 1. Oktober verordnet. Das war gerade noch vor den Gewerkschaftstagen der beiden großen Postgewerkschaften vom 20. bis 25. August. Grund für den Aufschub sei die Einseitigkeit der Maßnahme durch die Postleitung. Die Gewerkschaft der Briefträger (225000 Mitglieder) beschloß daraufhin, den Streik lediglich dann durchzuführen, wenn die Postleitung weiterhin versuchen sollte, einseitige Änderungen der Tarifverträge durchzuführen. Die Delegierten der Gewerkschaft der Postarbeiter (310000 Mitglieder) stimmten nicht über die Frage eines Streiks ab und verabschiedeten eine Resolution, die die Gewerkschaftsführung beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zur Durchführung der Tarifverhandlungen zu ergreifen. Obwohl nunmehr aufgeschoben, aufgehoben sind weder

die Lohnkürzungen für Neueinstellende, noch das Einfrieren der Gehälter für die nächsten drei Jahre sowie andere Kürzungsmaßnahmen. Sie sind Gegenstand der kommenden Schlichtungsverhandlungen. — (her)

## HAFENARBEITERSTREIKS IN ROTTERDAM, GENUA

Neben den britischen Hafenarbeitern streiken zur Zeit auch Schauerleute in Rotterdam, Genua und Dublin gegen Lohnsenkungen, Entlassungen und Rationalisierungen. Die Arbeiter in Europas größtem Hafen von Rotterdam

verlangen, daß 130 Arbeiter, deren Firma pleite ist, von anderen Staureien beschäftigt werden. Sie führen Warnstreiks von unterschiedlicher Dauer in einzelnen Hafenteilen durch und haben das Gebäude der Arbeitgebervereinigung mit Fahrzeugen zugestellt. In Genua traten mehr als 2500 Arbeiter am 30.8. in den Streik, weil die Kapitalisten die Augustlöhne nicht zahlten, sondern Ratenzahlung anboten. In Dublin streiken Hafenarbeiter seit mehr als vier Wochen für eine Zulage. Sie legen große Teile der Ladeoperation lahm. — (hef)



Der britische Gewerkschaftsbund TUC beschloß am 3. September auf seinem jährlichen Kongreß die Zustimmung zu Solidaritätsmaßnahmen für die seit Monaten streikenden Bergarbeiter. Der Leitantrag fordert von allen Gewerkschaften "volle Unterstützung" des Streiks; sie sollen den Transport von Kohle, Koks und anderen Brennstoffen durch die Streikpostenlinien der Bergarbeiter verhindern. Die Stahlarbeiter- und die Elektrikergewerkschaft stimmten gegen den Antrag, sie wollen auch die Maßnahmen nicht durchführen. Der Solidaritätsstreik der Hafenarbeiter ist weiterhin in einer schwierigen Lage. Nach Angaben der Gewerkschaft TGWU waren am 3. September 9500 von 13500 Hafenarbeitern im Streik und schlossen 24 Häfen. Aber da vor allem einige große Häfen streiken, sind 48 Häfen weiterhin offen, und die Kapitalisten können problemlos Schiffe umlenken. Die Gewerkschaft TGWU versucht, mit Streikposten vor diesen 48 Häfen die Aktion auszuweiten. Der staatliche Stahlkonzern British Steel, dessen Provokationen jetzt zweimal Anlaß von Hafenarbeiterstreiks waren, weigert sich zu verhandeln. Er will weiterhin Kohleschiffe von Nicht-Hafenarbeitern entladen lassen. — (hef)

nommen werden.

Die Reaktionen des Siedlerregimes über den Ausgang der Wahlen sind unverhohlene Drohungen. "Ein beträchtlicher Teil der Farbigen hat offenbar



Streik der schwarzen Arbeiter 1984 bei BMW

immer noch kein Interesse daran, seine politischen Rechte wahrzunehmen", so kommentierte P.W.Botha die Wahlen. Die Hauptaufgabe der farbigen Abgeordneten wird es seiner Meinung nach sein, dafür zu sorgen, daß "die von ihnen repräsentierten Bevölkerungsgruppen reif für die demokratische Anwendung ihrer zivilen Rechte und Pflichten werden." Das bedeutet nichts anderes, als daß die farbigen Abgeordneten ihre Aufgabe als Unterdrücker ihrer eigenen Leute wahrzunehmen haben und die ethnischen Kammern als Instrumente der Rassistenherrschaft genutzt werden.

In der westdeutschen Presse war die Berichterstattung über die Auseinandersetzungen um die Wahlen und den Wahlausgang äußerst zurückhaltend, wenn nicht gar spärlich. Noch während des Botha-Besuchs im Juni dieses Jahres war versucht worden, das neue Drei-Kammern-System in Südafrika als "evolutionäre Reform" (Botha) des

Systems der Apartheid zu verkaufen. Nachdem jetzt der Wahlausgang schlagend die ablehnende Haltung der unterdrückten Völker Azanias gegenüber diesem großangelegten Spaltungs- und Täuschungsmanöver gezeigt hat, wird darauf abgehoben, daß die Reform noch nicht vollkommen sei. Eine Kammer für die Schwarzen fehle ja schließlich, und im übrigen kann man erst einmal arbeiten, dann werden sich Inder und Farbige schon zufriedengeben.

Die Verfechter des Wahlboykotts in Südafrika haben dagegen klargestellt: Ihre Forderungen gehen nicht auf eine vierte Kammer für die Schwarzen oder mehr Mitbestimmungsrechte in den schon bestehenden ethnischen Kammern, sondern auf die Beseitigung der imperialistischen Herrschaft in Azania.

Quellenhinweis: div. Ausgaben der taz, FAZ, Handelsblatt; Declaration von UDF, Manifest von NFC — (rub)

## Druckindustrie

### KAPITALISTEN SETZEN NACH: ANGRIFFE NACH DEM STREIK

**Hamburg.** Auf der Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier in Hamburg berichteten Arbeiter aus verschiedenen Druckbetrieben, daß die Überstundenarbeit zunehme und verstärkt Samstagsarbeit verlangt würde. In den Firmen Kröger Druck und Rollenoffset Nord werden seit Wochen 12-Stundenschichten gefahren. Neben diesem Arbeitsdruck sehen sich die Belegschaften und Betriebsräte mit Angriffen der Druckkapitalisten konfrontiert.

Nach dem Überblick der Gewerkschaft wurde in 30 Hamburger Betrieben die Lohnerhöhung auf den übertariflichen Lohnbestandteil angerechnet, d.h. die Arbeiter erhielten effektiv keinen Pfennig mehr. Den Arbeitern, die gestreikt haben, wurde bei Gruner & Jahr der 1. Mai nicht bezahlt, Fahrgeldzuschuß gestrichen und die Jahresleistung soll anteilig gekürzt werden.

Die Geschäftsleitung von Brillant Offset hatte schon während des Streiks sämtliche Betriebsvereinbarungen zum 1.10.84 gekündigt. Drucker würden damit wichtige Lohnbestandteile verlieren wie Pudergeld (ca. 40 DM monatlich), Erschwerniszulage bei unterbesetzter Druckmaschine (3,50 DM/Std.), Kleidergeld, Essengeldzuschuß, Fahrgeldzuschuß, Treueprämie stehen auf dem Spiel.

Bauer Druck hat bei der letzten Lohnabrechnung stillschweigend das "Seifengeld" für Setzer gestrichen. Es beträgt 0,20 DM am Tag und stammt aus der Zeit des Bleisatzes.

Versuche, stärker zu rationalisieren und dabei auf den Interessen der Beschäftigten herumzutampeln, werden am Beispiel der Geschäftsleitung von Gruner & Jahr deutlich. Sie kündigte dem Setzerarbeiter H. Thyssen fristlos. Er war aufgefordert worden,

statt der Spätschichtwoche in die Frühschicht zu springen. Er lehnte dies ab, dafür habe man nicht 13 Wochen vor dem Tor gestanden, daß jetzt flexible Arbeitszeiten durchgesetzt würden. Er berief sich auf die gültige Betriebsvereinbarung, die einen festen Wechsel von Früh- und Spätschicht und jede 7. Woche eine Woche Nachtschicht vorsieht. Gruner & Jahr hatte die Arbeiterzahl aber inzwischen schon so gedrückt, daß die Einhaltung der Betriebsvereinbarung nicht mehr möglich war. Besonders bei den Hilfsarbeitern war der feste Schichtplan oft durchlöchert worden. Der Betriebsrat unterstützte den Arbeiter bei der Ablehnung des Schichtwechsels, da nach seiner Rechtsinformation das Direktionsrecht nicht greife bei einer gültigen Betriebsvereinbarung.

H. Thyssen forderte den Vorgesetzten auf darzulegen, warum der Schichtwechsel nötig sei. Dieser dazu sinngemäß: Er lege hier überhaupt

nichts dar, sondern tue, was von oben angeordnet werde. Diesen preußischen Untertanengeist quittierte H. Thyssen mit der Bemerkung: "Sie sind ein Büttel der Geschäftsleitung". Kündigung wegen Arbeitsverweigerung, Beleidigung, Verleumdung, Herabsetzung der Vorgesetztenautorität und Ehrverletzung war die Antwort der Geschäftsleitung. 450 Teilnehmer der Betriebsversammlung der Verlagsangestellten bei Gruner & Jahr forderten die sofortige Wiedereinstellung des Setzerarbeiters H. Thyssen. Ob solche Disziplinierungsmaßnahmen möglich wären, wenn die Belegschaften durch die vergangenen Streiks an Stärke gewonnen hätten? Die Schilderung zur Lage in der Setzerei: Diejenigen, die gestreikt haben, werden getreten, diejenigen, die nicht gestreikt haben, werden gehätschelt und gepflegt. Der Tarifvertrag gibt den Kapitalisten nicht das Recht, einzelne Arbeiter von heute auf morgen in den Schichten hin und her zu schieben. Aber bei zukünftigen Arbeitszeitregelungen haben sie die neue Festlegung im Manteltarif im Rücken: "... Bei allem ist die Auftragslage und die Beschäftigungssituation des Betriebs vorrangig zu berücksichtigen". — (hao)



Arbeitsplatz im Fotosatz.

### SCHWIERS PLAN FÜR GEHALTSKÜRZUNGEN

**Bielefeld.** Dringlich hat der NRW-Kultusminister Schwier die Kürzung der Lehrergehälter um 4% verlangt. Die Wochenarbeitszeit der Lehrer solle entsprechend verkürzt werden, womit 6000 neue Stellen zu schaffen seien. Da in NRW jedoch 5800 Lehrerstellen mit einem kw(kann wegfallen)-Vermerk versehen, d.h. bei ihrem Freiwerden zu streichen sind, blieben von den 6000 bestenfalls 200 übrig. Die "Arbeitsplatzbesitzer" sollen für die "Arbeitslosen aufkommen" — dies ist die Devise reaktionärer Demagogie à la Blüm, die nun auch von der SPD-Landesregierung betrieben wird.

Sie befürwortet Schwiers Plan. Rau warb mit einem Fernschreiben bei den Ministerpräsidenten der anderen Länder; er will von der Ministerpräsidentenkonferenz eine entsprechende Entscheidung verabschieden lassen.

Der DGB-Landesbezirk hatte gegen die geplante Gehaltskürzung unmittelbar nach Bekanntwerden protestiert. Die GEW kritisiert, Schwier gehe es darum, "im Vorfeld der kommenden Tarifrunde für den öffentlichen Dienst die Lehrer zu Vorreitern für allgemeine Gehaltskürzungen in diesem Bereich zu machen." Schwiers Amtsvorgänger Girgensohn hatte diese Absicht schon früher offen ausgesprochen. — (elb)

### ZWEI TÜRKEI- DEMONSTRATIONEN IN KÖLN

Am 8. September werden zwei bundesweite Demonstrationen anlässlich des Jahrestages der Machtergreifung der Junta stattfinden. Nachdem sich zahlreiche türkische Organisationen zuvor mit zwei Aktionseinheitsaufrufen auf eine Demonstration geeinigt hatten — wir berichteten in der letzten Ausgabe — wurde diese Vereinbarung fallengelassen, als sich die Organisationen auf keinen gemeinsamen Redetext für die Kundgebung einigen konnten. Zur Unterstützung der Aktivitäten zum Jahrestag wird der BWK am 8. September in einigen Orten Informationsstände durchführen. — (jöd)

1. September 1984

## AKTIONEN AM ANTIKRIEGSTAG

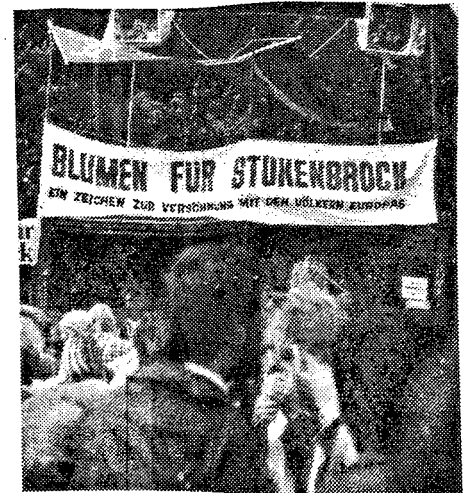
Der diesjährige DGB-Aufruf zum Antikriegstag war schlecht und griff die Politik der Bundesregierung nicht an, sondern unterstellte ihr Friedensabsichten. Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hatte sich noch überraschend kurzfristig zum Antikriegstag geäußert und die Politik der Bundesregierung angegriffen: "Seit geraumer Zeit läuft unter dem Stichwort der 'Europäisierung der Sicherheitspolitik' eine verstärkte Rüstungskooperation der westeuropäischen Staaten. . . Wir fordern, daß die Bundesregierung alle derartigen Pläne fallen läßt." Diese richtige Kritik von den GRÜNEN wurde am 30. August veröffentlicht, von der bürgerlichen Presse kaum registriert, und hatte auf den Verlauf der Mobilisierung keinen Einfluß mehr. Die Beteiligung an den diesjährigen Veranstaltungen und Demonstrationen war bundesweit geringer als bei denen im Vorjahr. Die bürgerliche Presse registrierte diese Entwicklung, und einige Zeitungen sprechen von einer schlechten Beteiligung. Verteidigungsminister Wörner griff auf dem 16. Bundestreffen des Verbandes Deutscher Afrika-Korps in Stuttgart die Aktionen zum Antikriegstag an und wünschte sich "Vorgesetzte in der Bundeswehr" wie Generalfeldmarschall Rommel.



Hamburg: 5000 (1983: 15000) beteiligten sich an der Demonstration. Abrüstungsparolen bestimmten den Zug.



In Hannover demonstrierten mit ca. 800 knapp die Hälfte vom Vorjahr. Transparente gegen die Kriegspläne der BRD waren rar. "Beiderseitige Abrüstung" war Tenor vom Hauptredner S. Bleicher, DGB-Bundesvorstand.



Stukenbrock: Antifaschistische Gedenkfeier im NS-Kriegsgefangenenlager. Am 6.9. will die Bundeswehr in der Nähe eine öffentliche Vereidigung abhalten.



Bremen: 1600 Teilnehmer waren auf der Kundgebung des DGB. In den Jahren davor waren es immer 10000-20000 Teilnehmer. Erstmals wurden die "Friedenstage 84" gemeinsam von DGB, Friedensforum und Senat veranstaltet.



Westberlin: Brusis, DGB-Vorstand, drückte in ihrem Hauptreferat ihre Dankbarkeit für die Luftbrücke aus und wertete den NATO-Nachrüstungsbeschluß als Abrüstungsversuch. Nicht einmal ein Viertel der Demonstranten unterstützte diese Ansicht.



## Staatshaushaltsplan 1985/86 Baden-Württemberg

### WEN TRIFFT DIE "WENDE IN DEN PERSONALAUSGABEN" ?

**Mannheim.** Im Mittelpunkt des Staatshaushaltsplans 1985/86 von Baden-Württemberg steht die "Wende in den Personalausgaben", weil "die unsere Investitionsquote kaputt gemacht haben" (Ministerpräsident Lothar Späth). Dieser Regierungskurs beinhaltet die Fortsetzung der Rationalisierung – bis 1988 sollen bis zu 10000 Stellen wegfallen. Die Personalkostenquote an den Gesamtausgaben von derzeit 38,8 % soll bis 1988 auf 35,7 % gedrückt werden. Weit gefehlt geht dabei die Kritik der SPD vom Ausverkauf des Staates. Die Landesregierung hat sofort nach der Haushaltsdebatte eine Kommission zur Überprüfung der politischen und administrativen Führungsstrukturen gebildet. Als Mitglieder wurden hierzu u.a. berufen: A. Bäumer, Vorsit-

tariums übernommen werden?" Späth erklärte, daß der Berücksichtigung moderner Management-Strukturen zur Effizienzsteigerung im öffentlichen Dienst ein besonderer Stellenwert zukomme.

Nun beinhaltet die sogenannte "Wende" keineswegs eine "ausgewogene" Beeinflussung und Politik gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Ein Rückblick auf die Entwicklung des Beschäftigtenkörpers von 1974 bis 1980 gibt hierüber Aufschluß und straft eine Tarifpolitik Lügen, die "ausgewogene" Sparopfer wollte und nur gegen "Sonder"-Opfer gewendet ist.

Der Personalbestand im öffentlichen Dienst Baden-Württembergs (ohne Zweckverbände) stieg von 1974 bis 1980 um insgesamt 9 % und sinkt seit

der Gesamtzahl der Beschäftigten einen Anteil von 2 %. Nur noch 2,6 % (absolut 8882 Angestellte, 1035 Beamte) aller Beschäftigten sind im einfachen Dienst. Gleichzeitig wurde dort die Verbeamtung am stärksten betrieben (+2 %).

Sukzessive hat die Politik der Landesregierung ihren Niederschlag in den untersten Lohngruppen gefunden und sie geht jetzt offensichtlich daran, die Angestellten im mittleren Dienst, die mit nackter Grundvergütung und einfachem Ortszuschlag zu den unteren Lohngruppen zu rechnen sind, zu spalten. Die Vorstöße zur Begrenzung des Weihnachtsgeldes sind bekannt. Die Lohnsenkung mithilfe des aufgekündigten Vergütungsvertrages zum BAT wirkt direkt auf die Beschäftigten des mittleren Dienstes mit Lohneinbußen zwischen 100 und 150 DM monatlich.

Die "Wende" setzt demzufolge nur die Politik der Sicherung des Unterdrückungsapparates durch ein Heer von Beamten im höheren und gehobenen Dienst fort. Die Gehälter der Aufseher werden durch Lohnsenkung und Rationalisierung bei den unteren Lohngruppen bezahlt.

Quellenhinweis: Statistische Berichte, Landesamt Baden-Württemberg 1974-1982; Staatsanzeiger Baden-Württemberg Mai, Juni und August 1984; Wochendienst der Landesregierung Baden-Württemberg. Nr. 29-31) – (irs)



Der Beamtenbundsvorsitzende von B.-W. M. Wurm versichert Lothar Späth einen "angemessenen Solidarbeitrag" der Beamten.

zender der Allianz Lebensversicherungs-AG, Dr. M. Bulling, Regierungspräsident, L. Sparberg, Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland. Diese Kommission ist beispielsweise damit beauftragt, folgendes herauszufinden:

– "Welche neuen Formen der Personalstruktur (Führungskräfte auf Zeit, Austausch von Führungskräften des öffentlichen Dienstes und der Wirtschaft, Ausbildung von Führungskräften des öffentlichen Dienstes) sind sinnvoll und erforderlich?

– Wie kann die notwendige Partnerschaft zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft institutionalisiert und nutzbar gemacht werden?

– Welche neuen Techniken im Bereich der Rationalisierung und Informationswissenschaft können als Teil des Verwaltungs- und Führungsinstrumen-

1981. Die Personalveränderung ist je nach Besoldungsgruppe und Dienstgrad recht unterschiedlich.

Der Höhere Dienst (BAT IIb-I, ÜT, A13, C1-B11) verzeichnet mit einem Anstieg um 24 % die größte Steigerung, der gehobene Dienst (BAT Vb-III, KR. VIII-XII, A9-A12) bleibt mit mäßigem Anstieg hinter dem mittleren Dienst (+19 %) zurück. (im mittleren Dienst sind Beschäftigte mit Fachschul- oder Berufsabschluß. BAT VII-Vc, Kr. III-VI, A5-A9). Auf den einfachen Dienst (BAT X-VIII, Kr. I-II, A1-A5) hatte die Lohnpolitik verbunden mit Rationalisierung und Privatisierung ihre stärkste Auswirkung. Die Beschäftigtenzahl sinkt um 34 %. Die Gesamtzahl der Arbeiter geht leicht zurück.

Der einfache Dienst (Angestellte und Arbeiter) verbüßte gemessen an

## Kraftwerk Buschhaus

### GERICHT STOPPT INBETRIEBNAHME

**Braunschweig.** Die Regierungskoalition billigte am 31.07. im Bundestag ein zwischen dem Bundeskabinett und der niedersächsischen Landesregierung abgesprochenes Konzept zur Inbetriebnahme des Salzkohlekraftwerkes Buschhaus bei Helmstedt.

Sein Inhalt: Inbetriebnahme von Buschhaus ohne Abgasentschwefelungsanlage und Verfeuerung von Braunkohle anstelle der wesentlich mehr Schwefel enthaltenden Salzkohle; gleichzeitig Abschaltung des Kraftwerkes Offleben I. Offleben II und Buschhaus sollten bis '87, wenn Buschhaus mit Salzkohle betrieben wird, Abgasentschwefelungsanlagen erhalten. Versprochene Ergebnisse: Sofortige Verringerung des Schwefeldioxid Ausstosses mit der Buschhaus-Inbetriebnahme von 145000 to/a (to/Jahr) auf 120000 to/a, ab '87 Verringerung auf 35000 to/a und ab '93 auf 9000 to/a. Dafür sollen die Braunschweigischen Kohlebergwerke (BKB) 242 Mio. DM an öffentlichen Geldern erhalten.

Es schien so, als hätte die Regierungskoalition damit neben den Pro-

fiterwartungen verschiedenster Kapitale auch dem Umweltschutz gedient. Doch war schon die Finanzspritze an den Kraftwerksbetreiber eine "Sauerrei", so wurde die nächste für das Verwaltungsgericht Braunschweig zum Anlaß, per Anordnung die Buschhaus-Inbetriebnahme zu untersagen: Die zuvor am 20. August zwischen den Braunschweigischen Kohlebergwerken und der niedersächsischen Landesregierung getroffene Vereinbarung ermöglichte es den BKB, das Kraftwerk Offleben I jederzeit zusätzlich neben Buschhaus und Offleben II in Betrieb zu nehmen, da Offleben I, ausdrücklich unbeschadet seiner bisherigen Betriebsgenehmigung, nur als "Kaltreserve" behandelt wurde und nicht als Stilllegung wie beim damaligen Bürgerbeteiligungsverfahren. Da in der bis heute unveröffentlichten Betriebsgenehmigung für Buschhaus außerdem der Schwefeldioxid-Ausstoß nicht wie üblich in mg pro Kubikmeter Abgas sondern als maximale Tonnage pro Jahr festgelegt wurde, sah das Gericht den Buschhaus-Betrieb als rechtlich bedenklich an. Weil keine Kurzzeit-Höchstwerte benannt wurden, könnten durch Inbetriebnahme der "Kaltreserve" Offleben I kurzzeitig nicht zu vertretende Schwefelmengen ausgestoßen werden, und die maximale Schadstoffkonzentration sei in Berlin, dem Wohnort einiger Kläger gegen Buschhaus, sowieso schon erreicht. — (mew)

### Teilstillegung

#### SUZUKI VERLETZT INFORMATIONSPFLICHT

**München.** Suzuki Deutschland, Generalimporteur von Suzuki Produkten aus Japan (Autos, Motorräder und Bootsmotoren), wird den Vertrieb von Motorrädern und Bootsmotoren in der BRD einstellen. Gleichzeitig wird Suzuki Japan den Betriebsteil Heppenheim (bei Darmstadt) übernehmen und von dort aus den Vertrieb dieser Produkte in eigener Regie durchführen.

Der Geschäftsführer von Suzuki Deutschland teilte dem Betriebsrat am 17.7.1984, einen Tag nach Vertragsabschluß mit Suzuki Japan, mit, daß die Betriebstrennung bis Ende des Jahres vollzogen sein solle. Die Maßnahme sei zur wirtschaftlichen Gesundung des Unternehmens notwendig. In der Suzuki Zentrale in Oberschleißheim würden damit ungefähr 45 von 160 Arbeitsplätzen entfallen. Es sei aber mit Suzuki Japan ausgemacht, daß alle betroffenen Beschäftigten einen Vertrag zu gleichen Bedingungen in Heppenheim angeboten bekämen.

Noch 14 Tage vor dieser Mitteilung hatte der Wirtschaftsausschuß getagt. Mit keinem Wort hatten die Ka-

pitalisten über die geplante Teilstillegung gesprochen. Der Betriebsrat erklärte, daß die Geschäftsführung ihre Informationspflicht verletzt habe und verlangte, wenigstens nachträglich umfassend informiert zu werden. In § 111 Betriebsverfassungsgesetz heißt es u.a.: "Der Unternehmer hat in Betrieben mit in der Regel mehr als zwanzig wahlberechtigten Arbeitnehmern den Betriebsrat über geplante Betriebsänderungen, die wesentliche Nachteile für die Belegschaft oder erhebliche Teile der Belegschaft zur Folge haben können, rechtzeitig und umfassend zu unterrichten und die geplanten Betriebsänderungen mit dem Betriebsrat zu beraten..." Die Geschäftsführung antwortete auf den Vorwurf der Informationspflichtverletzung, es sei bis zuletzt nicht klar gewesen, ob der Vertrag zustande komme, deshalb habe man den Betriebsrat nicht damit belasten wollen. Die Forderung des Betriebsrates nach Information über die künftige Personalplanung, wer nach Ansicht des Kapitalisten bleiben solle, wer gehen müsse, wann Kündigungen erfolgen sollen, wurde zunächst nicht beantwortet.

Dem Betriebsrat steht als rechtliches Mittel gegen diese Verletzung der Informationspflicht der § 121 Betr.VG zur Verfügung. Er kann damit ein Bußgeldverfahren gegen den Kapitalisten einleiten (Höchststrafe 20000 DM). Die zuständige Behörde verlangt genaue Beweise über die "Vorsätzlichkeit" des Vergehens. Die Verhängung einer Geldbuße beinhaltet nicht gleichzeitig die Verpflichtung für den Kapitalisten, die erforderlichen Informationen herauszurücken.

Suzuki hat nun am 29.8.84 den Betriebsrat über den neuen Stellenplan und die Entlassungspläne informiert sowie einen Vorschlag für einen Sozialplan vorgelegt. Kurzfristig sollen bereits personelle Maßnahmen erfolgen. Der Betriebsrat ist sowohl mit dem Umfang der Entlassungen sowie mit dem Sozialplanentwurf nicht einverstanden. — (acr)

### Ladenschlußzeiten

#### HBV BEKÄMPFT AUSNAHMEREGLUNGEN

**Bremen.** Sechs Boutiquen, ein Herrenladen und eine Weinhandlung waren es, die am 24.08. die Ladenschlußzeiten nicht einhielten. Die örtliche Presse sowie das Bremer Regionalfernsehen unterstützten die Ladenbesitzer. In Leserbriefen wurde eine "lebendige Stadt" und "streßfreies Einkaufen" am Abend und an Sonntagen gefordert. Die HBV-Bremen veröffentlichte einen Leserbrief ihres Vorsitzenden Helmut Thiel als Handzettel, nachdem er nicht in der Presse

veröffentlicht wurde, in dem es heißt: "Inwieweit allerdings das Verkaufspersonal weniger Streß bei zusätzlichen Öffnungszeiten erleben soll, bleibt uns ein Rätsel. Fest steht doch, daß in der Vergangenheit und Zukunft mit immer weniger Personal mehr Umsatz geleistet worden ist bzw. wird. Dies hat bereits im Einzelhandel zum Teil zu unzumutbaren Arbeitsbedingungen geführt und sollte für jeden vernünftigen Kunden Anlaß genug sein, nicht nur die Probleme der Einzelhandelsbeschäftigten zu verstehen, sondern sich mit ihnen solidarisch für eine Verbesserung der Ar-



HBV-Flugblatt gegen Flexibilisierung

beitsbedingungen einzusetzen."

Am 22.8. gab es eine Versammlung von 13 HBV-Betriebsräten der Bremer Kaufhäuser. Sie erklärten: "Für die HBV-Betriebsräte steht außer Frage, daß mit einer Ausweitung der Ladenschlußzeiten die Mehrarbeit aus Kostengründen nicht durch Neueinstellungen aufgefangen, sondern vom vorhandenen Personal zusätzlich geleistet wird. Diese unzumutbare Mehrbelastung würde automatisch die bereits schlechtere Einkommens- und Arbeitssituation verschärfen. Aus diesen Gründen halten die HBV-Betriebsräte daran fest, daß auch für die Einzelhandelsbeschäftigten die Arbeitszeit verkürzt wird."

Am 30.8. erklärte die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) in Köln: "Sowohl die Behörden des Stadtstaates als auch die Gewerkschaften, der Einzelhandelsverband Nordsee und die HDE haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie mit allen Mitteln diesen Gesetzesbruch bekämpfen werden." Demgegenüber hat der Kölner Oberstadtdirektor Kurt Rossa den Gesetzgeber aufgefordert, einen flexibleren Ladenschluß einzuführen und damit zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Rossa: "Das Thema wird immer nur unter dem Aspekt der Arbeitsplatzhumanität gesehen und nicht unter dem der Arbeitsplatzbeschaffung." — (wob)



## Landesarbeitsamt Südbayern

# AUSLÄNDISCHE UND ÄLTERE ARBEITER LANG ARBEITSLOS – ARBEITSLOSENHILFE

**München.** Der Arbeitsamtsbezirk Südbayern hatte Ende Juni 1983 6,159 Millionen Einwohner. Davon waren 1,233 Millionen beschäftigte Männer und 0,866 Millionen beschäftigte Frauen. Darunter haben die ausländischen Beschäftigten einen absoluten Anteil von 0,209 Millionen oder 10%. Im Juli 1984 waren insgesamt 149 553 Männer und Frauen arbeitslos, darunter 41,3% in Angestelltenberufen und 58,7% in gewerblichen Berufen. Die ausländischen Arbeiter und Angestellten waren mit 21 698 Arbeitslosen vertreten, Jugendliche unter 20 Jahren mit 10 001 Arbeitslosen und Schwerbehinderte mit 9 207 Arbeitslosen. Hinzu kommen noch insgesamt 22 354 Teilzeitarbeitslose, die mit 22 045 Arbeitslosen sich fast ausschließlich aus Frauen rekrutieren.

Die genauere Betrachtung der Zusammensetzung dieser industriellen Reservearmee ergibt:

– Die Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 20 bis 25 Jahre ist am höchsten. Gegenüber 15 100 Arbeitslosen bei den unter 20-jährigen sind bei der Gruppe zwischen 20 und 25 Jahren 26 500 Arbeitslose zu verzeichnen. In einer Veröffentlichung des Landesarbeitsamtes wird dieser Umstand so erklärt: "Die Arbeitslosen zwischen 20 und 25 Jahren rekrutieren sich vornehmlich aus entlassenen Arbeitnehmern. Bei dieser Altersgruppe kamen 70,2% (bis 20 Jahre: 41,8%) aus abhängiger Beschäftigung (ohne Ausbildung). Diese Gruppe trägt aufgrund des nicht so ausgeprägten Kündigungsschutzes ein größeres Entlassungsrisiko als ältere Beschäftigte. Knapp 1000 zumeist männliche Arbeitslose zwischen 20 und 25 Jahren sind vor Eintritt der Arbeitslosigkeit einer "sonstigen" Erwerbstätigkeit nachgegangen. Dabei hat es sich im wesentlichen um den Dienst bei der Bundeswehr gehandelt." Vorteilhaft wäre also für diese Arbeiter, wenn der Kündigungsschutz in der Weise verbessert wird, daß die Kapitalisten und ihr Führungspersonal nicht so leicht zu dieser Maßnahme greifen könnten, sei dies aus Gründen der Disziplinierung oder aus Gründen des aktuellen Geschäftsgangs.

– Ende September 1983 zählten in Südbayern 35 900 Personen zu "Langzeitarbeitslosen", deren Arbeitslosigkeit schon mindestens ein Jahr dauert. Von September 1982 bis September 1983 ging die Zahl der "Langzeitarbeitslosen" mit plus 45,2% erheblich stärker nach oben als die Arbeitslosigkeit insgesamt (plus 14,1%). Das Landesarbeitsamt Südbayern bemerkt zu dieser Arbeitslosengruppe: "Langzeit-

arbeitslosigkeit muß, wie fortgeschrittenes Alter, gesundheitliche Einschränkungen oder das Fehlen einer abgeschlossenen Berufsausbildung, als eigenständiges Vermittlungshemmnis gesehen werden, denn mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit wird es immer schwerer, Arbeitgeber zu finden, die den Arbeitslosen eine Chance bieten, sich beruflich zu bewähren". Bei dieser Gruppe von Arbeitslosen sind die Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung (26,9%) und die ausländischen Arbeiter und Angestellten (25,2%) neben den älteren und gesundheitlich eingeschränkten relativ stark vertreten. Das heißt, daß über 50% der "langzeitarbeitslosen" Arbeiter zumeist ausländischer Nationalität sind, deren



Die "Wirtschaftsjunioren" führten in München und Mühldorf Aktionen durch: "Kann der Staat von morgen noch für uns sorgen?" und traten gegen den "Mißbrauch des sozialen Netzes" ein.

Reproduktion während des ersten Jahres der Arbeitslosigkeit kaum und danach auf Grundlage der noch geringeren Arbeitslosenhilfe noch weniger gesichert ist. Also gerade die Arbeiter, deren Reproduktion schon unter Arbeit nicht gewährleistet ist, haben während der Arbeitslosigkeit durch die niedrigen "Lohnersatzzahlungen" keinerlei Aussicht auf Sicherung ihres schon schlechten Lebensstandards.

– Im Arbeitsamtsbezirk Südbayern waren Ende September 1983 23 700 ausländische Arbeiter und Angestellte arbeitslos, 3 800 oder 18,9% mehr als ein Jahr davor. Im Juli 1984 waren noch 21 698 ausländische Arbeiter und Angestellte arbeitslos, was einen Rückgang gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahrs um 1 101 oder 4,8% bedeutete. Unter den Arbeitern und Angestellten ausländischer Nationalität sind bei den türkischen Arbeit-

tern (7 400), bei den jugoslawischen Arbeitern (5 200) und bei den italienischen Arbeitern (3 000) Arbeitslose zu verzeichnen. Diese Zahlen geben einen Hinweis darauf, mit welcher Energie die politische Reaktion in der Bundesrepublik versucht, mit einer weiteren Verschärfung der Ausländergesetzgebung sich bei passender Gelegenheit eines Teils der industriellen Reservearmee in ihrer Funktion als Bezieher von Versicherungsgeldern (Lohnersatzzahlungen) zu entledigen und diese Gelder dann "produktiver" anzulegen.

– Mit der Schlagzeile "Kurzarbeit entlastet Arbeitsmarkt um 14 000 'mögliche' Arbeitslose" bringt das Landesarbeitsamt Südbayern in einer Veröffentlichung deutlich seinen Standpunkt zum Ausdruck. Ausgegangen wird davon, daß mit der Kurzarbeit ein "durchschnittlicher Arbeitsausfall von 31%" erreicht werden konnte und damit ein "Entlastungseffekt" von "möglichen" Arbeitslosen einsetzte. Die Kapitalisten nutzen die Kurzarbeit zur Einsparung von Lohn- und Gehaltskosten und zur Sicherung ihres Profits. Für die Arbeiter und Angestellten (1983 waren dies im Schnitt 45 300) bedeutet dies jedoch eine Reduzierung ihres Lohns und Gehalts und damit ihren erzwungen Beitrag gegen die "drohende Arbeitslosigkeit".

– Im Landesarbeitsamtsbezirk Südbayern wurde im Haushaltsjahr 1983 Lohnersatzleistung (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld und Kurzarbeitergeld) von über 3,3 Milliarden DM ausbezahlt. Gegenüber 1982 sind diese Lohnersatzleistungen nur um 0,6% gestiegen. Ursache: Einschränkungen bei zahlreichen Leistungsarten. Im Juli 1984 betrugen die Ausgaben für Arbeitslosengeld 83,335 Millionen DM und für Arbeitslosenhilfe 37,170 Millionen DM. Für diesen Zeitraum sind im Landesarbeitsamtsbezirk Südbayern 149 553 Arbeitslose gemeldet. 90 655 davon sind "Leistungsempfänger am 15. des Monats". Dies ist ein Anteil der Leistungsempfänger an den Arbeitslosen von 60,6%. Arbeitslosengeld erhalten 60 433, und 30 222 Arbeiter erhalten Arbeitslosenhilfe. Diese Lohnersatzleistungen werden jedoch vorenthalten, wenn "Sperrzeiten" zum "Erlöschen des Leistungsanspruchs" führen. Dies liegt dann vor, wenn der Kapitalist den Nachweis erbringen kann, daß beim Arbeiter eine selbst verschuldete Kündigung vorliegt. In den letzten zehn Jahren haben sich die Sperrzeiten nahezu verdoppelt auf 26 190, davon 87,1% wegen "selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit" und 12,9% wegen "Ablehnung einer vom Arbeitsamt angebotenen Arbeit".  
Quellenhinweis: Arbeitsmarkt Südbayern Juli 1984, Arbeitsmarkt aktuell Nr. 2/84 – (dil)

## Kriegsgerichte

PROTEST GEGEN  
KRIEGSJUSTIZ

**Hannover.** Am 24.08.84 fand auf Einladung von verschiedenen Anwalts- und Richterorganisationen eine Veranstaltung mit über 300 Teilnehmern statt unter dem Thema: "Kampfanzug unter der Robe – Gegen die Kriegsvorbereitungen in der Justiz". In einem Theaterstück ("Der Geigerzähler" von Rechtsanwalt H. Spangenberg) wurde sketchartig dargestellt, wie sich die Bourgeoisie eine Kriegsgerichtsverhandlung nach Vorschriften vorstellt, die bisher noch nicht Gesetz sind. Manchem Zuschauer blieb das Lachen im Halse stecken. Anschließend berichtete der Hildesheimer Strafrichter Ulrich Vultejus über den Stand der Vorbereitungen für die Kriegsgerichtsbarkeit des 3. Weltkrieges, für die heute schon besonders ausgewählte Richter und Staatsanwälte an entsprechenden Übungen teilnehmen (siehe: Vultejus, "Kampfanzug unter der Robe").

In seiner Antwort vom 30.05.83 auf eine Landtagsanfrage der GRÜNEN nimmt der Niedersächsische Justizminister zu diesen Übungen Stellung: Diese Tagungen "... sind keine allgemeinen Fortbildungsveranstaltungen, sondern gezielte Einweisungen des Personals in ein mögliches zukünftiges Spezialarbeitsgebiet..." 1982 und im ersten Vierteljahr 1983 "haben 19 Richter und Staatsanwälte an Veranstaltungen für künftige Wehrrichter und -staatsanwälte mit einer Gesamtdauer von 65 Arbeitstagen teilgenommen".

Inzwischen wurden Namen von beteiligten Richtern bekannt: In Kiel z.B. Amtsrichter Bill, in Celle der dortige Strafkammer-Vorsitzende Kunkis, der in Celle zugleich Vorsitzender der Strafvollstreckungskammer ist, die z.B. über vorzeitige Haftentlassung von Gefangenen der Celler Gefängnisse zu entscheiden hat. Wer ihn als Jugendrichter in Hannover kennengelernt hat und von seiner Mitwirkung an Kriegsgerichtsübungen weiß, kann sich die Qualität seiner Rechtsprechung in Celle gut vorstellen. Für Angeklagte und Verteidiger wird es nützlich sein zu erfahren, welche Richter und Staatsanwälte sich mit Bill, Kunkis und anderen auf ihr "Spezialarbeitsgebiet" Kriegsrichter vorbereiten.

Die Versammlungsteilnehmer in Hannover verabschiedeten ohne Gegenstimme eine Resolution gegen diese Kriegsvorbereitungen in der Justiz: Im Zweiten Weltkrieg haben deutsche Kriegsgerichte "etwa 20000 Todesurteile und damit vielfach mehr als der berückichtigte Volksgerichtshof verhängt. Sie haben entscheidend zur Verlängerung des Krieges und seines



Todesstrafe – Logik der Kriegsgerichtsbarkeit

Elends beigetragen.  
Wir fordern

- "die seit 1962 durchgeführten, im Jahr 1984 erstmals unterbrochenen Übungen nicht wieder aufzunehmen"
- "daß der Bundesjustizminister sich deutlich von den Gesetzentwürfen distanziert und erklärt, daß sie niemals als Grundlage von Gesetzen dienen werden"
- "die Offenlegung der Namen der beteiligten Richter und Beamten vom Justizminister. Die Beteiligten fordern wir auf, sich öffentlich zu ihrer Mitwirkung an den Übungen zu bekennen"
- "die Streichung von Artikel 96 Absatz 2 Grundgesetz". –(ine)

## NRW-Schulpolitik

VERSCHÄRFTES AUSLESE  
UND KONKURRENZ

**Bielefeld.** Drill und Pauken bereits in der Grundschule – das plant Nordrhein-Westfalens Kultusminister Schwier zur "inhaltlichen Veränderung der Schule". "Ohne tägliches Kurzdiktat, ohne tägliches Kopfrechnen kann es kein erfolgreiches Lernen geben", ließ Schwier zum Schuljahresbeginn in einer Pressemitteilung verbreiten. Verschärfung der Auslese und Konkurrenz von Anfang an – den Kapitalisten kann's recht sein. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) fordert Prüfungen beim Schulwechsel nach der Grundschule; dies sei für eine "frühzeitige begabungs- und leistungsge-rechtere Wahl der Schulform" notwendig.

Weiterhin wollen BDI und BDA durch inhaltliche Ausrichtung des Unterrichts erreichen, daß die Abiturienten als "künftige Träger der internationalen Leistungskraft unseres Landes" besser "in die Wirtschafts- und Arbeitswelt" gelangen. Statt diese Pläne der Kapitalisten zurückzu-

weisen, gibt Kultusminister Schwier dem Druck der Reaktion nach. So beklagte er am 30.6. vor der Katholischen Akademie in München "Realitätsferne und mangelnden Bezug zur Berufs- und Arbeitswelt" an den Schulen. Eine stärkere Ausrichtung der Unterrichtsinhalte an den Bedürfnissen der Kapitalisten kündigte er unumwunden an: z.B. bedeuteten "die neuen Anforderungen angesichts der technologischen Entwicklungen eine Herausforderung an die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer – aber ebenso an die sprachliche, politische und kreative Bildung".

Ende März hatte Schwier bereits eine neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die gymnasiale Oberstufe erlassen. Diese sieht unter anderem vor: Verstärkung der sogenannten Hauptfächer, erhebliche Einschränkung der Wahlmöglichkeiten, Verschärfung der Versetzungsbedingungen und Aufwertung von Religion auf Kosten gesellschaftswissenschaftlicher Fächer. Diese Hinwendung zu reaktionärer Bildungspolitik wurde vom Philologenverband und der CDU begrüßt.

Auch die Gesamtschule will Schwier zur "leistungsbetonten und leistungsfördernden Schule" umgestalten. Hier wird das Notensystem verschärft und die Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe erschwert. So müssen z.B. Haupt- und Realschüler in allen Hauptfächern mindestens "befriedigend" vorweisen, um in die Oberstufe zu gelangen; selbst Sport, Musik und Kunst sind versetzungswirksam. Nach Schwier's Plänen wird der Ausleseprozeß verstärkt und die Dreigliedrigkeit des Schulwesens – auch an den Gesamtschulen – vorangetrieben. Trotz Protesten des GEW-Landesverbandes, des DGB-Landesbezirks und der Landesschülervertretung hat Schwier die entsprechende Rechtsverordnung zum Schuljahresbeginn in Kraft gesetzt.

Quellenhinweis: "Neue Deutsche Schule" 11, 16/84 – (grr)



Selbständiges Arbeiten in der Schülerbibliothek – statt Drill

## Faschistische Aktivitäten

## FASCHISTEN DURCH GEGENWEHR IM ZAUM GEHALTEN, ABER NICHT ZERSCHLAGEN

Pinneberg. Oktober 1983 meldet das Pinneberger Tageblatt, Michael Kühnen als Organisationsleiter der ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten) habe in Pinneberg eine Kameradschaft gegründet mit zehn Schülern und Auszubildenden aus Pinneberg und Halstenbek. Der Aufbau erfolgte seit September. Die Mitglieder nahmen bereits an einer zentralen Kundgebung teil. In Hanau war eine Veranstaltung der AAR (Aktion Ausländerrückführung), unter deren Namen sich die ANS/NA am Wahlkampf in Hessen beteiligte. Weiter empfahl er seinen Kumpanen in Pinneberg zunächst Zurückhaltung, weil er sie nicht in Auseinandersetzungen mit Gegnern hetzen wollte. Lediglich ein Besuch einer Pinneberger Szene-Kneipe stand als "Flagge

wird eine Gaststätte in Dauenhof überfallen, ebenso ein Landjugendball; zwei Wohnwagen und ein Wochenendhaus werden total verwüstet, im August wird in Hörnerkirchen ein Tankwart niedergestochen und sein Bruder schwer verletzt — sie hatten gegen die Bokler ANS-Mitglieder Henning Wieckhorst und Chris Baumann ausgesagt; die ANS betreibt offenen Wehrsport mit uniformierten Märschen durch die Gemeinde; Schußwaffen werden gebraucht, Sprengkörper gezündet, in ein Elmshorner Waffengeschäft wird versucht einzubrechen; in Barmstedt wird ein Anschlag auf ein DKP-Büro verübt.

Wegen dieser Umtriebe bilden sich in Bokel/Barmstedt, Elmshorn und Wedel antifaschistische Arbeitskreise. Diese organisieren eine Unter-

Jahre 1980 verunglückt Henning Wieckhorst beim Bombenbasteln und wird inhaftiert. Auch Kühnen und Schwarz sind in Haft, so daß es in Bokel wieder ruhig wird.

Die Auflagen für Kühnen nach seiner Haftentlassung halten ihn keineswegs von weiteren Aktivitäten ab. Die Behörde in Hamburg, die über die Auflagen zu wachen hat, kümmert sich nicht um deren Einhaltung, auch nicht als diverse Anzeigen gegen Kühnen vorliegen. Eine solche Anzeige wird auch bei Bekanntwerden der Gründung der Pinneberger Kameradschaft von der VVN gestellt.

Im Kreis Pinneberg gibt es nach Bekanntwerden der Gründung verschiedene Aktivitäten gegen die ANS. Die DKP, VVN, Grüne, Volksfront, Jusos, BWK sowie Initiativen, wie die gegen Ausländerfeindlichkeit in Pinneberg, kommen zu Gesprächen zusammen und bilden ein kreisweites Antifaschistisches Bürgerkomitee. Eine Unterschriftensammlung für das Verbot der ANS/NA wird eingeleitet, worin auch Maßnahmen genannt sind, wie ein solches Verbot wirksam ausgestaltet wird. Verschiedene Veranstaltungen in Pinneberg und Elmshorn beschäftigen sich inhaltlich mit den Nazis. Die Tätigkeit der Pinneberger ANS bleibt darüber relativ beschränkt, während in Elmshorn Sympathisanten verschiedene Provokationen betreiben, da wird die Ausländerberatungsstelle beschädigt und Türken werden mit Gas beschossen.

In Pinneberg selbst werden Juso-Plakate mit ANS-Aufklebern verziert. Um die Kräfte in Elmshorn einzugruppieren, reist Kühnen dorthin und trifft sich mit Jugendlichen, im wesentlichen aus der Skin-Szene. Die hängen im Umfeld eines HSV-Fan-Clubs herum und betreiben Provokationen gegen Ausländer. Das Bürgerkomitee verfaßt zwei Faltblätter, die sich mit den Provokationen der Neonazis und deren Zielen beschäftigen und zum Thema Ausländerfeindlichkeit, welches ein Standbein der Politik der Neonazis ist. Im November wird in verschiedenen Orten des Kreises ein Aktionstag gegen die Nazis gemacht, dabei werden verstärkt Unterschriften zum Verbot gesammelt und die Reaktionäre angegriffen, die inhaltlich die Faschisten unterstützen.

Die Staatsschutzkammer der StA Flensburg stellt in dieser Zeit das Verfahren gegen die ANS/NA ein, welches die VVN beantragt hatte. Die Kammer behauptet in der Begründung, die NSDAP sei nicht durch das Bundesverfassungsgericht verboten



Am 28. Januar demonstrieren in Pinneberg ca. 300 Menschen. Dazu riefen auf VVN, Volksfront, DKP, BWK, Grün-Alternative Liste, Jusos und Initiativen.

zeigen" auf dem Programm.

Kühnens Aufbauaktivitäten haben im Hamburger Raum ungefähr 1976 begonnen. Der "Freizeitverein Hansa" und die ANS-Kameradschaft gehören zu diesen. In Hamburg selbst hat Kühnen in zunehmendem Maße Schwierigkeiten, ohne Blessuren in die Öffentlichkeit zu gehen. Eine Reihe militanter Antifaschisten sorgt dafür. So schreibt Kühnen im Organisationsorgan "Innere Front" 1983 darüber. Das ist ein Grund dafür, vor den Toren Hamburgs Kontakte zu pflegen. So knüpft sein Gefolgsmann Tibor Schwarz 1979 Verbindungen nach Bokel im Kreis Pinneberg. Er richtet sich dort ein "Hauptquartier mit Führerzimmer" ein. Die fünf Bokler Mitglieder entfalten in der Umgebung folgende Aktivitäten: Im April und August

schriftensammlung. 750 Unterschriften werden dem Kreistag übergeben. Am 18. November 79 findet in Bokel eine Demonstration mit Kundgebung statt, an der sich 400 beteiligen. Im Dezember 79 beginnt gegen fünf Bokler ANS-Mitglieder in Elmshorn ein Prozeß. Die Anklage lautet auf Raub, Diebstahl, Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Vergehen gegen das Waffengesetz. Das Urteil beschert ihnen Haftstrafen bis zu einem Jahr auf Bewährung. Der politische Hintergrund wird vom Gericht und der Staatsanwaltschaft Itzehoe bewußt ausgeklammert. Ein Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen Tibor Schwarz, Christian Worch (Kühnens stellvertretender Gauleiter in Hamburg) und andere wird von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Im

### "IN DEUTSCHLAND NIE FASCHISMUS GEGEBEN"

Auf der Kreistagssitzung am 9.5. überreichte das Antifaschistische Bürgerkomitee Pinneberg die Unterschriftensammlung, in der das Verbot aller faschistischen Organisationen und Propaganda gefordert wurde. 866 Menschen unterschrieben diesen Aufruf. Weiterhin wollte das Bürgerkomitee von den Fraktionen wissen, ob sie gewillt sind, strafrechtliche Maßnahmen gegen Neofaschisten zu ergreifen, faschistische Veranstaltungen durch das Kreisordnungsamt zu verbieten, alle im Kreis tätigen Organisationen zu verbieten und für eine antifaschistische Aufklärung zu sorgen.

Die Grünen bejahten als einzige Fraktion den ganzen Fragenkomplex und erklärten, das Komitee in seiner weiteren Arbeit unterstützen zu wollen. Die SPD verharmloste die Aktivitäten der Neofaschisten im Kreis und stellte fest, daß es primär Jugendliche und nicht Faschisten sind. Wie die FDP spricht sie sich gegen Verbote neofaschistischer Organisationen aus, um diese nicht aufzuwerten.

Der Kreisvorsitzende der CDU, Meyer, leugnete schlichtweg, daß in Deutschland in den Jahren 1933 bis 45 Faschismus herrschte. Besonders klug kam er sich vor, als er über das Wortspiel "Nationalsozialismus/Sozialismus = totalitäre Systeme" versuchte, das Ganze vom Tisch zu wischen. Notwendig sei lediglich, wie die CDU auf ihrem letzten Kreisparteitag beschlossen hatte, daß die Ju-

gendlichen verstärkt von ihren Eltern und Großeltern über den Nationalsozialismus aufgeklärt werden sollten.

Diesen Beschluß nahm sich Karl Wolke, Kreisabgeordneter aus Pinneberg, Vorsitzender im Kreisvertriebenenausschuß und im Landesvorstand der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen in der CDU, zu Herzen. Er veröffentlichte in Zusammenarbeit mit den Uetersener Nachrichten "als erster deutscher Zeitung" Teile aus der 1969 vom Bundestag in Auftrag gegebenen Dokumentation, die die "Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten" beschreibt. Wolke mischt in seiner Serie Vorfälle, die während des Krieges geschahen, munter mit denen der "Vertreibung", worunter ge-

wöhnlich die Aussiedlung Deutscher gemäß dem Potsdamer Abkommen verstanden wird, durcheinander. Frech erklärt er die Opfer des NS-Staates zu den Verbrechern.

Rolf Riesebieter, NPD, unterstützt durch Leserbriefe mit Überschriften wie "An Scheunentore genagelt" und "5000facher Tod im Meer" die Artikelserie. Als sich dann ein Leser gegen die Hetze Wolkes wendet, schreiben NPD-Riesebieter, CDU-Wolke und andere reaktionär-faschistischen Kräfte im Bunde dagegen. Wolke: "Fest steht jedoch, daß die an Deutschen begangenen Vertreibungsverbrechen den von Deutschen begangenen Naziverbrechen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht in nichts nachstehen." – (sip)



28. Jan., Demonstration in Pinneberg zum Jahrestag der Machtergreifung Hitlers und gegen die faschistischen Umtriebe im Kreis.

und von daher eine Nachfolgeorganisation wie die ANS nicht zu belangen. Die NSDAP ist durch die Alliierten verboten worden und das Urteil ist von der BRD bei Gründung übernommen worden. Das störte die Staatsanwälte in Flensburg aber nicht.

Kurz darauf erfolgt das Vereinsverbot der ANS/NA und AAR durch Innenminister Zimmermann. Kühnen hält sich zu der Zeit in Pinneberg auf, wo er mittlerweile sein Bundesbüro installiert hat. Dort bekommen er und der Pinneberger Kameradschaftsführer Mathias Pagel die Verbotsverfügung überreicht. In den Wohnungen werden einige Materialien beschlagnahmt. Das Vermögen ist ausdrücklich ausgeklammert. Nach der polizeilichen Vernehmung Kühnens und Pagels in Pinneberg kündigt Kühnen an, er werde eine neue Organisation aufziehen. Offenbar ist ihm die Wirkungslosigkeit der Zimmermannschen Verfügung klar, und er erklärt der anwesenden Presse: "Wir werden uns einen neuen Organisationsrahmen suchen." Das geht, weil in keiner Frage die Politik der ANS inhaltlich verboten ist.

Die ANS-Kameradschaften werden umbenannt. In Pinneberg nennt sie sich ab sofort "Antikommunistische Vereinigung". Das Organ "Innere Front" heißt ab dann "Neue Front".

Die Aktivitäten des Antifaschistischen Bürgerkomitees zielen auf eine Demonstration in Pinneberg am 28.1.. Daran beteiligen sich 300. Am 8.5. finden wiederum verschiedene Aktionen gegen die Neonazis statt, u.a. Filmveranstaltungen in Elmshorn und Uetersen. In Pinneberg wird eine Kundgebung in der Innenstadt abgehalten, bei der ein Nachbau eines Denkmals aufgestellt wird, welches nach dem Krieg errichtet und an die äußerste Ecke des Friedhofs verlegt wurde. Diese Aktion findet unter anderem das Interesse Pagels und seines Anhangs. Kühnen hat sich ja ins Ausland verzogen, um der Haft für andere Straftaten zu entgehen. So leitet Pagel die Kameradschaft allein. Am 16. Mai führt die VVN in Pinneberg eine Veranstaltung durch. Anlaß ist die Benennung eines neuen Jugendhauses nach den Geschwistern Scholl. Die Antikommunistische Vereinigung ver-

sucht, die Veranstaltung zu verhindern. Pagel rottet sich mit zwanzig Kumpanen und Schützenhilfe aus der Hamburger Skinhead-Elite dort zusammen und versucht einzudringen. Eine antifaschistische Telefonkette ist aber in der Zwischenzeit gebildet, und die darüber gerufenen Antifaschisten schützen die Versammlung. Die Polizei entfernt Pagel, und die Skins fliehen.

Die CDU und allen voran der schleswig-holsteinische Innenminister beteuern die Glorie des Verbots. Sie behaupten, die Neonazis wären zerschlagen, wogegen ihre wesentlichen Aktivitäten in Pinneberg nach dem Verbot liegen. So setzen sie provokativ den Namen des VVN-Vorsitzenden unter ein Mitteilungsblatt ihrer Kameradschaft. Ein Rahmenplan des Bürgerkomitees sieht jetzt die Fortsetzung verschiedener Aktionen bis zum nächsten 8. Mai vor.

Quellenhinweis: Pinneberger Tageblatt, Elmshorner Nachrichten, verschiedene Mitteilungen der VVN und des Antifaschistischen Bürgerkomitees. – (uw)



## STREIT UM URLAUBSGELDHÖHE

**München.** Der Metall-Unternehmerverband hat seine Mitglieder veranlaßt, die einmalige Ausgleichszahlung von 250 DM nicht in die Berechnung des Urlaubsgeldes mit einzubeziehen. Die IGM Bezirksleitung München hat in einer Antwort auf Anfragen aus Betrieben daraufhin dargelegt, daß dies den Vereinbarungen widerspricht. Der Manteltarifvertrag sieht für die Entscheidung Verhandlungen zwischen Unternehmensleitungen und Betriebsräten vor, bei keiner Einigung die Hinzuziehung der beiderseitigen Organisationsvertreter. (hwa)

## TARIKKOMMISSION TRITT ZUSAMMEN

Am 6. September beschließt die Große Tariffkommission (GTK) der Gewerkschaft ÖTV. Was die Forderung nach Einkommenserhöhung anbelangt, sind auf Betriebs-, Kreis- und Bezirksebene z.T. Forderungen beschlossen worden, die eine gute Grundlage für einen Streik darstellen würden. Bezirksvorstand Westberlin: 5,5%, mindestens 125 DM; Kreisverwaltung Hannover: 150-200 DM Festgeld; Braunschweig: 150 DM und 30 DM für jedes Kind;



Die US-Autoarbeitergewerkschaft UAW hat die Vorschläge der Ford- und GM-Kapitalisten für einen neuen Lohnvertrag abgelehnt. Die Kapitalisten hatten den derzeitigen Stundenlohn, der nach UAW-Angaben zwischen 14 und 16 \$ liegt, — die Kapitalisten verrechnen die Lohnnebenkosten und geben dann z.B. bei GM 21,80 \$ an — über die nächsten drei Jahre nicht erhöhen und Zahlungen, die einen Teil der Preiserhöhung ausgleichen, kürzen wollen. GM bot eine Zahlung im ersten Jahr von 600 Dollar pro Arbeiter, im zweiten Jahr von 300 Dollar an. Die UAW lehnt jede Kürzung des Inflationsausgleichs ab und fordert Tariflohn-erhöhungen. Am 14.9. laufen die Tarife aus. — (gba)

**Essen.** In der Essener Innenstadt demonstrierten Studenten des Ruhrkollegs gegen die Streichung des BAföGs für den "Ferienmonat" August. Ende August wurde an 12 von 15 Kollegs in NRW gestreikt. Am 30.8. fand eine zentrale Protestkundgebung in Bonn statt. In Dortmund protestierten Studenten des Westfalenkollegs auch auf einer FDP-Kundgebung mit Lambsdorff. Im Saarland haben die Kolleg-Studenten erreicht, daß die Landesregierung die Zahlung des BAföG für August übernimmt. — (wof)

**Dortmund:** 150 DM. Die meisten Beschlüsse fordern aber auch eine Verkürzung der Arbeitszeit, in der Mehrheit einen "Einstieg" in die 35-Stunden-Woche, in den selteneren Fällen eine Vorruhestandsregelung, manchmal auch beides. Selten wird klargestellt, daß Einkommensforderung und Arbeitszeitverkürzung nicht miteinander verrechnet werden dürfen, nie wird verfochten, daß die Einkommensforderung absolute Priorität hat. So ist der politische Handlungsspielraum des geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV für einen Abschluß, der Lohnsenkung bedeuten wird, weiterhin groß. — (kar)



## GHH WILL ZULAGEN VERRECHNEN

**Oberhausen.** In einem Aushang vom 3.8. erklärten die GHH-Kapitalisten, daß die übertariflichen Zulagen mit der Tarifierhöhung verrechnet werden. Der Betriebsrat der GHH Oberhausen hat darauf eine Betriebsversammlung für den 13.8. einberufen, die am 14.8. fortgesetzt wurde. Nach der Weigerung des Vorstandes zu verhandeln, führten die 2000 Beschäftigten am 14.8. einen Warnstreik zur Anerkennung der tariflichen Erhöhung durch. Die Belegschaft hat beschlossen, Überstunden zu verweigern, um eine Absicherung der Zulagen zu erzwingen. — (sma)

## JUNGHEINRICH GEGEN HAUSTARIF

**Hamburg.** In der zweiten Verhandlungsrunde am 29.8.84 um den Haustarif beim Gabelstaplerkonzern Jungheinrich wurden die Kapitalisten mit ihrem Nein erheblich präziser: Sie wollen auf keinen Fall mit der IG Metall einen Haustarif abschließen, sowenig wie sie in den Unternehmerverband einzutreten gedenken. Sie wollen frei bleiben in der effektiven Entlohnung ihrer Mitarbeiter. Wenn die IG Metall um die rechtliche Sicherheit der sozialen Rechte und materiellen Bezüge der Belegschaft fürchte, so sei die Konzernleitung gern bereit, noch einmal alle diese Leistungen einzelvertraglich abzusichern. Jungheinrich sei durchaus bereit, für schwere Arbeit, ältere Kollegen und die Qualifikation der Mitarbei-

ter "etwas zu tun". Nur: Tarifbindung eben nicht! Die nächste Verhandlung ist am 8.10.84. Der Vertrauenskörper der IGM bei Jungheinrich wird erstmal mit einer Unterschriftenkampagne kontern, um Kräfte zu sammeln. — (hel)

## MAD BESPITZELT DGB-ARBEIT

**Hannover.** Nach einer Flugblattaktion des Arbeitskreises Wehrpflichtige der DGB-Jugend vor einer Kaserne hat der MAD einen Wehrpflichtigen dieser Gruppe verhört. Er verlangte Informationen über den Arbeitskreis. Dabei wurde dem Wehrpflichtigen mit angeblichen Ermittlungsverfahren gegen ihn gedroht, frühere politische Tätigkeiten wurden ihm aufgezählt. Der von dem Wehrpflichtigen gemachten Beschwerde gegen die MAD-Beamten wurde insofern stattgegeben, "...daß ihre Befragung nicht entsprechend den einschlägigen Vorschriften gemacht wurde". — (rog)

## FRIEDENSLISTE KANDIDIERT IN NRW

Am 17.08.1984 hat ein Treffen von Vertretern der NRW-Unterstützerkreise der "Friedensliste" beschlossen, eine Kandidatur zu den Landtagswahlen in NRW am 12.05.1985 anzustreben. Die Versammlung wertete das Abschneiden der Liste bei den Europawahlen als Erfolg, der ausgebaut werden soll. Auf der Versammlung wurde vorgeschlagen, die "Friedensliste" zu einer "Liste für Frieden und Arbeit" zu erweitern. — (clm)



**IG Chemie-Gewerkschaftstag****IM VERGLEICH MIT 1980 NUR WENIG  
ANTRÄGE GEGEN SCHICHTARBEIT**

In dieser Woche (vom 2. bis 8. September) findet in Westberlin der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik statt. Dokumentiert werden soll hier die Antragslage zur Politik der Gewerkschaft gegen die Schichtarbeit. Hatten noch 1980 zahlreiche Anträge konkrete Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Schichtarbeit gefordert und die Bezahlung der Kosten durch die Kapitalisten verlangt, so fällt in diesem Jahr auf, daß allein schon die Vielfalt der Anträge verloren gegangen ist. Bedenkt man, daß zwischen den beiden Gewerkschaftstagen das Projekt PROSA – eine Befragung von über 5000 Schichtarbeitern – zu Ende geführt wurde und mit dem Ergebnis der Befragung viel belastendes Material gegen die Schichtarbeit zu Tage gefördert wurde, dann bedarf die heutige Lage einer Erklärung. Eine mögliche Erklärung liegt darin: Der Hauptvorstand hat die Kritik an der Tarifpolitik des letzten Jahrzehnts auf folgenden Punkt gebracht: Man hätte höhere Bezahlung für Schichtarbeit verlangt, nicht aber Ausgleich für die gesundheitliche Belastung (siehe Leitantrag des Hauptvorstands). Tatsächlich hat aber der Fehler darin gelegen, daß die IG Chemie die Ausdehnung der Schichtarbeit überhaupt zugelassen und durch den Manteltarifvertrag abgesegnet hat. Daran soll auch der diesjährige Gewerkschaftstag nichts ändern.

Wir dokumentieren im folgenden eine Reihe von Anträgen an die Gewerkschaftstage der IG Chemie-Papier-Keramik aus den Jahren 1980 und 1984:

**Anträge an den Gewerkschaftstag 1980:**

246 / Humanisierung der Arbeit: "– Zusätzliche Erleichterungen für Schicht- und Nachtschichtarbeiter. – Reduzierung der Nachtschichten auf maximal 6 Stunden."

255 / Einführung eines Belastungspasses für alle Arbeitnehmer in der chemischen Industrie: "Der Hauptvorstand wird beauftragt, die erforderlichen Schritte zur Einführung eines Belastungspasses für die Arbeitnehmer in der chemischen Industrie, die ... besonderen gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt sind (z.B. der Schichtarbeit), einzuleiten."

267 / Neues Arbeitszeitgesetz: "... Der Gesetzgeber wird aufgefordert, endlich das Arbeitszeitgesetz zu verabschieden. Dabei sollen folgende Schwerpunkte Berücksichtigung finden: ... 4. zeitliche Beschränkungen und begleitende Schutzvorschriften für Wechselschichtarbeiter, insbesondere für Nachtarbeit."

335 / Rentenalter für vollkontinuierliche Schichtarbeiter: "Der Hauptvorstand wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß Arbeitnehmer, die mindestens 15 Jahre in vollkontinuierlicher Schicht gearbeitet haben, mit dem 55. Lebensjahr Altersruhegeld beziehen können. Die Unternehmer haben dafür die Versicherungsbeiträge an die Rentenversicherungsträger zu erhöhen."

349 / Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen für die sozialversicherungsfreien Zuschläge: "Der Hauptvorstand soll sich bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, daß der Arbeitgeber für alle sozialversicherungsfreien Arbeitnehmer einkommen den vollen Beitragssatz (jetzt 18%) an die Rentenversicherung abführt."

363 / Schichtuntauglichkeit als Berufskrankheit: "Der Hauptvorstand wird aufgefordert, daß Schichtuntauglichkeit bei Schichtgängern, die mindestens 20 Jahre im Schichtdienst gearbeitet haben, als Berufskrankheit anerkannt wird."

464 / Schichtarbeit: "Reduzierung der Schichtarbeit auf das unbedingt notwendige Maß. Abschaffung der 12-Stundenschichten / Mitbestimmung des Betriebsrats bei Schichtbesetzungen / Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit."

**Anträge an den Gewerkschaftstag 1984**

J 1 / Spezielle Tarifbestimmung für Schichtarbeiter (Leitantrag des Hauptvorstands): "Schichtarbeit ist aus der Sicht der IG Chemie-Papier-Keramik nur aus prozeß- oder verfahrenstechnischen sowie aus sicherheitstechnischen Gründen tolerierbar."

Schichtarbeit, die ausschließlich aus betriebswirtschaftlichen Beweggründen durchgeführt wird, ist abzulehnen.

Im Organisationsbereich der IG Chemie sind in vierjähriger Forschungsarbeit im Rahmen des Projekts "Schichtarbeit" (PROSA) Probleme der Schichtarbeit untersucht, Seminar-konzeptionen entwickelt und Ansätze zur Humanisierung der Schichtarbeit diskutiert worden.

Schichtarbeit bringt für die betroffenen Arbeitnehmer erhebliche gesundheitliche Gefahren und gesellschaftliche Nachteile.

In den zurückliegenden Jahren wurde versucht, die Belastungen der Schichtarbeit finanziell abzugelten. Als ein Ergebnis bleibt festzuhalten, daß die Verringerung der gesundheitlichen Risiken von Schichtarbeit und der Ausgleich von gesellschaftlichen Nachteilen nicht durch Zuschläge erreicht werden kann. Es sind tarifliche Regelungen erforderlich, wie:

– Abbau personeller Unterbesetzungen, – Abbau von Belastungen an den Arbeitsplätzen, – Arbeitszeitverkürzung im Schichtbetrieb, – Maßnahmen des Gesundheitsschutzes, – arbeitnehmerorientierte Schichtplangestaltung, – Ausstiegsregelungen für ältere Schichtarbeiter.

Alle Betriebsräte sind aufgefordert, die Regelungen der Manteltarif- und Rahmentarifverträge konsequent anzuwenden."

J 1 / Flexible Arbeitszeiten (Leitantrag des Hauptvorstands): "Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung existieren in den Betrieben als Schichtarbeit, als gleitende Arbeitszeit, als Teilzeitarbeit und als Saisonarbeit. Die IG Chemie-Papier-Keramik lehnt weitere Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung, wie z.B. Job Sharing ... als tarifliche Arbeitszeitregelungen ab. Die Einführung dieser flexiblen Arbeitszeitmodelle würde lediglich den Unternehmern einen einseitigen Vorteil verschaffen.

In den Tarifverträgen ist festzuschreiben, daß nur die tarifvertraglich vorgesehenen Arbeitszeitformen verwandt werden." (Die Antragskommission empfiehlt Annahme beider Anträge)

J 22 / Ergänzungsantrag zum Antrag J 1: "Die im Programmpunkt 'Spezielle Tarifbestimmungen für Schichtarbeiter' geforderten tariflichen Regelungen sind um folgende Punkte zu erweitern:

1. Reduzierung der Schichtarbeit auf das unbedingt notwendige Maß. 2. Abschaffung der 12-Stunden-Schicht. 3. Verkürzung der Schichtdauer für teil- und vollkontinuierliche Wechselschichtarbeit mit entsprechendem Lohnausgleich. 4. Erhöhung der Pausenzeiten in der täglichen Schichtarbeitszeit." (Antragskommission empfiehlt: erledigt durch Annahme von J 1)

J 23 / Gleichstellung von teilkontinuierlichen und vollkontinuierlichen Schichtarbeitern: "Der Gewerkschaftstag soll die Gleichstellung der teilkontinuierlichen und vollkontinuierlichen Wechselschicht zu einem der Ziele der Tarifpolitik der IG Chemie machen." (Es wird Ablehnung empfohlen)

D 13 / Verkürzung der Lebensarbeitszeit – Sonderregelungen für Schichtarbeiter: "Der Hauptvorstand wird aufgefordert, in Erkenntnis der 4jährigen Forschungsarbeit im Rahmen des Projekts Schichtarbeit und in Anlehnung an die Anträge 308 und 312 des 11. ordentlichen Gewerkschaftstags gemeinsam mit anderen Gewerkschaften bei der Bundesregierung eine Sonderregelung zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit für Schichtarbeiter zu fordern. Die Anspruchsvoraussetzungen sollen von Fachleuten unter arbeitsmedizinischen, humanen und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten entwickelt werden." (Es wird Annahme empfohlen) – (güt)

## Hinterbliebenenrente

### EINE ETAPPE ZUR NORMALISIERUNG DER RENTE MIT ZUVERDIENST?

Die Reform der Hinterbliebenenversorgung wurde im Jahre 1975 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Aufgabe erklärt, weil absehbar war, daß das traditionelle Leitbild der Familie durch die zunehmende lohnabhängige Erwerbstätigkeit der Frauen überholt wurde. Das Urteil stellte aufgrund dieser Entwicklung eine Benachteiligung des Witwers im Recht der Hinterbliebenenversorgung fest.

Obwohl dieser förmliche Anlaß zu einer Reform der Hinterbliebenenversorgung der Sozialversicherung also die Behandlung der Witwer zum Problem erklärte, wurde das BVG-Urteil in der öffentlichen Diskussion jedoch zum Anlaß für Vorstellungen zur besseren Altersversorgung der Frauen. Dies war (und ist) begründet durch die elend niedrigen Rentenansprüche, die lohnabhängige Frauen nach dem bestehenden Rentenrecht aufgrund niedriger Löhne und geringerer Versicherungszeiten haben. Selbst in Verbindung mit Witwenrenten erreichen diese Rentenbezüge in vielen Fällen noch nicht einmal die Höhe der Sozialhilfssätze.

Vorgeschlagen wurde – und von den im Bundestag vertretenen Parteien mit heute eher geringfügig erscheinenden Modifizierungen angenommen – das "Teilhabemodell". Dieses Modell sah als Hinterbliebenenrente eine Rente in Höhe von 70% der gemeinsamen Ansprüche vor bei Garantie der Höhe der eigenen Rentenansprüche. Außerdem sollten die eigenen Rentenansprüche der Frauen durch die Anrechnung von Erziehungsjahren für Kinder als Versicherungszeiten verbessert werden. Dies wurde erklärte Absicht der Reformgesetzgebung, obwohl nachweisbar war, daß mittels der vorgesehenen Regelungen von einer Verbesserung der Lage der Sozialrentnerinnen mit Niedrigrenten bloß sehr eingeschränkt und bei bestimmten Bedingungen die Rede sein konnte, während in nicht wenigen Fällen sogar Rentenkürzungen zu befürchten waren.

Bereits in der Regierungserklärung

von 1980 ließ Schmidt eine verbindliche Festlegung auf Werte zur Reform der Hinterbliebenenversorgung fallen. 1981/82 drangen Überlegungen aus dem Arbeitsministerium an die Öffentlichkeit, man könne dem Urteil des BVG ja auch dadurch gerecht werden, daß man den unbedingten Anspruch der Witwen auf Witwenrente ersetze durch die entsprechende für Witwer gültige Regelung des bedingten Anspruchs auf Witwenrente: d.h. die Anspruchsberechtigung der Witwe wäre von dem Nachweis abhängig geworden, daß der verstorbene versicherte Ehegatte den Hauptbeitrag zum Familienunterhalt erbracht hatte.

Mit seinem in den Hauptzügen nebenstehend dokumentierten "Modell" knüpft Blüm an diese Überlegungen an:

– Die Herstellung gleicher Ansprüche an die Hinterbliebenenversorgung wird abhängig von der Höhe des eigenen Erwerbs- oder "Erwerbserstatteinkommens" des hinterbliebenen Ehegatten. Das bedeutet: für die Bezieher von Kleinstrenten (meistens Frauen bzw. Witwen) ist eine Verbesserung ausgeschlossen.

– Frauen bzw. Witwen haben nach dem Modell von Blüm in jedem Falle diese Reform zu finanzieren. Die Einführung des "anrechnungsfähigen Einkommens" des Berechtigten (1986 bei Inkrafttreten soll der Freibetrag des Einkommens ca. 900 DM betragen) hat zur Folge eine Minderung ihrer Gesamtrentenansprüche gegenüber dem gegenwärtigen Recht, sofern ihr eigenes (Renten)Einkommen diesen Betrag von ca. 900 DM überschreitet.

– Finanziert wird also die Gewährung von unbedingten Witwenrenten von den versicherten Frauen, deren eigene Rentenansprüche allmählich an die der versicherten Männer heranreichen ("Kostenneutralität").

Jedoch ist diese Einführung von "anrechnungsfähigem Einkommen" oder "Rente nach Bedarf" entsprechend Sozialfürsorge-, BAFöG- oder Wohngeldregelungen bloß ein Teil der Reform. Von Bedeutung sind weiterhin:

1. die Tatsache, daß Zusatzversorgungssysteme (öffentlicher Dienst, betriebliche Altersversorgung) ausdrücklich von der Anrechnung ausgenommen werden. Für die Beamtenpensionen ist erstmals gesetzlich mit der vorgesehenen Freistellung von 35% von der Anrechnung eine entsprechende Aufteilung in Grundversorgung und Zusatzversorgung getroffen;
2. die Tatsache, daß Einkünfte aus Vermögen, privater (Lebens-) Versicherung und Kapital ebenfalls grundsätzlich von der Anrechnung befreit sind.

Diese gesetzlichen Fixierungen haben grundsätzlich Bedeutung, denn zum ersten Mal wird hier in Gesetzesform gegossen, was als "Drei-Säulen-Theorie" der Altersversorgung seit Jahr und Tag die Forderung von Versicherungskapital, Banken und der ganzen Kapitalistenmeute gegen die Sozialversicherung ist. Danach soll die Rente auf eine "Grundsicherung" gestützt werden, von der man ohne Zusatzversorgung ("2. Säule") und private Vorsorge im Sinne der Lebensversicherung ("3. Säule") allein ein Auskommen nicht finden kann.

In dieser Hinsicht wirkt der Entwurf also direkt durch die Schaffung neuer Beurteilungsmaßstäbe der Rentenpolitik: nämlich welchen Ansprüchen sie zu genügen hat. Ist aber einmal klar gestellt, daß zur gesetzlichen Alterssicherung auch noch der "Eigenbeitrag" geboten ist, so folgt doch zwingend auch die Umkehrung dieses "Gebots privater Vorsorge": Wo der Versicherte es daran hat mangeln lassen, muß er diese "Sorglosigkeit" während seines Lebens eben bezahlen durch den Zwang zum Zuverdienst im Alter. Dafür würde der Blümsche Entwurf erstmals im Rentenrecht denn auch Anrechnungsgrenze und -verfahren zur Verfügung stellen.

Diese Beurteilung ergibt sich freilich nur aus dem Zusammenhang der Rentenpolitik und muß also auch in diesem Zusammenhang weiter erörtert werden. Aber auch wenn man seinen Blick auf Blüms Entwurf unmittelbar beschränkt: Wie soll man es aufnehmen, daß sich der DGB direkt für den "Grundsatz" ausspricht mit Hinweis ausgerechnet auf den "Schutz niedriger Renten", nachdem die Notwendigkeit ihrer Hebung das Interesse dieser Diskussion vor knapp zehn Jahren bestimmte? – (haj)

#### Aus der Presseerklärung des DGB

"Mit Blüms Modell zur Reform der Hinterbliebenenversorgung im Grundsatz einverstanden – aber Zeiten der Kindererziehung gehören unabhängig dazu ... Dieser Vorschlag von Arbeitsminister Blüm vermeidet nach Ansicht des DGB viele Nachteile anderer derzeit diskutierter Modelle, die eine Reform der Hinterbliebenenversorgung allein auf dem Rücken der erwerbstätigen Frauen vorsehen ... Die von Arbeitsminister Blüm vorgesehene Einkommensanrechnung mit Anrechnungsfreibeträgen sei eine bessere Lösung als Modelle der Teilhaberrente mit

einem zu niedrigen Prozentsatz, weil sie eine zusätzliche soziale Komponente enthält. Eigene Renten unter dem Anrechnungsfreibetrag bleiben – anders als bei Teilhabermodellen – von der Anrechnung völlig verschont; für Frauen mit solchen kleinen Renten bliebe es dadurch praktisch beim derzeit geltenden Recht. Damit sei ein wirksamer Schutz für einen großen Teil der Frauen vor tiefgreifenden Verschlechterungen geschaffen – ein Ergebnis also, das sich durchaus sehen lassen kann ..." (Auszug aus dem Nachrichtendienst des DGB vom 2. August 1984)

## Dokumentation

**BLÜMS ENTWURF: "HINTERBLIEBENENRENTE MIT FREIBETRAG"**

**1. Der Grundsatz:** Bisher galt für Witwen der unbedingte Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente, für Witwer jedoch nur ein bedingter Anspruch. Das BVG hatte 1975 verlangt, bis zum Ende der übernächsten Legislaturperiode für eine Gleichstellung von Männern und Frauen in der Hinterbliebenenversorgung zu sorgen. Der unbedingte Anspruch von Witwen ist in RVO § 1264 bestimmt:

"Nach dem Tode des versicherten Ehemannes erhält seine Witwe eine Witwenrente."

Für Witwer gilt RVO § 1266:

"Witwerrente erhält der Ehemann nach dem Tode seiner versicherten Ehefrau, wenn die Verstorbene den Unterhalt ihrer Familie überwiegend bestritten hat."

Blüms Diskussionsentwurf stellt nun die Witwer den Witwen gleich: Der § 1266, also die Regelung der bedingten Witwerrente, soll gestrichen werden. Dem § 1264 (s. o.) soll folgende Bestimmung angefügt werden:

"Nach dem Tode der versicherten Ehefrau erhält ihr Witwer eine Witwerrente."

**2. Der "Freibetrag":** Der im Grundsatz unbedingte Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente im Falle des Todes des versicherten Ehegatten wird ein paar Paragraphen weiter jedoch mit einer neuen und allgemeinen Bedingung versehen: die Erfüllung des Anspruch wird von dem vorhandenen eigenen Einkommen des Berechtigten abhängig gemacht. Dies sieht der neu entworfene § 1281 im Absatz 1 mit folgendem Wortlaut vor:

"Trifft eine Witwenrente oder eine Witwerrente oder eine Rente nach § 1265 mit Erwerbseinkommen oder Erwerbsersatzeinkommen des Berechtigten im Sinne von § 18 a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch zusammen, ruht die Rente in Höhe von 40 vom Hundert des Betrages, um den das nach den §§ 18 a bis 18 e des Vierten Buches Sozialgesetzbuch ermittelte monatliche Einkommen den Freibetrag übersteigt. Der Freibetrag beträgt monatlich 3,3 vom Hundert der jeweils geltenden allgemeinen Bemessungsgrundlage (§ 1255 Abs. 2). Für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni eines Jahres ist jeweils die allgemeine Bemessungsgrundlage des vorausgegangenen Kalenderjahres maßgebend."

Alternativ wird folgender Satz angefügt: Der Freibetrag erhöht sich für jedes Kind des Berechtigten (§ 1262 Abs. 2 und 3) monatlich um 0,7 vom Hundert der nach Satz 2 und 3 maßgebenden allgemeinen Bemessungsgrundlage."

In der Begründung heißt es zu der "Alternative": "Die Staffelung des Freibetrags nach der Zahl der Kinder ist familienpolitisch motiviert; dem erhöhten Bedarf derjenigen überlebenden Ehegatten, die Kinder haben, soll dadurch Rechnung getragen werden, daß sich der Freibetrag um 0,7 vom Hundert der allgemeinen Bemessungsgrundlage je Kind erhöht. 0,7 vom Hundert entspricht bei Inkrafttreten des Gesetzes einem Betrag von ca. 200 DM. Dieser orientiert sich an dem Mindestunterhaltsbedarf ehelicher Kinder und lehnt sich im übrigen an § 12 a Wohngeldgesetz an, wonach sich der Einkommensfreibetrag pro Kind ebenfalls um 200 DM erhöht ... Es handelt sich bei dieser Regelung nicht um eine "Leistung des Familienlastenausgleichs", die nach den Grundsätzen der Rentenversicherung als Fremdleistung vom Bund zu tragen wäre."

**3. Das zu berücksichtigende Einkommen:** In das Vierte Buch des Sozialgesetzbuches soll ein neuer Abschnitt mit entsprechenden Regelungen eingefügt wer-

den. Für die "Art des zu berücksichtigenden Einkommens" § 18 a: "(1) Bei einer Witwenrente oder Witwerrente oder einer Hinterbliebenenrente an frühere Ehegatten sind als Einkommen zu berücksichtigen

1. Erwerbseinkommen und

2. Leistungen, die auf Grund oder in entsprechender Anwendung öffentlich-rechtlicher Vorschriften erbracht werden, um Erwerbseinkommen zu ersetzen (Erwerbsersatzeinkommen), mit Ausnahme von Zusatzleistungen.

(2) Erwerbseinkommen im Sinne des Absatzes 1 sind Arbeitsentgelt, Arbeitseinkommen und vergleichbare Einkommen.

(3) Erwerbsersatzeinkommen im Sinne des Absatzes 1 sind

1. das Krankengeld, das Verletztengeld, das Versorgungskrankengeld, das Mutterschaftsgeld, das Übergangsgeld, das Unterhaltsgeld, das Kurzarbeitergeld, das Schlechtwettergeld, das Arbeitslosengeld, das Konkursausfallgeld und vergleichbare Leistungen,

2. Renten der Rentenversicherung einschließlich der Altershilfe für Landwirte wegen Berufsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit oder Alters, ...

3. die Verletztenrente der Unfallversicherung, soweit ...

4. das Ruhegehalt und vergleichbare Bezüge aus einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis ...

5. das Unfallruhegehalt und vergleichbare Bezüge ...

6. Renten der öffentlich-rechtlichen Versicherungs- und Versorgungseinrichtungen bestimmter Berufsgruppen wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit oder Alters,

7. der Berufsschadensausgleich nach dem Bundesversorgungsgesetz ...

(4) Als Zusatzleistungen im Sinne des Absatzes 1 gelten Leistungen der öffentlich-rechtlichen Zusatzversorgungseinrichtungen sowie bei Leistungen nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 der Teil, der auf Steigerungsbeträgen aus Beiträgen der Höherversicherung beruht."

**4. Die "Höhe des zu berücksichtigenden Einkommens":** Auch in dem Umfang, in dem die verschiedenen Einkommen herangezogen werden, soll differenziert werden. Die entsprechenden Absichten formuliert als § 18 b:

"(1) Maßgebend ist das monatliche Einkommen ...

(2) Als monatliches Einkommen gilt bei Erwerbseinkommen das Jahreseinkommen des letzten Kalenderjahres vor dem Jahr, in dem das Einkommen zu berücksichtigen ist, geteilt durch die Zahl der Kalendermonate, in denen es erzielt wurde. (...)

(5) Treffen Erwerbseinkommen und Erwerbsersatzeinkommen in dem für die Bestimmung des Einkommens maßgebenden Monat zusammen, sind sie zusammenzuzählen (...)

(6) Das monatliche Einkommen ist zu kürzen

1. bei Erwerbseinkommen um 35 vom Hundert, bei Bezügen aus einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis oder aus einem Arbeitsverhältnis mit Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen und bei Einkommen, das solchen Bezügen vergleichbar ist, jedoch nur um 25 vom Hundert,

2. bei Leistungen nach § 18 a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, die nach den Vorschriften der knappschaftlichen Rentenversicherung berechnet sind, und bei Leistungen nach § 18a Abs. 3 Satz 1 Nr. 6 um 25 vom Hundert,

3. bei Leistungen nach § 18 a Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 und 5 um 35 vom Hundert.

Die übrigen Leistungen sind um die Hälfte der hierauf entfallenden Beiträge zur Sozialversicherung und zur Bundesanstalt für Arbeit zu kürzen, soweit der Leistungsträger die Beiträge nicht allein trägt; dies gilt auch für freiwillig und nicht Versicherte."

Quelle: "Diskussionsentwurf zur Neuordnung der Hinterbliebenenrenten", veröffentlicht mit Begründung im August 1984 vom BM für Arbeit und Sozialordnung.

## Taschenbücher

LITERATUR UND SACHBÜCHER ÜBER  
DIE VERHÄLTNISSE IN DER TÜRKEIEINZELSCHICKSALE  
IM MITTELPUNKT

Die Erzählungen "Ein Kind im Fegefeuer" von Zülfü Livaneli beschreiben Einzelschicksale von türkischen Personen, die unter dem faschistischen Terror in der Türkei und den Verhältnissen in der BRD leiden: Ein türkisches Kind besucht die westdeutsche Schule. Ein Textilarbeiter verbirgt sich bei einem Dichter vor der türkischen Polizei. Ein türkischer Antifaschist flüchtet über die BRD nach Schweden. Ein Student sucht Unterschlupf in der türkischen Provinz. Eine türkische Ehefrau besucht ihren Mann in einem westdeutschen Gefängnis. Ein arbeitsloser Mann gerät in die Spitzendienste der Polizei. Ein Vertreter in der Türkei träumt, ein wohlhabendes Leben zu führen.

Der Autor Zülfü Livaneli ist als Komponist und Chansonsänger bekannt. Dieser künstlerische Werdegang ist seinen Geschichten deutlich anzumerken. Er stellt die Gefühle seiner Hauptpersonen in den Mittelpunkt und leitet daraus ihr Handeln ab, trotzdem sind die Erzählungen interessant. Der Autor greift die Verhältnisse in der BRD an. Gefühlsbeschreibungen über "die grünen, feuchten, sengsreich gepflegten Wiesen und die Flüsse Deutschlands" hätte sich der Autor ersparen können. (Ararat-Verlag, Westberlin, 18 DM – jöd)

ERZÄHLUNG AUS  
DER TÜRKEI

In 22 kurze Episoden gegliedert beschreibt Bekir Yildiz, gelernter Schriftsetzer und vier Jahre als Arbeiter in der BRD, die Reise eines Autobusses durch die Türkei. Die Begegnungen und Erlebnisse des Ich-Erzählers mit den Mitreisenden dienen als Rahmenhandlung, um das Leben der armen und arbeitenden Klassen nachzuzeichnen, die Menschen zu zeigen in dem Widerspruch zwischen dem eige-

nen Elend und dem "Fortschritt", dem die ausländischen, namentlich die westdeutschen Kapitalisten, das Land unterworfen haben und der nur neue Formen der Ausbeutung mit sich bringt. So diskutieren die Busfahrer leidenschaftlich über die Vorzüge der Magirus-Busse, um gleichzeitig die hohe Zahl schwerer Unfälle festzustellen, die zustande kommen, weil die Busunternehmer ihre Fahrer anpeitschen und verheizen.



Zeichnung (güv)

Oder über die Reisenden heißt es: "Ein Motor mit 180, 200, 220 PS erregt ihre Sehnsucht nicht mehr. Seit langem wären sie damit zufrieden, wenn statt des Mercedes je ein Backofen voll Brot vor ihnen stünde." Yildiz' Sprache ist so karg wie manche Gegend, die er beschreibt und so ärmlich wie die Menschen. Er verwendet insbesondere kurze, abgehackte, fast gequälte Sätze ohne Attribute und Adjektive, oft nur schwer zu durchschauende Gedankenzusammenhänge. Diese Sprache verleiht dem Inhalt zusätzliche Schärfe, ja Brutalität. Die Erzählung ist ein unpathetischer Aufruf zum Klassenkampf, einem Kampf, dessen Logik sich aus der nüchtern-distanzierten Mitleidlosigkeit der Beschreibung zwingend ergibt.

Bekir Yildiz: Topkapi-Harran einfach; Harran-Verlag 1983, türkische Erstausgabe 1972 – (Mak)

GEDICHTAUSWAHL  
NAZIM HIKMETS

Der türkische Dichter Nazim Hikmet lebte von 1902 – 1963. Er starb im Exil. Der Kommunist Hikmet war von 1938 bis 1950 in türkischen Gefängnissen inhaftiert. Auf Grund des weltweiten Protestes mußte er amnestiert werden. Die vorliegende Gedichtauswahl des Buntbuch-Verlages bringt einen kleinen Querschnitt seiner Gedichte aus der Zeit von 1924 bis 1963. Die Gedichte sind Beiträge zur Stärkung des Kampfes, nicht nur der türkischen Arbeiter und Bauern, für den Sozialismus. Er schreibt: "Das Schicksal ... des Lebens ... wird an einem Morgen anders sein, an einem Morgen, wenn sie sich aus dem Dunkeln, sich mit ihren schweren Händen auf die Erde stützend, aufrichten werden." Warum aber Hikmet über die Verantwortlichkeit für den "Terror auf dieser Welt" formuliert: "Du bist wie ein Schaf, Bruder, ... du bist daran Schuld ... Nein, dies zu sagen, wäre Unrecht, aber dein Anteil an der Schuldfrage ist ziemlich groß, Bruder", ist nicht verständlich. Daß das Problem der weltanschaulichen Sicherung der Herrschaft der ausbeutenden über die ausgebeuteten Klassen und das Verständnis der historisch entwickelten materiellen Bedingungen dieser Herrschaft auf den Weg einer Klärung gebracht sind, wenn die Schuldfrage der Ausbeuteten erhoben wird, ist nicht ersichtlich. (Nazim Hikmet, Leben! Einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald. Gedichte. Buntbuch-Verlag, 1983. DM 14 – gba)

ILLUSTRIERTE UND  
WIRKLICHKEIT

Die Autorin, die Türkin Sevgi Soysal, hat das Buch "Tante Rosa" 1968 veröffentlicht. Es erzählt die Geschichte einer Frau, die ein Leben führen möchte, wie es im Familienwochenblatt "Unter uns" geschildert wird, und die dann immer wieder aus ihren Träumen aufwachen muß, weil die Realitäten anders sind. So liest sie in der Illustrierten, daß Königin Victoria die Herzen ihrer Untertanen

und der Kavallerieeinheit erobert, weil sie im Reisdreß erscheint. Tante Rosa beschließt also, Kunststretterin zu werden. Sie wird aber vom Zirkusdirektor zum Stallausmisten eingeteilt. Später wird sie bei ihrem ersten Liebeserlebnis schwanger und heiratet, um ihre "Ehre nicht zu beschmutzen". Erst in der Ehe, als sie anfängt, mit ihrem Mann ungewollt zu schlafen, geht ihr auf, was eine "ehrbeschmutzte Frau" ist. Sie verläßt Mann und Kinder, muß ihr Geld selbst verdienen und schlägt sich so recht und schlecht durch, immer von den Träumen aus "Unter uns" begleitet. Schließlich stirbt sie armselig und einsam. Das Buch ist assoziativ geschrieben, geht von Gefühlen aus und beschreibt die Lebensverhältnisse nicht genau, man weiß z.B. nicht, wo die Handlung spielt, trotzdem ist es realistisch geschrieben. (Sevgi Soysal, Tante Rosa, Buntbuch-Verlag, Hamburg – eve)

EIN ILLEGALER  
AUSLÄNDER

Aras Ören, 1939 in Istanbul geboren, lebt seit 1969 in Kreuzberg, Westberlin. Er veröffentlichte mehrere Gedichtbände und erhielt 1980 den Förderpreis des BDI. In seiner ersten Kriminalerzählung legt er dar, wie die Hoffnungen eines illegal eingereisten Türken zertreten werden. Am Weihnachtstag ertränkt sich der Mohammedaner Ali Itir im Landwehrkanal. Sein Freund zu Hause hatte ihn gewarnt: "In die Scheiße hat uns dieses Deutschland gebracht ... Nicht nur die, die hinfahren, sondern auch die, die hierbleiben, werden daran gemessen, was dort eine Persönlichkeit ist." Angeklagt ist die BRD, wenn Ören auch schildert, wie die Leute aus Alis Nachbarschaft ihr Teil zu seiner Verzweiflung beitragen. Frau Gramke, die gesehen hat, wie der Rentner Kutte von seinem Hund zu Fall gebracht wurde und im Schnee liegenblieb, schweigt, als Ali, der ihm aufhelfen wollte, verdächtigt wird, den Alten überfallen zu haben. Sie schweigt aus Rache, weil Kutte sie nach dem Krieg, als sie Trümmerfrau



und er Aufseher war, gedemütigt hatte. Ihre Tochter Brigitte, die nach einem Weg sucht, wie sie von zu Hause weg kommen kann und sich dem fremden Türken angeboten hatte, verleumdet ihn bei der Polizei. Durch die Wiedergabe der Gedanken dieser Leute in Ich-Form sucht Ören Verständnis für die Lage der kleinen Leute zu wecken, die nach seiner Darstellung ausweglos ist, weil sie nicht begreifen, warum sich ihre Träume nicht erfüllen. (Aras Ören, Bitte nix Polizei, Fischer TB 5767, 5,80 DM – anl)

### UMTRIEBE DER IMPERIALISTEN

R. Werle untersucht in seinem Buch die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei nach dem Machtantritt der Militärjunta 1980. In einem historischen Überblick berichtet er von vergeblichen Bemühungen der türkischen Bourgeoisie, eine nicht von den Imperialisten abhängige Wirtschaft aufzubauen. Dennoch kommt er zu dem Schluß, daß türkische Großbourgeois und aus-

sches Kapital ist z.B. zu entnehmen, daß die westdeutschen Imperialisten 1980 den größten ausländischen Kapitalanteil besaßen. (R. Werle, "Modell" Türkei – ein Land wird kaputt saniert, Junius-Verlag, Hamburg 1983, 18.- DM – uld)

### GRAUE WÖLFE IN ISLAMISCHEN ZENTREN

Das Buch "Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine" ist im wesentlichen informativ. Es wird ein guter Überblick über die Struktur und Aktivitäten von Islamischen Kulturzentren, -vereinen usw. gegeben. Die führende Position der MHP-Faschisten in diesen Zentren wird nachgewiesen. Der Gebrauch der islamischen Ideologie zur Förderung von Rassismus und Chauvinismus durch Koranschulen wird dargestellt. Die Unterstützung der Faschisten durch die BRD wird u.a. an den Bemühungen der nordrhein-westf. SPD-Regierung um Anerkennung der Islamischen Kulturzentren (bis zu 80% der Führungskader sind MHP-Mit-

## Deutsch-französische Rüstungszusammenarbeit MILITÄRISCHE INFORMATIONEN ÜBER BOSCH

Nach Angaben des Friedensforschungsinstituts SIPRI rückte die BRD 1983 auf den vierten Platz im weltweiten Waffengeschäft. 1982 hatte die BRD Waffen im Wert von 284 Millionen US-Dollar exportiert.

Der offizielle Rüstungsanteil bei Bosch ist im Verhältnis zu Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), Siemens, Thyssen und MAN gering. Doch gerade bei Bosch zeigt sich, wie unter dem Mantel ziviler Produktion militärische Kapazitäten aufgebaut werden.

1982 erfolgte die Umstrukturierung des Bosch-Konzerns vom führenden Automobilzulieferer zum führenden Anbieter in der Nachrichtentechnik gerade unter nationalen Gesichtspunkten. Die AEG-Geschäftsbereiche, die sich mit militärisch interessanten Gebieten wie Telekommunikation und Radar befaßten, wurden mit maßgeblicher Beteiligung der Bundesregierung dem Bosch-Konzern zugeschoben. Das Bundeskartellamt in Berlin verhinderte den Aufkauf dieser Bereiche durch die US-amerikanische SEL/ITT-Gruppe, die weltweit in der Nachrichtentechnik tätig ist. Damit avancierte Bosch zum zweitgrößten westdeutschen Elektronik-Konzern hinter Siemens. Die Früchte solcher Umstrukturierungen zeigen sich jetzt.

Es geht um den Aufbau einer europäischen Rüstungsindustrie, die es den EG-Ländern ermöglichen soll, selbständig Kriegspolitik zu treiben. Wurden 1982 die nationalen Kapazitäten in der Telekommunikation zusammengefaßt, so sollen jetzt 1984 die Kapazitäten im Panzerbau und Flugzeugbau durch Fusion von MBB und Krauss-Maffei zusammengefaßt werden. Bei MBB sind neben anderen auch Siemens und Bosch Gesellschafter. Von einer solchen gesicherten nationalen Basis kann dann sehr gut die deutsch-französische Kooperation in der Rüstungsindustrie forciert werden, wie dies die WEU am 12.6.84 festgelegt hat.

Der Satellitenbau hat hervorragende militärische Bedeutung. Verschiedene Tochterfirmen von Bosch wie Tel-dix Heidelberg (Navigationsanlagen für Satelliten), ANT Backnang (Nachrichtensysteme für Rundfunk-Satelliten) und Bosch-Geschäftsbereiche in Berlin (Elektronik, Funkgeräte) und Darmstadt (Fernsehanlagen) befassen sich damit.

Innerhalb kürzester Zeit kann die Zivilproduktion auf Rüstungsproduktion umgestellt werden, heute schon beträgt im Werk Backnang der Rüstungsanteil offiziell 10%, das Werk gehört zum militärischen Sicherheitsbereich. Wie es zum Beispiel einer Dieseleinspritzpumpe oder einer Lichtmaschine erst im Endstadium der Lackierung anzusehen ist, ob sie militärischen oder zivilen Zwecken dient, so entsprechend verhält es sich beim Satellitenbau. Eine der Forderungen der WEU-Konferenz im Juni war denn auch, die 'Weltraumprogramme der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) für die Formulierung einer westeuropäischen Sicherheitspolitik zu nutzen.' Die direkten Auswirkungen der Rüstungsproduktion auf die Arbeitsbedingungen der Arbeiter zeigen sich beispielhaft im Bosch-Werk Feuerbach: Seit Ausbruch des iranisch-irakischen Krieges muß in den Werkstätten im 10-Stundenschichtbetrieb gearbeitet werden, um der Nachfrage nach schweren Dieseleinspritzpumpen für Schwerlastwagen und Panzer nachkommen zu können. Protest der Arbeiter gegen die Überzeit wurde bislang unterdrückt mit dem Hinweis, daß mit Beendigung des Krieges auch die Überstunden aufhören würden. Kurz nach Tarifabschluß wurde auf Dreischichtbetrieb umgestellt, die Geschäftsleitung spricht von einem sagenhaften Aufschwung der Pumpenproduktion.

Die Militärproduktion ist die eine Seite von Bosch. Die andere Seite ist die politische Einflußnahme, die durch die Bosch-Stiftung erfolgt. Diese Stiftung hat einen 'Arbeitskreis für deutsch-französische Zusammenarbeit' durch



Textilarbeiterin in der Türkei

ländische Kapitalisten in einem gleichberechtigten Bündnis die Herrschaft über die Türkei ausüben. Anhand von zahlreichen, sonst schwierig zugänglichen Materialien enthüllt Werle, wie die westdeutschen Imperialisten direkt und über den Internationalen Währungsfonds (IWF) in der Türkei eingreifen, um selber den größten Profit aus der Ausbeutung und Ausplünderung der türkischen Arbeiter und Bauern zu ziehen. Seiner Aufstellung über ausländi-

glieder) als öffentlich rechtliche Anstalten, an der Kooperation der CDU/CSU mit MHP-Funktionären im "Deutsch-Türkischen Freundschaftsverein", an der Kooperation der Christlichen Gewerkschaftsverbände mit den Grauen Wölfen gegen die DGB-Gewerkschaften nachgewiesen. (Hoffmann/Oplatzki/Solmez, Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine, Kleine Bibliothek Pahl-Rugenstein 234, 12,80 DM – sma)

kräftige Finanzierung ermöglicht, wo Politiker aus dem Verteidigungsministerium zusammen mit Managern von MBB und Dornier und anderen die stärkere europäische Ausrichtung der Rüstungskon Kooperation beraten. Erstmals traf sich die 40-bis 50köpfige Projektgruppe im Februar dieses Jahres. Außerdem hat die Bosch-Stiftung einen neuen Förderungsschwerpunkt aufgenommen: Die Verstärkung der deutsch-amerikanischen Beziehungen, 'um der Gefahr der Entfremdung zwischen den heranwachsenden Generationen beider Länder zu begegnen.'

Für Bundesminister Wörner ist diese Sache, nämlich die Herausforderung auf dem geistigen Gebiet, die größte, schwierigste und bedeutendste Herausforderung. Die Stiftungskonstruktion erlaubt es dem Bosch-Konzern, fern jeder öffentlichen Kontrolle auch auf diesem politischen Gebiet finanzkräftig das NATO-Bündnis zu stärken – zur Mehrung des eigenen Profits.

Quellenhinweise: Geschäftsbericht d. Robert-Bosch-Stiftung 1982/83. 'Wehrtechnik' 2/84. Dokumente d. WEU, Juni 84, aus: Politische Berichte 13/84. – (ros)

## Hochschulpolitik in Baden-Württemberg

### "DIE MASSE STEHT DER KLASSE IM WEG"

Die allein regierende baden-württembergische CDU hatte Ende der siebziger Jahre die Diskussion um eine grundsätzliche Umkämpfung der Hochschullandschaft begonnen und auch frühzeitig erste Schritte – z.B. in der Forschungsförderung – eingeleitet. Im März 1983 stellte der CDU-Abgeordnete Sailer, Berichterstatter für das Wissenschaftsministerium, anlässlich der Haushaltsdebatte im Stuttgarter Landtag fest, daß die "Qualität der Hochschulausbildung wie der Forschung" nicht mit der "Quantität der Absolventen und der Höhe des Mitteleinsatzes ... Schritt gehalten" habe; "die Masse steht der Klasse im Weg" (1). Wer meint, solchen Auffassungen hätten die seit den sechziger Jahren in Baden-Württemberg regierenden Konservativen schon immer angehangen und nur aufgrund der bundesweit durch die sozialliberale Koalition betriebenen Bildungspolitik nicht durchsetzen können, irrt. Noch 1977 hatte der damalige Ministerpräsident Filbinger zur Entwicklung der Hochschulpolitik erklärt, "die Massenuniversität stelle nicht nur eine ... Begleiterscheinung dar, sondern sei bildungspolitisch gewollt und ... unverzichtbar, weil anders das Vorwärtsdrängen in Technik und Wissenschaft nicht zu bewältigen sei" (2).

Eine Neuorientierung in der Hochschulpolitik wurde notwendig, weil seit Ende der siebziger Jahre die Kapitalistenverbände verstärkt darauf drängten, daß jetzt endlich auf Grundlage "geöffneter" Hochschulen die segensreichen Wirkungen marktwirtschaftlicher Konkurrenz unter Studenten, Wissenschaftlern und Hochschulen in Gang gesetzt werden sollte, um die Ressourcen für die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft endlich voll ausschöpfen zu können. "Nach Ansicht der Bundesvereinigung (der Deutschen Arbeitgeberverbände) ist ... die Wiederbelebung des Leistungsprinzips an Schule und Hochschule eine maßgebliche Voraussetzung für eine gerechte Auswahl der Studenten und zugleich für die Sicherung der Qualität im Bildungswesen" (3). Zu bekämpfen seien Maßnahmen, wonach die Absolvierung einer Hochschule eine relativ einheitliche Ausbildung für eine spätere Berufstätigkeit darstelle, die der Staat auch noch finanziell fördere; stattdessen seien "Differenzierung" und "Wettbewerb" vonnöten.

"Qualität statt Quantität" hieß denn auch der Nenner, auf den die baden-württembergische CDU auf ihrem Bildungspolitischen Kongreß 1982 – auf dem ein erstes Fazit der hochschulpolitischen Debatte gezogen und mit der Verabschiedung von "Leitthesen" einer "Hochschulpolitik

für die achtziger Jahre" entscheidende Festlegungen getroffen wurden – die weitere Marschrichtung brachte. "Wir brauchen nicht immer mehr, sondern immer bessere Hochschulabsolventen und Hochschullehrer." Keine Frage, woran die gewünschte "Qualität" zu messen ist: an der Fähigkeit, die "Konkurrenzfähigkeit der heimischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu steigern".

Um diesem Grundsatz die notwendige Geltung zu verschaffen, sollte den "Spielregeln der Marktwirtschaft" zur Geltung verholfen und darauf geachtet werden, daß das Studium "von Anfang an planvoll und zielgerichtet" betrieben wird. Dem Studienbewerber müsse klar gemacht werden, daß "die Aufnahme des Studiums für ihn nicht nur eine Chance, sondern auch ein erhebliches Risiko" bedeute, weil ein Anspruch auf Beschäftigung entsprechend der vollzogenen Ausbildung nicht bestehe. Stattdessen hat der Student das Recht, sich über Prüfungen "Ungeeignetheit" bescheinigen zu lassen: "Ich frage mich, ob es nicht besser ist, diese in der Tat streßgeplagten jungen Leute (weil sie den Anforderungen nicht gerecht werden) durch frühzeitige Prüfungsanforderungen vor einem Weg zu warnen, der weder ihnen noch der Gesellschaft Nutzen bringt" (4).

Eine rethorische Frage, wie sich in der Folgezeit herausstellen sollte. Insbesondere die Zwischenprüfungen liegen den Konservativen dabei am Herzen: "Die Hochschulen (müssen) durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, daß die Studenten ihre Zwischenprüfungen zu den in den Prüfungsordnungen festgelegten Zeitpunkten auch tatsächlich ablegen ... Die Zwischenprüfungen (tragen) auch zu einer erwünschten Straffung des Studiums bei."

Dieser Straffung wird seit zwei Jahren mit der Verschärfung der Zwischenprüfungsordnungen, insbesondere durch die Einführung von Benotungen, wo dies bislang nicht der Fall war, Rechnung getragen, sowie durch die Änderung der Studienordnungen. Ein Beispiel hierfür ist die von der Landesregierung noch für dieses Jahr geplante Änderung der Juristenausbildungsprüfungsordnung, mit der über die Ausweitung des Pflichtfachkatalogs, der Einschränkung der Wahlfachgruppen, der Einführung neuer Leistungsnachweise erreicht werden soll, "daß Studium und Vorbereitungsdienst auf das Wesentliche konzentriert werden und daß die Prüfungen dieser Konzentration Rechnung tragen" (5).

Schnell soll die Masse der Studenten studieren, "denn auf die Universität und auf die Hochschulen gehören nicht diejenigen, die Tutoren brauchen, weil sie kein Buch zu lesen gelernt haben und schließlich durch Vereinsamung Schaden nehmen" (6). Als segensreich in diesem Zusammenhang erweist sich auch die zunehmend elendere materielle Lage der Studenten, mit der die baden-württembergische Landesregierung ganz gezielt "ordnungspolitisch" operiert: "Auch eine Verbesserung der sozialen Lage der Studenten durch Aufstockung der laufenden Programme für die Studentenwerke und für die Studentenwohnheime kommt nach Abwägung der Wichtigkeit anderer Aufgaben nicht in Be-



tracht: unser primäres soziales Anliegen ist es, den befähigten Studenten eine Chance im Studium zu geben."

Die Landesregierung hatte sich frühzeitig für die inzwischen durchgeführte Umstellung des BAföG auf Vollدارlehen stark gemacht und laut über die Einführung von Studiengebühren nachgedacht – ein Vorschlag, der sich jetzt im Maßnahmenkatalog für die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes wiederfindet, wenn auch in modifizierter Form.

Der Differenzierung des Studiums nach unten entspricht eine solche in die andere Richtung. Als heiligste Pflicht gegenüber der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft betrachtet die Landes-CDU die Pöppelung der "Hoch- und Spitzenbegabungen". In den "hochschulpolitischen Leitthesen" heißt es dazu: "Die Hochschulen sollten sich... bemühen, die Voraussetzungen dafür zu verbessern, daß auch die ganz besonders Leistungsfähigen bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gefördert werden." Dazu hat die Landesregierung 1984 ein "Graduiertenförderungsgesetz" in den Landtag eingebracht, das rechtzeitig zum Wintersemester 84/85 in Kraft treten soll. Es sieht vor, daß Graduierte statt Darlehen Stipendien (1 200 DM/Monat) erhalten. Voraussetzung für eine solche Förderung ist eine "weit überdurchschnittliche" Qualifikation in der bereits abgeschlossenen Hochschulausbildung; es gehe damit nicht darum, "soziale Härten auszugleichen, sondern besonders Begabte zu fördern" (7). Weitere Maßnahmen betreffs Förderung von "Spitzenbegabungen" hat Ministerpräsident Späth in seiner Regierungserklärung im Juni dieses Jahres angekündigt.

Als vorbildlich kann auch der Kurs der Landesregierung in Bezug auf die von den Kapitalisten geforderte Differenzierung der Hochschullandschaft gelten. Insbesondere die Unternehmerforderung nach einem "anwendungsorientierten Profil" der Fachhochschulen betrachtet die Landesregierung als mustergültig erfüllt: Eine "hervorragende Zusammenarbeit zwischen Fachhochschulen und Industrie" konstatierte Wissenschaftsstaatssekretär Schneider in diesem Zusammenhang. Über Praxissemester der Studenten in den Betrieben, Sachspenden und Leihgaben der Kapitalisten an die FH's (und umgekehrt), sowie aufgrund der Tatsache, daß Studenten ihre Diplomarbeiten im Auftrag der Industrie durchführen, sei eine "praxisnahe Ausbildung" gewährleistet.

Dazu verfügt die Landesregierung seit 1982 über eine bundesweit einmalige Einrichtung: die Berufsakademie. Dabei handelt es sich um den FH's gleichgestellte Schulen, in denen an bislang acht Orten in Baden-Württemberg Betriebswirte, Ingenieure und Sozialpädagogen ausgebildet werden. Für Kapitalisten und Regierung weisen sie vielfältige Vorteile auf: Eine finanzielle staatliche Förderung entfällt, weil die Absolventen gleichzeitig für billiges Geld in Betrieben arbeiten. Die Personalausgaben für die Akademien reduzieren sich auf ein Minimum, weil 80% der Lehrtätigkeiten von Uni-, FH- und Berufsschullehrern in Nebentätigkeit wahrgenommen werden. Die Ausbildungszeit beträgt nur drei Jahre; schon nach zwei Jahren wird ein Teil der Absolventen über einen ersten "berufsqualifizierenden Abschluß" herausgesiebt.

Schließlich wirken Land und beteiligte Kapitalisten an der "Festlegung der Ausbildungsziele gleichberechtigt" mit. Nach Aussagen des Instituts der Deutschen Wirtschaft entsprechen die Berufsakademien in hervorragender Weise den Anforderungen der Unternehmerverbände nach einem "hochdifferenzierten Bildungsangebot", um den "vielfältigen Ansprüchen der Wirtschaft ... gerecht" zu werden (8).

In der Entwicklung der Forschungspolitik nimmt Baden-Württemberg den Ruf für sich in Anspruch, bundesweit an der Spitze zu stehen – nicht zu Unrecht. Bei der Verbarmachung von Hochschulforschung für Kapitalisteninteressen hat die Landesregierung tatsächlich Spitzenleistungen vollbracht. Im Bereich der Drittmittelforschung hat das Land als erstes den Vorstoß unternommen, diese von staatlichen Instituten oder privaten Stiftungen finanzierte Forschung jeglicher öffentlicher Kontrolle zu ent-



ziehen. So muß seit 1983 Drittmittelforschung nicht mehr über die öffentlichen Haushalte des Landes abgewickelt werden. "Drittmittel sind für die Universitätsforschung ein wichtiges Element für die Sicherung und Stärkung ihrer Qualität; denn sie müssen eingeworben werden und sind deshalb ein Instrument des Wettbewerbs" (9).

Als solches Instrument fungiert auch das "flächendeckende Netz" von Technologieberatungsstellen, mit dem Einrichtungen und Personal insbesondere der Fachhochschulen interessierten Kapitalisten direkt zugänglich gemacht werden. Bezweckt wird eine schnellere und, weil vom Land finanziert, für die Kapitalisten billigere Umsetzung "vorhandener Forschungsergebnisse" in "marktfähige Produkte". Zur Förderung und Koordinierung des Technologietransfers hat Ministerpräsident Späth Anfang 1983 eigens einen Landesbeauftragten bestellt. Führend ist Baden-Württemberg auch im Aufbau sog. Technologieparks bzw. -fabriken. Finanziell unterstützt durch Land und Kommune werden in unmittelbarer Nähe der Universitäten "junge technologieorientierte Unternehmen ... mit den sich daraus ergebenden Kooperationsmöglichkeiten" angesiedelt. Landesregierung und Kapitalisten versprechen sich davon insbesondere eine Verkürzung der Übertragungszeiten von Forschungsergebnissen in die Produktion unter Nutzung der Universitätsinfrastrukturen. Schon errichtet wurde ein solcher Technologiepark in Heidelberg, weitere sind in Stuttgart, Karlsruhe und Konstanz geplant.

Die "konsequente Förderung von zukunftsweisenden Forschungsbereichen" wird finanziert durch den Abzug von Mitteln aus der Lehre und den geisteswissenschaftlichen und lehrerausbildenden Fächern. Die Senkung der Lehrplanstellen des Landes, die Übernahme von mittlerweile nur noch 20% der Lehramtsabsolventen in den Schuldienst, die Zwangsschrumpfung "unattraktiver" Fachbereiche, die Schließung von bislang drei Pädagogischen Hochschulen und die jetzt beginnende "Fächerkonzentration", mit der örtlich ganze Fachbereiche dicht gemacht werden sollen, zeigt, wie Späths Aussage auf dem Bildungspolitischen Kongreß zu verstehen ist, wonach Bildungspolitik heute darin bestehe, "Opfer zu bringen".

Quellenhinweise: (1) Mitteilungen über Wissenschaft und Kunst (MWK), herausgegeben vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg 4/83; (2) Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, 17.02.77; (3) der arbeitgeber, herausgegeben von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 24/82; (4) MWK 4/83; (5) Nachrichten, Analysen, Protokolle, Herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik 25.02.84; (6) MWK 4/83; (7) Stuttgarter Zeitung vom 16.12.83; (8) der arbeitgeber 24/83; (9) Staatsanzeiger vom 16.07.83. Alle anderen Zitate aus: Unserer Jugend die Zukunft öffnen. Bildungspolitische Leitlinien für die 80er Jahre, CDU Baden-Württemberg. – (jüg)

## Westliche Imperialisten gegen die RGW-Staaten

## MIT WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN UND BOYKOTT SOLL DER RGW GESPALTEN WERDEN

Die "Wirtschaftsberatung der Mitgliedsländer des RGW auf höchster Ebene", die vom 12. bis 14. Juni in Moskau stattfand und an der die Staats- und Ministerpräsidenten der zehn RGW-Staaten teilnahmen, hat u.a. eine Deklaration über "Die Erhaltung des Friedens und die internationale ökonomische Zusammenarbeit" beschlossen. Die Staaten des RGW appellieren darin an die kapitalistischen Staaten, auf jede Art von Wirtschaftsrieg zu verzichten.

### Gründung des RGW – Reaktion auf den Wirtschaftskrieg

Tatsächlich sind alle Staaten, in denen das Privateigentum an Produktionsmitteln weitgehend abgeschafft wurde und die sich dem imperialistischen Einfluß entzogen, seit ihrer Gründung einem dauernden Wirtschaftskrieg durch die westlichen Imperialisten ausgesetzt. Mit besonderem Haß sind die Imperialisten dabei gegen alle jene Zusammenschlüsse der nicht-kapitalistischen Staaten vorgegangen, die dazu nützten, den Subversionsversuchen der Kapitalisten standzuhalten.

Direkt nach dem zweiten Weltkrieg hatten die US-Imperialisten mit Unterstützung der europäischen Imperialisten versucht, einzelne Volksdemokratien in Osteuropa in den "Marshall-Plan" einzubeziehen und so die Einhaltung kapitalistischer Wirtschaftsgrundsätze zu erzwingen. Die Volksrepublik Bulgarien, die CSSR, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die ungarische Volksrepublik und die UdSSR schlossen sich daraufhin im RGW zusammen. Sie erklärten im Gründungskommunique:

"Die Konferenz hat ... festgestellt, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens sowie einiger anderer westeuropäischer Staaten dem Sachverhalt nach einen Handelsboykott gegen die volksdemokratischen Länder und gegen die UdSSR verhängt haben, weil es diese Länder ablehnen, sich dem Diktat des Marshallplans zu unterwerfen, da dieser Plan die Souveränitätsrechte der Länder sowie die Interessen ihrer nationalen Wirtschaft verletzt.

Unter Berücksichtigung dieser Sachlage hat die Konferenz über die Frage der möglichen Organisation einer breiteren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den volksdemokratischen Ländern und der UdSSR beraten."

Später schlossen sich dem RGW die Volksrepublik Albanien, die 1962 ihre Mitgliedschaft kündigte, die DDR, die Mongolische Volksrepublik, die Repu-

blik Kuba und die Sozialistische Republik Vietnam an. Jugoslawien hat seit 1964 ein Assoziierungsabkommen mit dem RGW abgeschlossen und nimmt an den Konferenzen teil. Verschiedene asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Länder sind Beobachter bei den Konferenzen des RGW. Der RGW hat Kooperationsabkommen mit Finnland, dem Irak und Mexiko vereinbart.

Nicht erörtert werden soll hier, welche Wirkungen die Gründung des RGW auf die inneren Verhältnisse und die Beziehungen seiner Mitgliedsländer untereinander hatte. Soviel steht fest, daß die starken Unterschiede im Grad der Industrialisierung, in der Fächerung der Produktpalette und im Anteil der Menschen im arbeitsfähigen Alter trotz gegenseitigen Nutzens zu besonderen Abhängigkeiten der

schwächeren Länder von dem entwickeltsten Land, der UdSSR, führten.

Die US-amerikanischen Imperialisten und die europäischen Imperialisten beschlossen einen Wirtschaftsboykott gegenüber dem RGW, der sich auf alle für strategisch wichtig erachteten Waren erstreckte. Gleichzeitig bemühten sie sich, durch Unterstützung reaktionärer Kräfte in den RGW-Staaten einzelne Staaten aus dem Bündnis herauszubrechen und Vorwände zum militärischen Eingreifen zu schaffen. (1) Aber sowohl der Wirtschaftsboykott wie auch die Subversionspolitik erwiesen sich als insgesamt erfolglose Mittel, die revolutionären Umwälzungen rückgängig zu machen, auch wenn z.B. der vollständige Boykott, den die Vereinigten Staaten über Kuba verhängten, ernsthafte Störungen in der kubanischen

### ROHSTOFFLIEFERANTEN FÜR DIE IMPERIALISTEN

Daß die Imperialisten die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und für Rohstoffe diktieren können und diese äußerst schlecht bezahlen, ist eine lange und schmerzliche Erfahrung der Staaten der Dritten Welt. Auch die Staaten des RGW mußten in den vergangenen Jahren diese Erfahrung machen. Die unten abgedruckte Tabelle zeigt, daß ihre Lieferungen an die Imperialisten bereits 1970 zu über 50% aus solchen Waren bestanden. 1980 waren sogar zwei Drittel ihrer Lieferungen an die Imperialisten Nahrungsmittel oder Rohstoff-

fe. Auch wenn die Staaten des RGW von dieser Sorte Export nicht so abhängig waren und sind wie die Staaten der Dritten Welt: Abhängigkeiten entstehen bei dieser Sorte Handel stets, und am (Preis-)Drücker sitzen die Imperialisten. In den Besitz modernster Maschinerie sind die Staaten des RGW auf diese Weise nur teilweise gekommen. Gleichzeitig aber wurden sie Schuldner, und die Kalkulation, diese Schulden durch erhöhte Industriegüterausfuhr zu bezahlen, ging nicht auf. Ein planmäßiger Wirtschaftsaufbau wurde so schwer geschädigt. Alles Gründe für die Staaten des RGW, den Handel mit den Imperialisten zu verringern.

**Exporte und Importe der RGW-Staaten  
mit den imperialistischen Staaten**  
1970 und 1980, in Mio. US-Dollar und nach Hauptwarengruppen

		Total	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
UdSSR	1970	2716	4,5%	25,9%	27,7%	2,7%	5,3%	18,9%
Export	1980	26981	0,9%	10,7%	71,3%	2,6%	2,7%	8,4%
UdSSR	1970	2872	8,0%	6,8%	0,2%	9,9%	39,1%	35,3%
Import	1980	24265	21,7%	4,1%	0,5%	12,5%	26,3%	34,1%
RGW*	1970	4246	23,4%	13,5%	9,6%	7,0%	11,5%	35,8%
Export	1980	20480	12,9%	8,9%	21,4%	9,1%	14,1%	33,9%
RGW*	1970	4066	11,6%	10,3%	2,0%	13,0%	31,0%	31,5%
Import	1980	22347	16,9%	8,4%	2,4%	16,4%	27,8%	27,3%

\* europäische RGW-Staaten ohne UdSSR

(1) Nahrungs- und Genußmittel, (2) Rohstoffe, ohne Brennstoffe, (3) Brennstoffe, (4) chemische Erzeugnisse, (5) Maschinen, Transportmittel, (6) andere Industriewaren

Quelle: UN, Statistical Yearbook 1981, S. 894f.

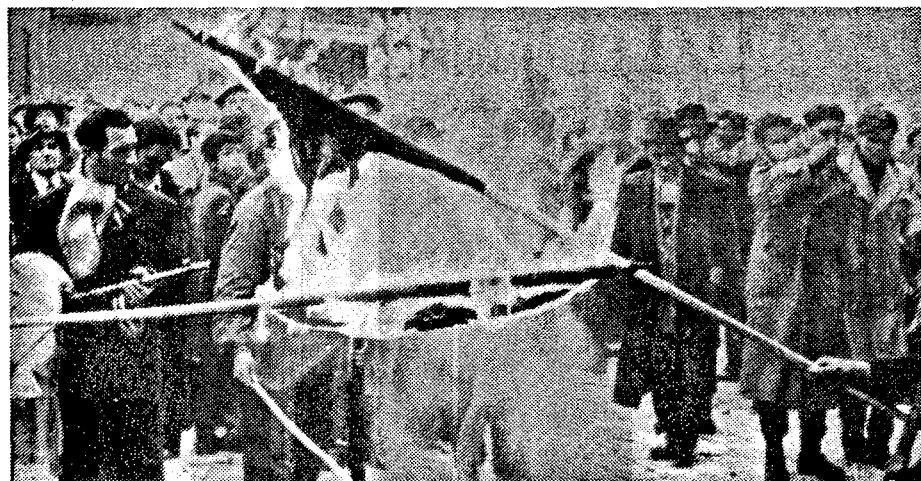


Wirtschaft verursachte. Die US-amerikanischen Imperialisten waren die ersten, die Ende der 50er Jahre neue Möglichkeiten erörterten, ihren konterrevolutionären Bestrebungen in Osteuropa zum Durchbruch zu verhelfen. Brzezinski, damals Beamter im US-Außenministerium, nahm die unter Chruschtschow im RGW geführte Debatte um Reformen zum Anlaß, eine Strategie über die Entfaltung von Wirtschaftsbeziehungen zu den einzelnen RGW-Staaten zu entwickeln. Ziel dieser Wirtschaftsbeziehungen sollte das Aufweichen von RGW und Warschauer Pakt mit dem schließlich Herausbrechen einzelner Staaten aus diesen Bündnissen sein. In Westeuropa begannen in den 60er Jah-

Wirtschaftspläne unter den RGW-Staaten berücksichtigt werden konnte. Auf ihrer Konferenz im Juni dieses Jahres erklärten die RGW-Staaten wiederum ihren Wunsch nach vertraglichen Beziehungen mit der EWG.

Obwohl dieser Wunsch auch eine förmliche Anerkennung der EG als selbständige Institution enthält, sind die EG-Staaten nicht bereit, mit dem RGW Beziehungen aufzunehmen, die eine Anerkennung des RGW als selbständige Wirtschaftsorganisation einschließen.

Die EG reagierte auf die Bestrebungen des RGW mit eigenen Vertragsentwürfen. Verhandlungsführer auf Seiten der EG waren der damalige westdeutsche EG-Kommissar Hafer-



Konterrevolutionäre Umtriebe in Ungarn 1956 – von den Imperialisten gefördert. (Bild: Reaktionäre verbrennen rote Fahnen)

ren Erörterungen über eine "neue Ostpolitik", vorangetrieben von den französischen und westdeutschen Imperialisten.

### "Wandel durch Handel" – um den "Ostblock" aufzuweichen

Die Imperialisten in der EG erweiterten ihre Handelsbeziehungen zu den osteuropäischen Staaten und gaben Kredite zur Finanzierung des Handels. Ihre Kalkulation war von Anfang an, durch Handels- und Kreditbeziehungen die Wirtschaftsplanung der RGW-Staaten zu beeinflussen. Dabei war ihnen wohl bekannt, daß durch die seit 1971 verstärkt zentralisierte und aufeinander abgestimmte Planung der einzelnen RGW-Staaten Erschütterungen und unplanmäßige Wirtschaftsentwicklungen in einem RGW-Staat Einfluß auf alle Mitgliedstaaten des RGW haben. Die Imperialisten in der EG lehnten jegliche Versuche des RGW ab, zu einer vertraglichen Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen RGW und EG zu kommen.

1974 wünschten die RGW-Staaten erstmals die Aufnahme von förmlichen Beziehungen zwischen EG und RGW mit dem Ziel, eine für alle RGW-Staaten gleiche Regelung der Kredit- und Handelsbeziehungen zu erreichen, die bei der Abstimmung der

kamp und der westdeutsche Botschafter in Moskau. Alle EG-Vorschläge gingen davon aus, nicht mit dem RGW, sondern mit den einzelnen Mitgliedsländern des RGW Verträge über Wirtschaftsbeziehungen abzuschließen. Der weitestgehende veröffentlichte Vorschlag der EG sah für die Beziehungen zwischen EG und RGW lediglich Informationsaustausch über Statistik, Umwelt etc. vor und enthielt in Artikel 5 die Feststellung:

"Die Parteien widmen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich der harmonischen Entwicklung des Handels auch künftig ganz besondere Aufmerksamkeit. In dieser Hinsicht wird anerkannt, daß der Abschluß von Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und jedem einzelnen Mitgliedsland des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zur Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Ausweitung des Außenhandels beitragen wird."

Damit stellen die EG-Staaten klar: Sie beanspruchen die Anerkennung der EWG als selbständige, vertragsfähige Rechtspartei im Verkehr mit den RGW-Staaten. Sie verlangen das Recht, jedem einzelnen RGW-Mitgliedsland als Block, eben als EG, gegenüberzutreten zu können, und sprechen zugleich den RGW-Staaten ein

### RGW ZUM WIRTSCHAFTS-KRIEG UND ZUR EG

Auszüge aus der Deklaration des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 15. Juni 1984:

"Die Erhaltung des Friedens und die internationale ökonomische Zusammenarbeit"

"Die herrschenden Kreise der USA sind bestrebt, auch die internationalen Wirtschaftsbeziehungen für ihre politischen Ziele zu mißbrauchen. Unter Verletzung der allgemein anerkannten Normen der zwischenstaatlichen Beziehungen brechen sie getroffene Vereinbarungen, organisieren eine Handels-, Kredit- und technische Blockade, greifen zu verschiedenen Methoden des Drucks, zu Embargo und 'Sanktionen' – und dies sogar im Handel mit Nahrungsgütern – gegenüber denjenigen Ländern, die ihre drängenden Forderungen und ihr Diktat ablehnen. Sie versuchen, eine solche Linie ihren Verbündeten und auch anderen Staaten aufzuzwingen ...

Aus der Praxis des internationalen Zusammenlebens müssen jegliche Methoden der ökonomischen Aggression, wie Anwendung oder Androhung von Embargos, Boykott, einer Handels-, Kredit- oder technologischen Blockade, verbannt werden ...

Die Mitgliedsländer des RGW ... wenden sich gegen die Hochzinspolitik und befürworten die Normalisierung der Bedingungen für die Gewährung und Ausreichung von Krediten, damit diese Bedingungen ... nicht als Mittel des politischen Drucks und der Einmischung in innere Angelegenheiten mißbraucht werden können ...

Die Mitgliedsländer des RGW sprechen sich für die aktivere Nutzung der potentiellen Möglichkeiten für die Entwicklung der kommerziellen Zusammenarbeit mit kapitalistischen Staaten sowie deren Betrieben und Firmen aus ...

Die Mitgliedsländer des RGW treten für die Herstellung gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zwischen dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und ökonomischen Organisationen entwickelter kapitalistischer Länder und Entwicklungsländer ein. In diesem Zusammenhang bekräftigen sie ihre Bereitschaft zum Abschluß eines diesbezüglichen Abkommens zwischen RGW und EWG, um damit die weitere Entwicklung der zwischen den Mitgliedsländern dieser Organisationen bestehenden Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu fördern."

Quellenhinweis: Einheit Nr. 7/84, herausgegeben vom ZK der SED

## RGW-GIPFELKONFERENZ 1969 SOZIALISTISCHE ÖKONOMISCHE INTEGRATION

Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurde 1949 auf Initiative der UdSSR gegründet. Bis heute fanden insgesamt vier Gipfeltreffen statt, das dritte im Jahr 1969, in dem auch die dritte "Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien" zusammentrat. Dieser dritte Gipfel des RGW hielt in seinem Kommuniqué fest: "In den vergangenen 20 Jahren vollzogen sich in den Mitgliedsländern des RGW tiefgreifende soziale, wirtschaftliche und kulturelle Veränderungen. Der Lebensstandard der Bevölkerung erhöhte sich beträchtlich ... In den Jahren 1950 bis 1968 erhöhte sich nach vorläufigen Angaben für das Jahr 1968 das Nationaleinkommen der Mitgliedsländer des RGW insgesamt auf mehr als das 4fache; die Gesamtindustrieproduktion dieser Länder stieg im gleichen Zeitraum auf das 5,9fache ... In diesem Zeitraum erhöhte sich die Industrieproduktion in den kapitalistischen Ländern nur auf das 2,6fache. Durch das schnellere Wachstumstempo der Industrieproduktion der Mitgliedsländer des RGW erhöhte sich ihr Anteil an der Weltindustrieproduktion auf fast 1/3 im Jahre 1968."

Der theoretische Hintergrund für die Betonung solcher Daten ist ersichtlich aus dem 1969 geplanten und 1971 verabschiedeten "Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommen der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration des RGW". Es heißt dort im ersten Abschnitt "Grundprinzipien, Hauptziele, -wege und -mittel": "Die Überlegenheit der Mitgliedsländer des RGW gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern bezüglich des ökonomischen Wachstumstempors festigt ständig ihre Position in der Weltwirtschaft ... Die weitere Vertiefung und Vervollkommen der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration fördern das Wachstum der ökonomischen Macht des sozialistischen Systems und die Stärkung der Volkswirtschaft jedes Landes und sind ein wichtiger Faktor für die Festigung seiner Einheit und Überlegenheit über den Kapitalismus auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, für die Sicherung des Sieges im Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus."

Die Theorie vom friedlichen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus und der entscheidenden Rolle der Entwicklung der sachlichen Produktivkräfte für den Auf-

bau des Sozialismus war ein wichtiger Punkt der Auseinandersetzungen in der kommunistischen Weltbewegung in den 60er Jahren. Stalin hat in seinen "Ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR" die Auffassung von zwei Weltmärkten vertreten. Mao Tse-tung schrieb zum friedlichen Wettbewerb: "Die Betonung des Aufbaus von 'sich friedlich entwickelnden' Wirtschaftsbeziehungen zwischen diesen beiden Weltsystemen bedeutet, die tatsächlich existierenden beiden Weltmärkte in zwei Wirtschaftssysteme innerhalb eines einheitlichen Weltmarktes zu verwandeln; das ist ein Rückschritt hinter die Ansichten Stalins."

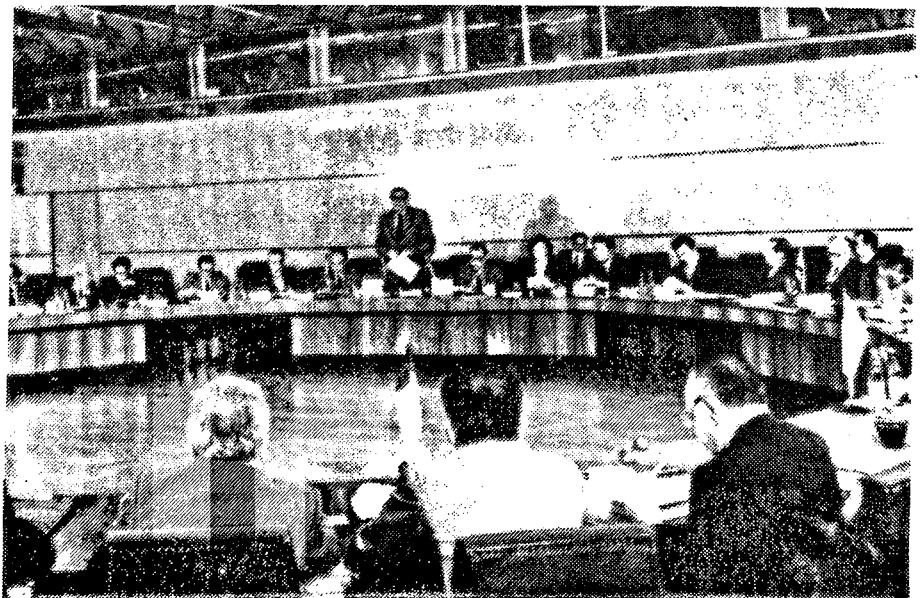
Von Belang für die Beurteilung der seit dem dritten RGW-Gipfel verstärkten betriebenen Maßnahmen der RGW-Staaten – sozialistische ökonomische Integration und Hinwendung zum imperialistisch beherrschten Weltmarkt – wäre das Studium der ökonomischen Probleme dieser Länder in den 60er Jahren. In den Auseinandersetzungen, soweit sie zugänglich sind, erscheinen Probleme der Konkurrenzfähigkeit auf dem kapitalistischen Weltmarkt und "Warenmangel auf dem Verbrauchermarkt". Zwar kritisiert Polen die DDR, daß sie, seit sie zehntgrößte Industrienation geworden sei, immer mehr ihre wirtschaftliche Autarkie betone und sich zugleich aber bei Patenten, Lizenzen und Maschinen lieber an die BRD oder den Westen als an die sozialistischen Nachbarn wende. Ansonsten werden mehr die Hemmnisse der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Westen kritisiert, z.B. von Ungarn, das die parallel laufende Produktion in den verschiedenen RGW-Staaten bemängelt,

da sie dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt schade.

Ein weiterer Punkt der Kritik ist das Fehlen einer konvertiblen Währung und realer Valuten-Kurse im RGW, die eine verlässliche Beurteilung der Rentabilität der Produktion kaum möglich machten. Die Währungen der RGW-Länder sind reine Binnenwährungen. Die Inlandpreise werden zentral nach verschiedenen Gesichtspunkten festgelegt, so daß sie ganz unterschiedliche Strukturen aufweisen und nicht als Basis für den Außenhandel dienen können. Damit existieren zwei unterschiedliche Preissysteme ohne direkten Zusammenhang, was eine Rentabilitätsrechnung von Außenhandelsgeschäften stark erschwert.

Im Komplexprogramm 1971 wird daher u.a. beschlossen, 1980 über die Einführung eines einheitlichen Kurses der nationalen Währungen zu entscheiden. Wesentlicher Gegenstand des Komplexprogramms ist der Übergang von der Plankoordination in bezug auf den wechselseitigen Außenhandel zur stärkeren Koordinierung der Produktionsstruktur, sprich wachsende Spezialisierung bzw. "Integration". Erreicht werden soll damit ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum, moderne Produktionsstrukturen, erhöhter Lebensstandard der Bevölkerung und eine Stärkung der Position in der Weltwirtschaft. Tatsächlich steigen Außenhandel, Kompensationsgeschäfte und Kreditabkommen mit den imperialistischen Ländern in den 70er Jahren stark an; die Wachstumsraten sinken und die Steigerung der Arbeitsproduktivität wird ein Hauptthema in den Volkswirtschaftsplänen.

Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart; Mao Tse-Tung, Ausgewählte Werke, Bd. IV; DDR und Osteuropa, Ein Handbuch, Opladen 1981



RGW-Konferenz in Moskau

ähnliches Recht ab. Die Rechte des RGW als Wirtschaftsorganisation gegenüber der EG insgesamt und den einzelnen EG-Staaten sollen auf Informationen beschränkt bleiben.

Das Vorgehen der EG-Staaten zielte darauf ab, die seit Mitte der 60er Jahre eingeschlagene Politik der verstärkten Wirtschaftsbeziehungen zu den einzelnen RGW-Staaten durch ein Vertragswerk abzurunden, das die RGW-Staaten vertraglich auseinanderdividiert und die Möglichkeit unterschiedlicher Behandlung in mit den einzelnen RGW-Staaten abzuschließenden Verträgen offenläßt. Der RGW hat einen solchen Vertrag abgelehnt. Die EG konnte jedoch gegenüber einzelnen RGW-Staaten inzwischen Verträge abschließen, so z.B. ein Textil-Abkommen mit Rumänien, ein Handelsabkommen mit Ungarn.

### Erneute Boykott-Überlegungen der Imperialisten

Die Boykott-Diskussion ist von den US-Imperialisten durch Beschlüsse über die Nichtlieferung von Weizen an die Sowjetunion 1980 eröffnet worden. Die EG hatte sich damals diesen Beschlüssen nicht angeschlossen, wohl aber eigenständige Beschlüsse über den Boykott der VR Polen gefaßt, nachdem die polnische Regierung im Dezember 1981 das Kriegsrecht verhängt hatte. Unumstritten zwischen den Imperialisten ist, daß ein Wirtschaftsboykott, tatsächlich ein Mittel des Wirtschaftskrieges, ein legitimes Mittel gegenüber den Staaten des RGW ist. Für die Durchführung eines solchen Krieges haben sich die westlichen Imperialisten bereits 1950 das Koordinationskomitee CoCom geschaffen, dem nicht nur die Mitgliedstaaten der NATO, außer Spanien und Island, sondern auch Japan und Australien angehören. Die Aufgabe von CoCom ist, Listen über die Güter anzulegen, die auch unter sozusagen normalen Bedingungen nicht an folgende Staaten geliefert werden dürfen: an alle Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes, des RGW, sowie an die VR Albanien, die VR China, die VR Korea, an Laos, Kambodscha und Jugoslawien. Zur Zeit existieren zwei für alle Staaten verbindliche Listen, die militärische Güter und bestimmte Kerntechnologie enthalten, sowie eine dritte Liste, auf der Waren aufgeführt sind, die zum "Doppelgebrauch" für zivile und militärische Zwecke geeignet sind.

Alle drei Listen waren 1974 erheblich verkürzt worden. Mit der Neueröffnung der Boykott-Debatte sind sie – ohne weitere Beachtung in der Öffentlichkeit – bei jedem Weltwirtschaftsgipfel seit 1980 verlängert worden. CoCom ist vor allem ein Instrument der Imperialisten, um ihre eigenen Reihen geschlossen zu halten. Die öffentlich geführte Boykott-Debatte hat nach einigen Jahren politi-

scher Erörterung über Handelsbeziehungen mit nicht-kapitalistischen Staaten auch offen aggressive Mittel im Verkehr mit solchen Staaten wieder in der öffentlichen Meinung in den kapitalistischen Staaten verankert.

Auf diese Absicht der US-Imperialisten wies ein Staatssekretär im US-amerikanischen Verteidigungsministerium Anfang des Jahres im Europa-Archiv in einem Aufsatz hin:

"Die Reagan-Administration strebt nicht nach der Führung eines Wirtschaftskrieges gegen die Sowjetunion oder andere Länder des Warschauer Paktes. Jedoch erkennt die amerikanische Regierung als eine entscheidende Notwendigkeit an, das vorhan-

den für die Errichtung der alten, traditionellen Plünderbeziehungen der westeuropäischen Kapitalisten, wird in einem anderen Werk der Stiftung fortgeführt, wo es aus Anlaß der Boykott-Forderungen der USA heißt:

"Gemeinsame Programme des westlichen Bündnisses oder Aktionen der westlichen Supermacht sind ... zu grobe Instrumente. Dagegen erwecken am sachlichen gegenseitigen Vorteil und Bedürfnis orientierte Beziehungen der westeuropäischen Staaten weniger Alarm. Sie lassen sich nicht so leicht als eindeutige Unterminierungsstrategie des westlichen Bündnisses verteuflern ... Wenn man von Polen absieht, sollen die anderen



Die westlichen Imperialisten konnten sich auf einen Boykott der Lieferungen für die Erdgasleitung Sibirien–Westeuropa nicht einigen und verschärften daraufhin ihre Koordinations- und Kontrollinstanzen.

dene System zur Kontrolle militärisch wichtiger Technologie instandzusetzen und zu modernisieren."

Die Erörterung unter den westlichen Imperialisten ist inzwischen dahin gediehen, daß sie zu einem kombinierten Einsatz von Wirtschaftsboykott und Wirtschaftsbeziehungen gegenüber den Staaten des RGW greifen wollen. Die konservative "Stiftung für Wissenschaft und Politik" z.B. hat in den letzten drei Jahren mehrere Studien über den RGW veröffentlicht, denen u.a. zu entnehmen ist:

"Die Anfangsschwierigkeiten des RGW resultierten ... vor allem daraus, daß es sich ... um eine sehr heterogene Gruppe von Staaten handelte, die bisher wenige oder keine Gemeinsamkeiten ... mit der UdSSR gehabt hatten. Die meisten dieser Staaten verbanden vielmehr traditionelle, über lange Zeiträume gewachsene Bindungen mit dem Westen, vor allem mit Westeuropa." (2)

Die Überlegung, an diesen "traditionellen" Wirtschaftsbeziehungen wieder anzuknüpfen und die unterschiedliche Lage der RGW-Staaten zu nut-

zen für die Errichtung der alten, traditionellen Plünderbeziehungen der westeuropäischen Kapitalisten, wird in einem anderen Werk der Stiftung fortgeführt, wo es aus Anlaß der Boykott-Forderungen der USA heißt:

RGW-Länder von Embargomaßnahmen ausgenommen bleiben, um die pluralistischen Tendenzen im RGW aufrechtzuerhalten." (3)

Das Kalkül ist nüchtern und höchst aggressiv: Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen zu einzelnen RGW-Staaten auf der einen Seite, Boykott in passenden Fällen auf der anderen. Mit beiden Mitteln wollen die westlichen Imperialisten ihre seit 1945 nicht mehr bestehende Vorherrschaft über die Völker der Balkanstaaten, der CSSR, der VR Polens und der DDR wieder errichten und dem kapitalistischen Privatbesitz zum Durchbruch verhelfen.

(1) siehe auch: BWK, Materialien der 3. ordentlichen Delegiertenkonferenz, Revolution und Konterrevolution im östlichen Europa; (2) W. Seiffert, Das Rechtssystem des RGW, Baden-Baden 1982; (3) F. Müller, W. Seiffert u.a., Wirtschaftssanktionen im Ost-West-Verhältnis, Baden-Baden 1983; weiterer Quellenhinweis: Europa-Archiv, Nr. 1/77; 2/83; 1/84; A. Uschakow, Die Integration im RGW – Dokumente, Baden-Baden 1983 – (uld, doz, rül)



### Berufsverbote

Gleich in drei Bundesländern, in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hessen, führen Länder- und Bundesregierung zur Zeit eine Kampagne zwecks Säuberung des öffentlichen Dienstes von allen, die in dem Geruch stehen, sozialistisches Gedankengut zu teilen. Gegen mehr als 30 Angestellte und Beamte des öffentlichen

Dienstes, die bei Wahlen für die DKP kandidiert haben, finden Disziplinar- und Gerichtsverfahren statt mit dem Ziel, sie aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Niedersächsische Richter sprechen von "den Kommunistenprozessen". Gerichte und Regierung stützen sich bei ihrem Vorgehen auf Dienstrecht und die neuere Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes.

### ZANU-Kongreß

Der Musterknahe Mugabe entpuppt sich plötzlich als leninistischer Teufel, so der Tenor der Bürgerpresse in Kommentaren über den ersten Parteitag der ZANU nach der Befreiung Zimbabwes. Anlaß ist die Ankündigung Mugabes, für einen demokratisch-zentralistischen Einparteiensstaat in Zimbabwe einzutreten. Bei ihrem Geschrei über die "Verfassungswidrigkeit" vergessen dieselben Blätter zu erwähnen, daß die Verfassung dem Volk von Zimbabwe von Großbritannien aufgezwungen wurde. Welche Beschlüsse hat der ZANU- Parteitag gefaßt? Wie nützen sie der Entwicklung des Landes und der Herstellung einer Front gegen das Kolonialregime in Südafrika?



### Kommunalwahlen Heilbronn

Gegen die CDU-Reaktion hat sich in Heilbronn eine Alternative Linke Liste gegründet. Sie kandidiert mit 26 Kandidaten zu den Kommunalwahlen am 28.10. Grundlage ihres Programms ist die Frage: "Was nützt, was schadet der arbeitenden Bevölkerung?" Programmziel ist die kommunale "Erfüllung von Aufgaben, auf die ihre Be-

wohner einen Anspruch haben", und in diesem Sinne für die "Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung", ganz im Gegensatz zur CDU. Das Personenbündnis hat sich auf 14 Programmpunkte geeinigt, die auch nach der Wahl weiterverfolgt werden sollen. Vertreten sind in diesem Bündnis fast alle gewerkschaftlichen und politischen Kräfte links von der SPD und Grünen.

### Flexibilität in Anwendung

Die Blümschen Gesetzentwürfe zur "Beschäftigungsförderung" und zur Arbeitszeit liegen nun als Regierungsentwürfe vor. Arbeitsverhältnisse, wie sie die Regierung mit diesen Gesetzentwürfen allen Kapitalisten ermöglichen will, haben die Kapitalisten einzelner Branchen, ermuntert durch gesetzliche Ausnahmebestimmungen oder gesetzlich nicht geregelte Bedingungen, bereits durchgesetzt. Tariflich nicht gesicherte Leiharbeit, Gleitzeitarbeitsverträge, die keine tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit festhalten, Arbeitsverträge, die Bereitschaftsdienst enthalten, sind Arbeitsverhältnisse, die den Kapitalisten bereits jetzt erlauben, ihr Geschäft "flexibel" zu betreiben.



**Politische Berichte**  
Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

**Nachrichtenhefte**  
erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5000 Köln 1, Kamekestr. 19  
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Kamekestr. 19  
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:  
Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.  
Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM. Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:  
GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Kamekestr. 19  
Tel.: 0221/51 74 57  
Postscheckkonto Köln,  
Konto-Nr. 104 19-507  
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverarbeitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2-13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14-19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20-29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30-31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32-35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36-39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.